Herausgegeben
von der Arbeitsgemeinschaft
für die Geschichte
der österreichischen Arbeiterbewegung

Otto Bauer
Werkausgabe

Band 1

Europaverlag

Umschlag und Einband von Georg Schmid

Printed in Austria
Druck Elbemühl Wien
ISBN 3-203-50544-4

Inhalt

Redaktionelle Vorbemerkung 1
Einleitung 3
Gedanken über Otto Bauer 17

DEUTSCHTUM UND SOZIALDEMOKRATIE 23
Internationale Klassenpartei oder intersoziale Nationalpartei? 23
Der Klassenkampf um die Größe der Nation 25
Der Klassenkampf und die nationale Kultur 32
Die nationale Politik der besitzenden Klassen 34
Die internationale Politik des arbeitenden Volkes 43
Internationaler Klassenkampf für das nationale Ideal 46

DIE NATIONALITÄTENFRAGE
UND DIE SOZIALDEMOKRATIE 49
Vorwort zur ersten Auflage 49
Vorwort zur zweiten Auflage 51
Die Nation 69
Der Nationalcharakter 69
Die Nation als Naturgemeinschaft 77
Naturgemeinschaft und Kulturgemeinschaft 88
Die nationale Kulturgemeinschaft der Germanen
im Zeitalter des Sippschaftskommunismus 92
Die ritterliche Kulturgemeinschaft
im Zeitalter der Grundherrschaft 101
Die Warenproduktion und die Anfänge der bürgerlichen
Kulturgemeinschaft 115
Die Kulturgemeinschaft der Gebildeten
im frühkapitalistischen Zeitalter 133
Der moderne Kapitalismus
und die nationale Kulturgemeinschaft 146
Die Verwirklichung der nationalen Kulturgemeinschaft
durch den Sozialismus 156
Der Begriff der Nation 170
Nationalbewußtsein und Nationalgefühl 197

Die Teuerung

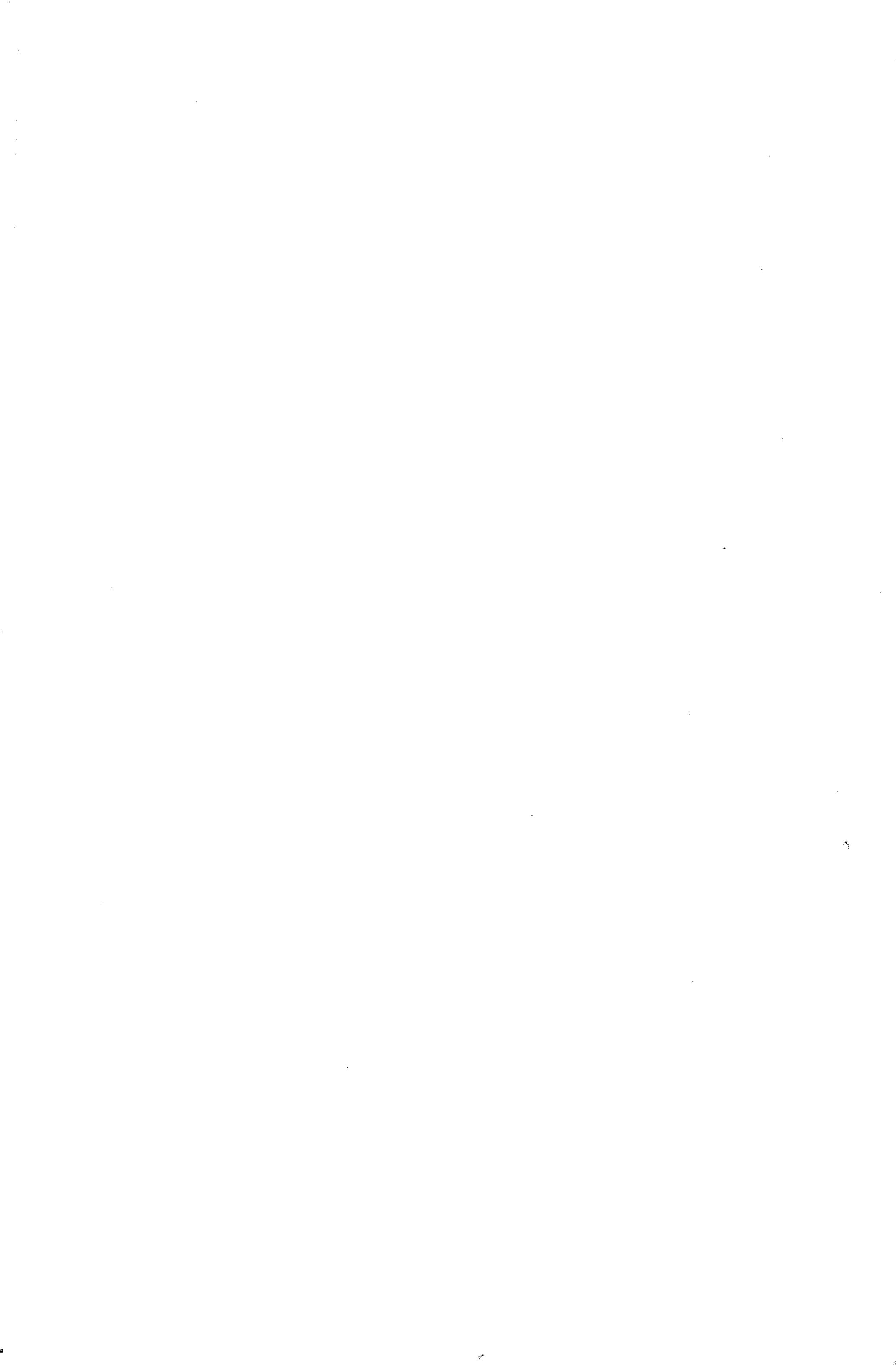
Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie

Von Otto Bauer

Preis 80 Heller

Wien 1910

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., VI. Gumpendorferstraße Nr. 18



Die Teuerung

Vorwort

In schweren Kämpfen hat sich die Arbeiterklasse höhere Löhne erstritten. Ein großer Teil der Errungenschaften dieser Kämpfe ist aber heute durch die von Jahr zu Jahr fortschreitende Verteuerung der Lebensmittel gefährdet. Die Arbeiterschaft sieht die Lebenshaltung, die sie sich in ihrem gewerkschaftlichen Kampf erobert hat, bedroht. Keine andere wirtschaftliche Frage wird heute von Arbeitern und Arbeiterinnen so viel, so ernst, so lebhaft erörtert wie die Frage der Teuerung.

Die Teuerung lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter zunächst auf die Fragen der Wirtschaftspolitik. Eine Einführung in die Probleme der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Zollpolitik, wird darum heute vielen Arbeitern willkommen sein.

Doch kann sich unsere Aufgabe nicht darauf beschränken, den Einfluß der Zollgesetzgebung, der Tierseuchengesetzgebung, der Verkehrspolitik auf die Warenpreise darzustellen. Wenn wir zeigen, wie der Staat die Warenpreise beeinflußt, so dürfen wir auch die Grenzen dieses Einflusses nicht vergessen. So sehr auch die Teuerung durch Gesetze und Verwaltungsmaßregeln verschärft wird, so liegen doch ihre letzten Ursachen in der Organisation der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. So tritt die Darstellung der Wirtschaftspolitik in einen breiteren Rahmen: in den Rahmen der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise. Die Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie wird auf diese Weise einer Einführung in einige wichtige Kapitel der Wirtschaftslehre des wissenschaftlichen Sozialismus eingegliedert. Gerade an der Tatsache der Teuerung, die heute von der ganzen Arbeiterklasse so schwer empfunden wird, können wir die Grundlehren der sozialistischen Wirtschaftslehre am wirksamsten anschaulich machen.

So hat unsere Darstellung zwei Aufgaben zu erfüllen: Sie soll den Arbeitern das Verständnis der wirtschaftspolitischen Kämpfe der Gegenwart erleichtern, aber auch die Erkenntnis der großen Aufgaben der Zukunft fördern. Sie will einerseits unserer politischen Agi-

tation, anderseits unserer Bildungsarbeit, der Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus, dienen.

Meine Darstellung ist aus Vorträgen hervorgegangen, die ich im Auftrage des Wiener Unterrichtsausschusses in verschiedenen Arbeiterorganisationen gehalten habe. Ich habe mich bemüht, so gemeinverständlich zu schreiben, wie es der schwierige Gegenstand erlaubt. Von wenigen Anmerkungen und Exkursen abgesehen, wird meine Darstellung hoffentlich auch dem an ökonomische Untersuchungen noch wenig gewöhnten Arbeiter verständlich sein.

Eine solche Darstellung muß sich auf die Erörterung derjenigen Ursachen der Teuerung beschränken, die in der Öffentlichkeit am meisten besprochen werden und zum Verständnis des ganzen Problems am meisten beitragen. Doch mußte ich eine sehr wichtige Erscheinung gänzlich ausschalten: die Frage der Wohnungsteuerung. Sie bedarf einer besonderen Darstellung, die im Rahmen dieses Büchleins keinen Raum gefunden hat.

Auf die Darstellung des Einflusses der Steuergesetzgebung auf die Warenpreise konnte ich verzichten, weil er in Renners Broschüren *Das arbeitende Volk und die Steuern* (Wiener Volksbuchhandlung, 1909) ausführlich erörtert worden ist.

Wien, Jänner 1910 *Otto Bauer*

Die internationalen Ursachen der Teuerung

Die Entwicklung der Produktivkräfte

Die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte ist die große Ruhmestat des Kapitalismus. Mit einer Riesenrüstung aus Stahl und Eisen hat er die Menschheit gewappnet, die Naturkräfte seiner Herrschaft unterworfen. In seinem Dienste dringt der Bergmann in die gefahrvolle Tiefe; auf sein Geheiß erheben sich Tausende Schlote zum Himmel; ihm zu Ehren lohen die Flammen in den Hochöfen; auf sein Gebot bewegen sich zahllose Maschinen, Wunderwerke der Technik, wie sie in vergangenen Jahrhunderten der Menschen kühnste Phantasie nicht zu träumen gewagt; ihm zu dienen dringen Eisenbahnzüge durch die Bergesmassen, durchqueren Riesenschiffe den Ozean. Die Arbeit bringt der Menschheit vielfachen Ertrag, da hinter jedem arbeitenden Menschen die Arbeitskraft der Maschine steht, ein Arbeiter aus Eisen, den Kohle und Öl ernähren.

Mit furchtbaren Opfern hat die Menschheit den technischen Fortschritt erkauft. Jede neue Maschine hat menschliche Arbeit ersetzt, den Arbeiter aus dem Betrieb hinausgedrängt, ihn mit Weib und Kind dem Elend preisgegeben. Gelernte Arbeit wurde durch angelernte und ungelernte ersetzt. Frauen und Kinder wurden aus der Stille des Hauses hinausgezerrt und in die Arbeitsstätten getrieben. Das städtische Handwerk, die ländliche Hausindustrie wurden unbarmherzig zugrunde gerichtet. Aber auch über die Kapitalisten selbst herrschten mitleidlos die blinden Gesetze der Konkurrenz. Das kleinere, kapitalsärmere, technisch rückständige Unternehmen erliegt dem größeren, reicheren, mit allen Errungenschaften neuzeitlicher Technik ausgestatteten. Triefend vom Schweiß und vom Blut der Millionen, die seinem Walten erlegen, grausam und unerbittlich über die Leichen seiner Opfer schreitend, bahnt sich der Kapitalismus seinen Weg.

Die furchtbarste Waffe, deren sich der Kapitalismus bedient, sind niedere Preise. Die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte

senkt die Erzeugungskosten der Waren. Mit den Erzeugungskosten sinken die Preise. Jeder technische Fortschritt hat zur Ermäßigung der Warenpreise geführt. Jeder Preissturz hat alle Betriebe zugrunde gerichtet, die sich der verbesserten Arbeitsmittel nicht zu bedienen, die die Herstellungskosten der Ware nicht zu verringern vermochten. Die Spinnmaschine macht es dem Kapitalisten möglich, das Garn billiger zu erzeugen, billiger zu verkaufen; die alte ländliche Hausspinnerei kann bei den niederen Preisen nicht bestehen, sie verschwindet in wenigen Jahrzehnten. Niedere Erzeugungskosten, niedere Preise – dieser mörderischen Waffe erliegen das Handwerk, die Hausindustrie, der industrielle Kleinbetrieb. Die billigere Arbeit verdrängt die teuere. »Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt[1].« Ein ganzes Jahrhundert lang war das fortwährende Sinken aller Warenpreise das wirksamste Mittel, durch das der technische Fortschritt, die fortschreitende Verringerung der Erzeugungskosten erzwungen wurde. Die Preisrevolution war die Wirkung und die treibende Kraft der technischen Umwälzung.

Heute aber klagen alle Klassen der Bevölkerung über die Teuerung, über die allzu hohen Preise. Trotz der beispiellosen Entwicklung der Produktivkräfte, obwohl ein Heer kunstvoller Maschinen der arbeitenden Menschheit dient und den Ertrag ihrer Arbeit hundertfach vermehrt, obwohl immer neue Umwälzungen in der Industrie die Erzeugungskosten der Waren senken, steigen unablässig die Warenpreise. Wie ist dies zu erklären?

Wollen wir diese überraschende Erscheinung verstehen, müssen wir uns zunächst erinnern, daß die technische Umwälzung nicht alle Arbeitszweige gleichmäßig ergriffen hat. Von allen Produktionszweigen sind die Landwirtschaft und die Viehzucht die wichtigsten. Sie geben uns, was wir zu unserer Ernährung brauchen: Brot, Gemüse, Fleisch, Milch. Sie liefern unserer Industrie die wichtigsten Rohstoffe: Flachs, Baumwolle, Wolle, Häute. Gerade diese wichtigsten Zweige der gesellschaftlichen Arbeit hat aber die technische Umwälzung weniger als die anderen umgestaltet. Viel langsamer als in der Industrie, im Bergbau, im Verkehrswesen geht in der Landwirtschaft und in der Viehzucht der technische Fortschritt vor sich.

Grund und Boden waren ursprünglich überall Gemeineigentum,

1 Marx-Engels, *Das kommunistische Manifest.*

Volkseigentum. Kein einzelner konnte ihn sein eigen nennen; alle Freien hatten auf seine Nutzung gleichen Anspruch. Noch ragen als Zeugen einer längst vergangenen Zeit die Überreste des alten Gemeinbesitzes in unser Zeitalter herein: die Allmenden, die teils den Gemeinden und Ortschaften, teils Genossenschaften (Nachbarschaften, Interessengemeinschaften) gehören, bedecken in Österreich noch mehr als ein Drittel der Gesamtfläche der Hutweiden, Almen und Wälder. In anderen Landesteilen haben freilich die Landesherren und die Grundherren die Bauern ihres uralten Gemeinbesitzes beraubt; hier blieben den Bauern nur Dienstbarkeiten, Nutzungsrechte an dem herrschaftlichen Boden. Sowohl die Reste des alten Gemeinbesitzes als auch die Nutzungsrechte am herrschaftlichen Boden haben die größte Bedeutung für die bäuerliche Viehzucht. Wo der Gemeinbesitz besteht, weidet das Vieh auf der Allmende. Wo die Weide zum Eigentum des Grundherrn geworden ist, steht den Bauern das Recht zu, ihr Vieh auf das Land des Herrn zur Weide zu treiben. Aber die Grundherren haben in jahrhundertelangem Kampfe die Nutzungsrechte der Bauern beschränkt, ihre Forste und Jagdgebiete auf Kosten des Almenbodens ausgedehnt: *Der Hirsch vertreibt die Kuh.* Die Viehzucht geht zugrunde, wo den Bauern die alten Nutzungsrechte geraubt werden. Nach der Revolution, als die Windischgrätz und Schwarzenberg Österreich beherrschten, wurde der Kampf um die Nutzungsrechte, der seit Jahrhunderten zwischen Grundherren und Bauern geführt wurde, durch ein Gesetz entschieden. Aber das kaiserliche Patent vom 5. Juli 1853 war nur um die Interessen des adeligen und kirchlichen Großgrundbesitzes besorgt. Wo die Dienstbarkeiten abgelöst wurden, haben die Bauern einen Bettel als Entschädigung bekommen; wo sie bestehen blieben und nur *reguliert* wurden, wurden sie zum Nachteil der Bauern eingeschränkt. Um die Reste des Gemeinbesitzes aber kümmerte sich die Gesetzgebung nicht; die Nutzungsrechte an ihm blieben nach Umfang und Inhalt bestritten, seine Bewirtschaftung war schlecht, die Zerstörung des Gemeinbesitzes, seine Aufteilung unter die Nutzungsberechtigten wurde nicht verhindert. So wurde der bäuerlichen Viehzucht ihre Grundlage entzogen: Der Bauer kann zu wenig Vieh halten, weil die Grundherren ihm zuerst die Weide selbst, dann auch die Nutzungsrechte an ihr geraubt haben und weil die unzulänglichen Reste des alten Gemeinbesitzes veröden und verfallen. Während die städtische Bevölkerung unter dem Mangel an Fleisch und Milch leidet, haben auf dem Lande die Grundherren die bäuerliche Viehzucht zugrunde gerichtet, die Weide in Forst

und Jagdgebiet verwandelt. Jetzt ziehen die Grundherren aus der Ausfuhr von Holz in das Ausland reichen Gewinn — uns aber fehlt es an Fleisch. Die adeligen Herren amüsieren sich auf der Jagd — unseren Kindern fehlt es an Milch.

Aber auch auf das Ackerland greift die Selbstsucht der Grundherren. Noch trägt das Jagdrecht die Kennzeichen seines feudalen Ursprungs. Die Ernte des Bauern wird die Beute des herrschaftlichen Wildes. In der Flureinteilung spiegelt sich noch die Geschichte der ursprünglichen Aufteilung des alten Gemeinbesitzes. In Österreich (ohne Galizien) gibt es mehr als 17.000 Gemeinden, in denen die *Gemenglage* vorherrscht, die Zersplitterung des Bodens in eine Unzahl winziger Parzellen, die jede planmäßige Bewirtschaftung unmöglich macht. Das Gesetz vom Jahre 1883, das die Zusammenlegung (Kommassierung) dieser Parzellen ermöglichen sollte, so daß jeder Bauernhof für eine Anzahl kleiner, entlegener Parzellen ein einziges, wohl abgerundetes Stück Landes eintauschen sollte, blieb wirkungslos. Bis zum Ende des Jahres 1908 wurden bloß 46 Zusammenlegungen durchgeführt, bloß 152 wurden nur eingeleitet. Und doch ist längst erwiesen, daß die Aufhebung des alten Streubesitzes eine dauernde bedeutende Steigerung des Bodenertrages herbeiführt.

Unter diesen Mißständen leiden nicht nur die Bauern. Die Rückständigkeit unserer Landwirtschaft ist eine ernste Gefahr für unsere Volksernährung. Insbesondere unsere Versorgung mit Fleisch und Milch wird dadurch erschwert und verteuert, daß der Raub der alten Nutzungsrechte, die Aufforstung der Almen, die Verwandlung des Weidelandes in Jagdgebiet und die ungeordnete, unrationelle Bewirtschaftung der Reste des alten Gemeinbesitzes die Entwicklung der bäuerlichen Viehzucht hemmen. In der Tat ist die Entwicklung unseres Viehbestandes ganz unzureichend:

Jahr	Anzahl der Rinder	Zivilbevölkerung	Auf hundert Einwohner entfallen Rinder
1857	8,013.368	18,224.500	44,0
1869	7,425.212	20,217.531	36,7
1880	8,584.077	21,981.821	39,0
1890	8,643.936	23,707.906	36,5
1900	9,511.170	25,921.671	36,7

Bis zum Jahre 1890 ist unser Reichtum an Vieh viel zu langsam angewachsen. Seit dem Jahre 1890 können wir allerdings ein etwas schnelleres Wachstum beobachten. Aber auch dieses Wachstum war

ungenügend; gerade in die letzten Jahrzehnte fällt ja einerseits eine schnellere Verschiebung unserer Bevölkerung vom Lande in die Stadt, von der Landwirtschaft zur Industrie, womit stets schnelles Steigen der Nachfrage nach Fleisch, Milch, Butter Hand in Hand geht, anderseits die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse durch viele erfolgreiche Lohnkämpfe, wodurch gleichfalls die Nachfrage nach Fleisch und Milch erhöht wurde. Diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen hat sich unsere Viehzucht und Milchwirtschaft noch nicht angepaßt.

So steigt auf unseren Märkten das Angebot an Fleisch, Milch, Käse und Butter langsamer als der Bedarf. Die Rückständigkeit unserer Landwirtschaft, insbesondere aber unserer Viehzucht ist eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung. Wohl hat die Gesetzgebung in den letzten Jahren durch einige nützliche Gesetze die alten Hindernisse zu beseitigen versucht, die die Entwicklung unserer Landwirtschaft und unserer Viehzucht hemmen. Seit dem Jahre 1902 haben die Landtage eine Reihe nützlicher Gesetze über die Regulierung der landwirtschaftlichen Dienstbarkeiten, sowie über die Bewirtschaftung des Gemeinbesitzes, über den Schutz der Almen und die Förderung der Almwirtschaft, über die Zusammenlegungen, über das Forst- und Jagdrecht beschlossen[2].

Aber diese Gesetzgebung hält sich innerhalb allzu enger Schranken. Sie kann wohl in der Zukunft mancher Schädigung unserer Landwirtschaft und Viehzucht vorbeugen; aber die Achtung vor den *erworbenen Rechten,* vor dem Eigentum der Grundherren, hindert die Landtage, den alten Prozeß zwischen den Grundherren und den Bauern wiederaufzunehmen, das Urteil zu revidieren, dem Volke den Boden und die Nutzungsrechte wiederzugeben, die ihm die Grundherren in jahrhundertelangen Kämpfen geraubt haben. Da sich die Reformtätigkeit der Landtage innerhalb der Grenzen des bestehenden Eigentumsrechtes bewegt, kann sie ihre Aufgabe nur unvollkommen erfüllen. Sie kann bestenfalls künftigen Raub verhüten; aber sie kann der Volkswirtschaft nicht wiedergeben, was ihr bereits geraubt worden ist. Die Entwicklung unserer Landwirtschaft und Viehzucht von den Schranken zu befreien, die ihr die Selbst-

2 Vergleiche Walter Schiff, *Die agrarpolitische Gesetzgebung der Landtage 1902 bis 1905,* in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung,* XVIII. Band, 5. Heft. – Über die ganze wichtige Materie siehe Schiff, *Österreichs Agrarpolitik seit der Grundentlastung,* Tübingen 1898. Das Wichtigste findet der Leser in der Broschüre *Gegen die Hungerpolitik!,* die im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist.

sucht der großen Grundherren gesetzt hat, und dadurch erst die Bedingungen zureichender Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln zu schaffen, das vermag nur, wer es wagt, die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden zu revidieren. Wenn irgendwo, so ist sicherlich hier das Sondereigentum eine Schranke unserer Versorgung mit Lebensmitteln[3].

Die moderne Wissenschaft gibt uns eine Fülle von Mitteln, den Bodenertrag zu steigern. Sie lehrt uns, welche Nährstoffe die Pflanze dem Boden entzieht; wir wissen daher, welche Nährstoffe wir dem Boden wieder zuführen müssen, damit er auch in späteren Zeiten reiche Frucht trage. Die Kunst des Düngens ist zur Wissenschaft geworden. An die Stelle der alten Dreifelderwirtschaft tritt die auf Lehren der Agrikulturchemie gestützte planmäßige Fruchtfolge. Die Wissenschaft lehrt uns die planmäßige Züchtung des Saatkorns und der Viehrassen, die richtige Fütterung des Viehs je nach dem Zwekke, dem es bestimmt ist. Die Wissenschaft stellt auch der Landwirtschaft kunstvolle Maschinen, verbesserte Geräte bereit. Sie stellt die Tierhygiene und die Tiermedizin in den Dienst der Viehzucht.

Aber der bäuerliche Kleinbetrieb ist nicht imstande, diese Errungenschaften der modernen Wissenschaft zu nutzen. Das Sondereigentum an Grund und Boden und die Unwissenheit und Armut der Bodenbebauer hemmen den technischen Fortschritt. Die Bauern sind zu unwissend, als daß sie ihre Wirtschaft den Lehren der Wissenschaft anpassen könnten. Es fehlt ihnen das Kapital zur Verbesserung ihres Betriebes; der kleine Umfang ihres Betriebes macht es ihnen unmöglich, Arbeit ersparende Maschinen zu verwenden. Wir haben eine Bodenverteilung, die dem technischen Fortschritt die größten Hindernisse entgegenstellt: Ungeheurem Latifundienbesitz steht eine furchtbare Zersplitterung in leistungsunfähige Zwergbetriebe gegenüber. So bleiben die großen Errungenschaften der modernen Wissenschaft ungenützt.

Gewiß kann auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung

3 Im Abgeordnetenhaus hat der Sozialdemokratische Verband bei der Beratung der Anträge Schrammel-Renner (November 1907) nachdrücklich auf diese Tatsachen hingewiesen. Diese Anträge enthielten unter anderem auch die Forderung nach Reichsgesetzen über die Zusammenlegungen, die Regulierung des Gemeinbesitzes und der Dienstbarkeiten und über den Almenschutz. Den Wortlaut dieser Anträge findet der Leser in der bereits genannten Broschüre *Gegen die Hungerpolitik!* und in dem Bericht über *Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus*, XVIII. Session, Wien 1909, Seite 22 f.

sehr viel zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsweise geschehen. Das wichtigste Mittel dazu ist die Verbesserung des Schulwesens und die Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Fortbildungswesens – die Unwissenheit der Bauern ist das größte Hindernis des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft. Auch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den Landwirten durch billigen Kredit die Verbesserung ihrer Betriebsweise ermöglichen, ihnen Maschinen (zum Beispiel Dreschmaschinen) zur Verfügung stellen und ihre Waren rationell verarbeiten (Molkereien), fördert die landwirtschaftliche Technik. Auch der Staat und die Länder können hier fördernd eingreifen. Die Durchführung großer Meliorationen (Bewässerungsanlagen, Schutz gegen Wassergefahr, Versandungsgefahr und so weiter, Förderung der Rinderrassenzucht, Bekämpfung der Tierseuchen, die Förderung des Versicherungswesens sind wirksame Mittel dazu. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben für das Meliorationsgesetz und die Erhöhung des Meliorationsfonds (Juli 1908), für das Tierseuchengesetz (März 1909), für das Gesetz über die Förderung der Viehzucht und Viehverwertung (Dezember 1909) gestimmt, weil sie erkannten, daß die Steigerung der Fruchtbarkeit unseres Ackerbodens und der Vermehrung unseres Viehstandes wichtige Mittel sind, unsere Versorgung mit billigeren Lebensmitteln zu fördern.

Manche wichtige Aufgaben haben auf diesem Gebiet die Gemeinden zu erfüllen; leider haben sie bisher diese Pflicht offenbar nicht erkannt.

Die Gemeinde Wien hat zwar schon im Jahre 1897 die Errichtung einer kommunalen Großschlächterei im Prinzip beschlossen, der Beschluß wurde aber nicht durchgeführt. Die Aktiengroßschlächterei aber, an der die Gemeinde beteiligt ist, hat sich nicht bewährt. Sie müßte selbst Vieh mästen, um das Angebot zu vermehren. Statt dessen wendet sie sich bei dem Ankauf von Vieh an dieselben Viehmäster, die schon seit Jahren den Wiener Fleischhauern Vieh verkaufen, und ermutigt sie dadurch nur, höhere Preise zu fordern. Ebenso unzulänglich ist die Tätigkeit der städtischen Übernahmsstelle für Vieh und Fleisch in Wien. Sie gewährt zwar Vorschüsse, wenn sie als Kommissionär Vieh zum Verkauf auf dem Wiener Markte übernimmt. Das genügt aber nicht, das Angebot zu steigern. Die Übernahmsstelle müßte in einem früheren Stadium eingreifen: Sie müßte den Landwirten Vorschüsse gewähren, damit sie Vieh zur Mast einstellen können und dieses Vieh dann auf den Wiener Markt schicken. Da sie dies nicht tut, kann sie weder den Viehkom-

missionären wirksame Konkurrenz bereiten, noch den Viehauftrieb auf dem Wiener Markte steigern[4].

Das erste und wichtigste Bedürfnis der Gesellschaft ist die Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln. Aber die kapitalistische Gesellschaft überläßt gerade diese Aufgabe armen Menschen, denen das Wissen und die Mittel fehlen, die Errungenschaften der Wissenschaft zu nutzen, die Ergiebigkeit des Bodens und der Arbeit zu steigern. Die Hilfe, die der Staat, die Länder, die Gemeinden, die Genossenschaften gewähren, ist unzureichend; sie ändert an den Grundgebrechen unserer Landwirtschaft nichts. Darum sind unsere Landwirtschaft und unsere Viehzucht nicht imstande, uns mit billigen Lebensmitteln zu versorgen.

In der Industrie wird der Kleinbetrieb von dem technisch und wirtschaftlich überlegenen Großbetrieb zugrunde gerichtet. Tausende verlieren in diesem furchtbaren Kampfe ihre wirtschaftliche Selbständigkeit, ihre Lebensfreude und Lebenshoffnung. Aber das Ergebnis dieses Kampfes sind der technische Fortschritt, die Entfaltung der Produktivkräfte, die Verminderung der Erzeugungskosten, das Sinken der Preise[5].

In der Landwirtschaft geht diese Entwicklung nicht in demselben Maße vor sich. Der Kleinbetrieb behauptet sich im Kampfe ums Dasein. Dafür stockt hier der technische Fortschritt. Die Lebensmittelerzeugung vermag den Bedarf nicht zu befriedigen. Die Preise steigen. Der Kapitalismus kennt eben nur *eine* Methode zur Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit: den Sieg der technisch überlegenen Betriebe, der mit dem Ruin Hunderttausender selbständiger Existenzen erkauft wird. Da er diesen Weg wohl in der Industrie, aber nicht in der Landwirtschaft geht, bleibt hier die Produktion auf einer Entwicklungsstufe stehen, die gegenüber den Möglichkeiten, die die moderne Wissenschaft erschlossen hat, bereits lächerlich rückständig scheint. Darum können unsere Landwirte Getreide, Gemüse, Vieh, Fleisch und Milch nur mit sehr hohen Produktions-

4 Hartmann, *Die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiet der Approvisionierung,* in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung,* XVIII. Band, 5. Heft.

5 Allerdings setzt auch in der Industrie das Sondereigentum an den Arbeitsmitteln dem technischen Fortschritt eine Grenze. Aber diese Grenze liegt dort viel weiter als in der Landwirtschaft. Vergleiche Otto Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie,* in: *Marx-Studien,* II., Seite 95 ff.; Sonderausgabe, Seite 82 ff. *(In diesem Band Seite 157 ff.)* Über die Schranken der technischen Entwicklung der Landwirtschaft unter der Herrschaft des Kapitalismus vergleiche Marx, *Das Kapital,* II., Seite 217; III., 1, Seite 98; III., 2, Seite 156 f., 347.

kosten erzeugen, während die Erzeugungskosten in der Industrie stetig und schnell gesunken sind. Der letzte Grund der Lebensmittelteuerung ist die rückständige Technik der heimischen Landwirtschaft, die das Privateigentum an Grund und Boden verewigt[6].

So ist das Sondereigentum an Grund und Boden das größte Hindernis unserer Versorgung mit Lebensmitteln; es ist die Fessel, die die Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft hemmt. Wir müssen für Getreide und Gemüse, Brot und Mehl, Fleisch und Milch teuer zahlen, weil wir die Bewirtschaftung unseres Bodens armen und unwissenden Menschen überlassen, weil wir die Aufgabe unserer Versorgung mit Lebensmitteln vielen Tausenden armseliger Zwergbetriebe anvertrauen, die die Errungenschaften der Wissenschaft nicht zu nutzen vermögen; weil wir schließlich ein Drittel unseres Bodens ein paar Hundert Familien überlassen, die den heimischen Boden, unser aller Erbe, das uns alle ernähren soll, zur Stätte ihrer Vergnügungen, zur Quelle ihrer Gewinne erniedrigen[7]. Will die Gesellschaft ihre Mitglieder ernähren, dann kann sie unsere Versorgung mit Lebensmitteln nicht armen Bauern und hochmütigen Großgrundbesitzern überlassen. Sie muß den Boden, den die Grundherrenklasse dem Volke vorenthält, dem Volke wiedergeben; sie muß die Bodenbebauer zur Verwertung der Errungenschaften der Wissenschaft erziehen und verhalten; sie muß ihnen die Mittel zur Entfesselung der brachliegenden Bodenkräfte geben und sie muß sie zu planmäßiger gesellschaftlicher Arbeit vereinigen. Unsere Versorgung mit Lebensmitteln von der Einsicht, der wirtschaftlichen Kraft, der Profitgier der einzelnen unabhängig zu machen, sie der organisierten Gesellschaft selbst zur wichtigsten ihrer Aufgaben zu setzen, die Entfaltung der zeugenden Kräfte des Bodens und der Arbeit von den Schranken der Armut, der Unwissenheit, der Selbstsucht zu befreien, das ist das letzte Ziel des Sozialismus.

6 Es ist im Rahmen dieser Broschüre nicht möglich, zu zeigen, warum der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft trotz seiner technischen Rückständigkeit bestehen bleibt. Das Geheimnis findet seine Lösung auf dem Markte. Bodenfrüchte unterliegen einem ganz anderen Preisgesetz als Industrieprodukte, deren Erzeugung beliebig ausgedehnt werden kann. Die technische Überlegenheit gibt dem Großbetrieb nicht die Möglichkeit, den Kleinbetrieb niederzukonkurrieren, da er seine Produktion nicht über die durch das Grundeigentum gezogene Grenze ausdehnen kann. Sie sichert jenem nur einen Extraprofit: Die technische Überlegenheit des Großbetriebes wirkt hier ähnlich wie die bessere Qualität des Bodens.

7 Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1902 entfallen von einer Gesamtfläche von dreißig Millionen Hektar Landes 9,8 Millionen Hektar auf 17.889 Großbetriebe, von denen jeder mehr als hundert Hektar bewirtschaftet.

Die Anarchie der Produktion

Die auf dem Sondereigentum an den Arbeitsmitteln aufgebaute Gesellschaft überläßt es den einzelnen Eigentümern, welche Güter sie erzeugen wollen. Keinem Kapitalbesitzer schreibt sie vor, ob er sein Kapital in der Schuhindustrie oder in der Baumwollindustrie oder in der Maschinenindustrie verwerten soll. Sie hat kein Organ, das die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige regelt. So kann es geschehen, daß die Kapitalisten ihr Kapital in der Erzeugung bestimmter Waren verwerten und zu spät erfahren, daß für diese Waren keine Käufer zu finden sind, während gleichzeitig die Erzeugung anderer Waren vernachlässigt wird und sehr bald Mangel an diesen Waren eintritt. Überproduktion, Anhäufung unverkäuflicher Warenvorräte, Preissturz, Bankrotte der Unternehmer, Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen auf der einen Seite; Unterproduktion, Unmöglichkeit, den Bedarf der Gesellschaft zu befriedigen, Steigen der Preise, Teuerung auf der anderen Seite, das sind die Wirkungen der Plan- und Regellosigkeit, der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Die Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes in der gesellschaftlichen Produktion kann immer nur in verheerenden Krisen erfolgen, in denen die Einschränkung der allzu ausgedehnten Produktionszweige durch die Absatzstockung erzwungen wird und Kapitalien und Arbeitskräfte allmählich denjenigen Produktionszweigen zugeführt werden, die sich vordem langsamer entwickelt hatten, als das gesellschaftliche Bedürfnis es erforderte.

In Zeiten guten Geschäftsganges erweitern die Fabrikanten ihre Betriebe, die Eisenbahnen ihre Betriebsmittel. Es wächst dementsprechend die Nachfrage nach Maschinen, Werkzeugen, Geräten, industriellen Rohstoffen, nach Eisen und Kohle. Die Preise dieser Waren steigen und mit ihnen die Gewinne der Unternehmer. Die Erweiterung der bestehenden, die Gründung neuer Betriebe vermehrt aber auch die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit verschwindet. Die Bedingungen sind günstig, Lohnkämpfe zu wagen. Die Löhne steigen. Mit dem Steigen der Gewinne der Kapitalisten und der Löhne der Arbeiter steigt auch die Nachfrage nach allen Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen. Es steigen daher auch die Preise dieser Waren, auch ihre Produktion wird ausgedehnt. So tritt eine Periode der Hochkonjunktur ein, charakterisiert durch die Ausdehnung aller Produktionszweige, das Steigen der Profite und der Löhne, die Verteuerung aller Waren. Nun zeigt

sich aber ein charakteristischer Unterschied. Die Industrie kann ihre Produktion durch die Einstellung neuer Maschinen und durch die Vermehrung ihrer Arbeiter schnell und fast unbeschränkt ausdehnen. Der Landwirtschaft, der Viehzucht, dem Bergbau gelingt dies viel schwerer. Neue, noch unbebaute Bodenflächen stehen nicht zur Verfügung; ehe der Viehstand vergrößert werden kann, vergehen einige Jahre; die Ausdehnung der bergmännischen Produktion ist nur möglich, wenn man sich entschließt, minder ergiebige Bergwerke abzubauen. So bleibt die Erzeugung der Lebensmittel (Getreide, Vieh, Milch und so weiter) und der industriellen Rohstoffe (Baumwolle, Flachs, Wolle, Häute, Kohle, Eisenerz und so weiter) hinter dem schnell gewachsenen Bedarf der Industrie zurück. Die Preise der Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Bergbaues steigen schneller als die Preise der Industrieprodukte. Dadurch werden die Profite der industriellen Unternehmer gedrückt: Sie können den Preis ihrer Waren nicht in demselben Maße erhöhen, in dem die Preise ihrer Rohstoffe steigen. Gleichzeitig sieht sich die Arbeiterklasse gezwungen, einen größeren Teil ihres Einkommens für die unentbehrlichsten Lebensmittel auszugeben; sie kann daher weniger Industrieprodukte kaufen. Die Nachfrage nach Industrieprodukten beginnt zu sinken, daher auch die Preise der Produkte, die Profite der Unternehmer. Die hohen Preise der Rohstoffe und die sinkende Nachfrage nach Industrieprodukten setzen der Erweiterungs- und Gründungstätigkeit der Industrie Schranken. Das Wachstum der Industrie gerät ins Stocken. Es sinkt die Nachfrage nach Produktionsmitteln (Maschinen, Werkzeugen und so weiter). Die Industriezweige, die die Produktionsmittel erzeugen (Eisenindustrie, Maschinenindustrie und so weiter), können ihre während der Hochkonjunktur erweiterten Betriebe nicht mehr voll beschäftigen. Sie entlassen Arbeiter. Mit dem Stocken der Gründungstätigkeit, mit dem Sinken der Profite, mit der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit sinkt nun die Nachfrage nach allen Waren. Die industrielle Krise naht heran ...

So folgt in der kapitalistischen Gesellschaft jeder Hochkonjunktur eine industrielle Krise. Eine der vielen Ursachen dieser Erscheinung ist die Tatsache, daß die Landwirtschaft und der Bergbau, an natürliche Schranken gebunden, mit dem stürmischen Aufschwung der Industrie in der Periode der Hochkonjunktur nicht gleichen Schritt halten können. In jeder Periode der Hochkonjunktur entsteht dieses Mißverhältnis zwischen der schnellen Ausdehnung der Industrie und der viel langsameren Ausdehnung der Urproduktion. Stets wird

dieses Mißverhältnis in der empfindlichen Verteuerung der Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Bergbaues fühlbar[8]. Je gewaltiger die Ausdehnung der Industrie und des Marktes während der Hochkonjunktur ist, desto länger wirkt diese Teuerung nach. Diese Teuerung erscheint als eine Folge der Disproportionalität der Produktion. Wenn die Baumwollspinnerei schneller ausgedehnt wurde als die Erzeugung der Rohbaumwolle, wenn der Kohlenverbrauch und der Holzverbrauch der Industrie schneller gewachsen ist als die Kohlen- und Holzproduktion, wenn der Weizenbedarf der Welt schneller gewachsen ist als der Weizenanbau, dann müssen Baumwolle, Kohle, Holz, Weizen teurer werden. Diese Erscheinungen haben gerade in unseren Tagen die größte Bedeutung. Sie sind Wirkungen der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise.

In der letzten Hochkonjunktur ist der Kohlebedarf in Österreich sehr schnell gestiegen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel ein Kohleverbrauch von:

im Jahre	Kilogramm
1904	1145
1905	1169
1906	1249
1907	1361
1908	1414

Die Produktion mußte gesteigert werden, um den wachsenden Bedarf zu befriedigen. Die Kohleproduktion Österreichs betrug:

im Jahre	Steinkohle	Braunkohle
	in tausend Zentner	
1904	118.682	219.877
1905	125.853	226.921
1906	134.733	241.677
1907	138.504	262.621
1908	138.754	267.289

Trotzdem blieb die Produktion hinter dem Bedarf zurück. Die fehlende Menge mußte durch die Zufuhr aus dem Auslande beschafft werden. Die Einfuhr von Steinkohle nach Österreich-Ungarn betrug:

8 Vergleiche Marx, *Das Kapital*, III., 1., Seite 94 f.

im Jahre	in tausend Zentner
1904	61.900
1905	64.180
1906	74.754
1907	96.926
1908	99.953

Die Einfuhr mußte in einer Zeit gesteigert werden, in der auch im Auslande der Kohlebedarf gestiegen war. Die österreichischen Kohleverbraucher mußten hohe Preise bieten, um ausländische Kohle zu erhalten. Konnte ausländische Kohle nur zu hohen Preisen beschafft werden, so konnten natürlich auch die österreichischen Kohlengrubenbesitzer höhere Preise für ihre Ware verlangen, ohne den Wettbewerb des Auslandes fürchten zu müssen.

Im Jahre 1907 trat geradezu eine Kohlennot ein. Die Industrie konnte sich genügende Kohlemengen selbst zu hohen Preisen nicht beschaffen. Die Staatseisenbahnverwaltung mußte ihren Kohlebedarf in Ober- und Niederschlesien, Westfalen und England decken. Die Betriebsmittel der Eisenbahnen erwiesen sich als unzulänglich, die großen Kohletransporte durchzuführen. Unter solchen Umständen stiegen die Kohlepreise überaus schnell. Vom Anfang bis zum Ende des Jahres 1907 stieg der Großhandelspreis von Ostrauer Steinkohle von Kr. 2,52 bis 2,56 auf 3 Kr. bis Kr. 3,08, Braunkohle aus dem Duxer Revier von Kr. 1,66 bis 1,68 auf Kr. 2,25 bis 2,40. Als dann die industrielle Krise hereinbrach, ging der industrielle Kohleverbrauch etwas zurück. Doch war der Rückgang nicht so groß, daß die Kohlenbergwerksbesitzer gezwungen gewesen wären, das Preisniveau erheblich zu senken.

Diese Lage auf dem Kohlemarkt haben die Kohlengrubenbesitzer natürlich entsprechend ausgenützt. Der Mittelpreis für einen Zentner Kohle am Erzeugungsorte betrug:

im Jahre	Steinkohle	Braunkohle
	in Heller	
1904	80,45	45,30
1905	79,36	44,02
1906	87,63	44,49
1907	93,49	47,79
1908	100,69	52,43

Die hohen Kohlepreise wären kaum möglich gewesen, wenn nicht die Kohleförderung langsamer ausgedehnt worden wäre als

der durch die schnelle Entwicklung der Industrie gestiegene Bedarf der Volkswirtschaft.

Auch die hohen Getreidepreise sind darauf zurückzuführen, daß die Erzeugung nicht gleich schnell zu wachsen vermochte wie der Bedarf. Der Weltbedarf an Weizen ist in den letzten Jahrzehnten sehr schnell gestiegen. Die Vereinigten Staaten von Amerika wachsen zum größten Industriestaate der Welt heran; ihre eigene Bevölkerung verbraucht einen schnell wachsenden Teil ihrer Ernte. Daher muß die Ausfuhr eingeschränkt werden. Die Weizenausfuhr der Vereinigten Staaten ist daher im letzten Jahrzehnt beträchtlich gesunken. Allerdings sucht sich die amerikanische Landwirtschaft dem vermehrten Bedarf anzupassen. Im letzten Jahre ist die Weizenanbaufläche in den Vereinigten Staaten um mehr als zehn Prozent ausgedehnt worden. Auch die Intensität der Bebauung kann noch gesteigert werden; beträgt doch der Weizenertrag für das Hektar der bebauten Bodenfläche in Amerika nicht halb so viel wie in Deutschland. Doch ist die Ausdehnung der amerikanischen Produktion nur mit vermehrten Kosten, also nur bei hohen Preisen möglich.

Ebenso hat die Industrialisierung der europäischen Länder den Weltbedarf gesteigert. Wir wissen es aus eigener Erfahrung. Erst in den letzten Jahren ist Österreich-Ungarn in die Reihe der Länder eingerückt, die große Weizenmengen aus dem Auslande einführen müssen.

Aber auch außerhalb Europas tauchen immer neue Weizenkäufer auf. Europäisches Kapital wird in überseeischen Ländern angelegt. Es entwickelt dort neue Produktionszweige. Es zieht gewaltige Arbeiterheere zusammen. Es hebt die Kaufkraft der Länder, die es befruchtet. Sie treten nun als Getreidekäufer auf den Weltmarkt. Hunderte Millionen europäischen Kapitals haben den südafrikanischen Goldbergbau in wenigen Jahren gewaltig ausgedehnt. Wachsende Menschenmassen zieht Südafrika an sich. Es muß heute bereits beträchtliche Mengen Weizen einführen. Brasilien wird zum Kaffeelieferanten der Welt; seinen Weizenbedarf deckt es durch die Zufuhr aus dem Ausland. Mächtig reckt sich Japan empor; seine Lebensmitteleinfuhr steigt von Jahr zu Jahr.

In früheren Jahrzehnten sind aus Europa ungeheure Menschenmassen nach Amerika ausgewandert. Der Proletarier, der amerikanischen Boden betrat, verwandelte sich dort in einen Landwirt. Seine Arbeit vermehrte den Getreidevorrat der Welt. Die Getreidepreise sanken. Auch heute wandern aus Europa alljährlich Hundertausen-

de aus. Aber schneller als die Auswanderung von Menschen steigt die Ausfuhr von Kapital. Gewaltige Kapitalien fließen alljährlich nach fremden Ländern ab, um dort reiche Profite zu suchen. Und die Länder, in die sich diese Kapitalien ergießen, bereiten nun auf dem Getreidemarkt den älteren Einfuhrländern verteuernden Wettbewerb. Die Auswanderung der Proletarier, die in Landwirte verwandelt wurden, hat die Getreidepreise gesenkt; der Export des Kapitals, das die Weltwirtschaft industrialisiert, treibt die Getreidepreise in die Höhe.

Immerhin dehnt sich auch der Getreideanbau aus. Insbesondere Argentinien und Kanada haben ihre Getreideproduktion überaus schnell gesteigert. In Argentinien ist von 1890/91 bis 1907/08 die mit Weizen bebaute Fläche von 118.800 Hektar auf 5,759.000 Hektar, der Ertrag von 846.960 auf 5,474.000 Tonnen angewachsen, in Kanada zwischen 1890 und 1907 die Anbaufläche von 2,327.152 auf 7,712.000 Acres, die Erntemenge von 1,018.100 auf 2,494.000 Tonnen. Aber selbst diese Vermehrung der Produktion war zu klein, den schnell steigenden Weltbedarf zu decken. Wohl sind in diesen Ländern die Bodenkräfte noch lange nicht ausgeschöpft. In Argentinien sind noch etwa 54 Millionen Hektar guten Weizenbodens unbebaut — rund neunmal soviel wie die heutige Anbaufläche. Das Land, das sechsmal so groß ist wie das Deutsche Reich, war im Jahre 1906 erst von sechs Millionen Menschen besiedelt. Auch in Kanada sind ganze Provinzen noch nicht erschlossen; im Jahre 1907 wurde seine Bevölkerung auf 6,153.789 Personen geschätzt. Das Kapital industrialisiert die Weltwirtschaft. Es beschleunigt die industrielle Entwicklung in den Zentren der kapitalistischen Kultur; neue Gebiete werden durch den Kapitalimport industralisiert. Die Getreideländer aber entwickeln sich viel langsamer. Die Besiedlung des Ackerbodens hält mit der Industrialisierung der Weltwirtschaft nicht gleichen Schritt. Die Auswanderung der Menschen kann die Getreideländer nicht so schnell entwickeln, wie das Zuströmen des Kapitals, das Wachstum der Industrie den Getreidebedarf der Einfuhrländer steigert. Darum steigt die Getreideproduktion langsamer als der Weltbedarf. Darum steigen die Preise[9].

Ähnliche Erscheinungen sehen wir auf dem Baumwollmarkt.

9 Vergleiche Kautsky, *Der Weg zur Macht*, Berlin 1909, Seite 75 f. Viktor Heller, *Dauernde Wendung auf dem Getreideweltmarkt*, in: *Österreichischer Volkswirt* vom 7. August 1909. Salz, *Kornteuerung und Handelspolitik*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, XXIX. Band, 3. Heft.

Während der letzten Hochkonjunktur ist die Textilindustrie überaus schnell gewachsen. In Österreich stieg die Zahl der Baumwollspindeln von 3,6 auf 4 Millionen. England hat in einem Jahr mehr neue Baumwollspindeln aufgestellt als Österreich überhaupt besitzt. Der Baumwollbedarf der Weltindustrie beträgt heute mehr als 13,5 Millionen Ballen jährlich. Diesen Bedarf deckt die Produktion heute gerade noch bei guter Ernte. Ist die Witterung ungünstig, bleibt die Ernte hinter dem Bedarf auch nur um ein Geringes zurück, dann steigen die Baumwollpreise sehr rasch. Die Spinnereien müssen den Betrieb einschränken, weil sie sich den erforderlichen Rohstoff nicht beschaffen und die erhöhten Erzeugungskosten auf die Verbraucher nicht abwälzen können. Sehr deutlich hat sich der Zusammenhang zwischen der Rohstoffteuerung und der industriellen Krise in der österreichischen Baumwollindustrie im Jahre 1909 gezeigt. Im Sommer dieses Jahres ist die Nachfrage nach Baumwollwaren schnell gestiegen, die Fabriken waren gut beschäftigt, die Krise schien bereits überwunden. Als aber infolge ungünstiger Ernteschätzungen die Baumwollpreise zu steigen begannen, trat sofort ein Rückschlag ein. Die Verbraucher waren nicht imstande; die Baumwollwaren zu erhöhten Preisen aufzunehmen, der Absatz stockte, die Betriebseinschränkung mußte verschärft werden.

Ähnliche Erfahrungen wurden seit der letzten Hochkonjunktur auf allen Rohstoffmärkten gemacht. Die Preise der Wolle, der Häute, des Holzes, des Kautschuks, fast aller Metalle sind gestiegen. Die Verteuerung der Rohstoffe führt natürlich zur Verteuerung der aus ihnen erzeugten Fabrikate. Mit den Preisen der Baumwolle und der Wolle sind die Preise der Garne und der Gewebe, der Kleider und der Wäsche, mit den Holzpreisen die Preise der Möbel und die Kosten des Bauens, mit den Preisen der Häute die Preise des Leders und der Schuhe gestiegen.

Die Getreideteuerung, die Kohleteuerung, die Verteuerung der wichtigsten industriellen Rohstoffe sind charakteristische Erscheinungen der letzten Jahre. Die Gesellschaft hat die Produktion dieser Waren zu langsam ausgedehnt; darum sind diese Waren teuer. Die Gesellschaft hat gleichzeitig die Produktion vieler Industrieprodukte so schnell ausgedehnt, daß die Bevölkerung in den letzten Jahren nicht imstande war, diese Warenmengen zu kaufen, daher sehen wir in den letzten Jahren in unseren Betrieben Produktionseinschränkungen, Feierschichten, Arbeitslosigkeit. Unterproduktion im Kohlenbergbau, in der Baumwoll- und Weizenerzeugung, Überproduktion in den wichtigsten Industriezweigen; Mangel hier, unverkäufli-

che Warenvorräte dort: Teuerung und Krise gleichzeitig — das sind die Wirkungen der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Die planmäßige Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige ist unmöglich, solange die Herrschaft über die Produktion den Kapitalisten überlassen bleibt, die nur ihr Heißhunger nach Profit leitet. Die planmäßige Leitung der Produktion wird erst möglich, wenn die Gesellschaft selbst, die Gesamtheit aller Arbeitenden, die Arbeitsmittel besitzt und die Arbeitenden auf die verschiedenen Zweige der Arbeit verteilt. Erst wenn die Anarchie der Produktion aufgehoben wird, wenn alle Arbeitenden im Dienste der organisierten Gesellschaft stehen und von ihr planmäßig zur Erzeugung jener Güter verhalten werden, die die Gesellschaft braucht, wird es nicht geschehen können, daß auf der einen Seite Tausende vergebens Arbeit suchen und Hunderte von eben erst aufgestellten Maschinen stillstehen, während auf der anderen Seite der Menschheit fehlt, was sie braucht, die Hungernden zu speisen, die Frierenden zu kleiden, die Obdachlosen in warmen Stuben zu bergen.

Die Organisation der Produzenten

Die Wirkungen der Planlosigkeit in den kapitalistischen Produktionszweigen treffen auch die Unternehmer. Wenn die Rohstoffpreise steigen, hat jeder Unternehmer den Wunsch, den Preis seiner Ware zu erhöhen, um die neue Last auf die Verbraucher abzuwälzen. Er kann aber den Preis nicht erhöhen, wenn er fürchten muß, daß seine Konkurrenten ihn unterbieten. Wenn die Krise hereinbricht, wird der Konkurrenzkampf leidenschaftlich geführt; jeder Unternehmer setzt den Preis herab, um dem Konkurrenten die Kundschaft zu rauben. Der erbitterte Konkurrenzkampf senkt die Gewinne aller Unternehmer. Solche Erfahrungen wecken in den Unternehmern den Wunsch, die Konkurrenz auszuschalten, sich gegen die Kundschaft zu vereinigen, die Preise gemeinsam festzusetzen.

Dieser Wunsch führt zunächst zur Abschließung von Preisverabredungen. Die Unternehmer vereinbaren den Preis, zu dem sie ihre Ware verkaufen wollen, so daß keiner mehr befürchten muß, von seinen Konkurrenten unterboten zu werden. In Zeiten guten Geschäftsganges kommen solche Preiskonventionen in fast allen Industriezweigen vor. Auch dem Kleingewerbe sind sie längst nicht

mehr fremd; zuweilen übernehmen die Gewerbegenossenschaften die Funktion solcher primitiver Kartelle. Auch die Landwirte vereinigen sich bereits zu solchen Preiskonventionen; das beweisen die Milchkartelle, die in jüngster Zeit vielen Städten den Milchpreis diktieren, und die Kartelle der Spiritusbrenner[10].

Die Verteuerung vieler Waren wird durch solche Preiskartelle bewirkt. Doch darf ihre Bedeutung nicht überschätzt werden. In der Regel gelingt es ihnen nur dann, die Preise zu erhöhen, wenn die Lage des Marktes ihnen günstig ist. So beruhen die Erfolge der vielen lokalen Milchkartelle hauptsächlich darauf, daß die Entwicklung der Milchwirtschaft hinter dem angewachsenen Milchbedarf zurückgeblieben ist. Desgleichen können die vielen Preiskartelle der Industriellen und der Gewerbetreibenden in der Regel nur in Zeiten günstigen Geschäftsganges die Herrschaft auf dem Markte behaupten. Derartige Preiskonventionen führen die Teuerung also in der Regel nicht herbei; sie können sie nur beschleunigen und verschärfen. In Zeiten der Krise aber brechen solche Preiskonventionen oft wieder zusammen. Sie werden durch das Bedürfnis der einzelnen Unternehmer, sich durch herabgesetzte Preise größeren Absatz zu sichern, gesprengt. Der Konkurrenzkampf bricht von neuem aus. Die Preise beginnen wieder zu sinken.

Darum bleibt die Entwicklung bei solchen primitiven Preiskonventionen nicht stehen. Die Unternehmer streben nach dauerhafteren Gebilden, nach festgefügten Kartellen. Sie schaffen sich Kartellbüros, die den Verkauf der Ware besorgen, so daß die Kundschaft sich nicht mehr an den einzelnen Unternehmer, sondern nur an das Verkaufsbüro des Kartells wenden kann. Das Kartellbüro verteilt dann die Bestellungen auf die einzelnen Unternehmer. Es regelt den Umfang der Produktion, um Überproduktion zu verhindern.

Hand in Hand mit der festeren Organisation der Kartelle geht oft auch die Verschmelzung und Verflechtung der einzelnen Unternehmungen miteinander. Mehrere kleinere Unternehmungen werden zu einem größeren verschmolzen. Mehrere selbständige Unternehmungen werden miteinander dadurch eng verflochten, daß dieselbe

10 Die kleingewerblichen Kartelle werden durch unsere *Mittelstandspolitik* gefördert. Durch den Befähigungsnachweis, noch wirksamer durch das Konzessionssystem, wird die Zahl der konkurrierenden Unternehmer eingeschränkt; desto leichter ist es, eine Preisverabredung herbeizuführen. Und wenn ein Meister sich nicht fügt, kann die Genossenschaft über ihn Strafen verhängen. Die Milchkartelle werden bekanntlich durch Subventionen aus Landesmitteln gefördert. Natürlich gebärden sich die kartellierten Zünftler und Agrarier trotzdem als Gegner der Kartelle.

Bank von ihnen allen einen großen Teil der Anteilscheine (Aktien) erwirbt oder sie alle als mächtiger Hauptgläubiger beherrscht. So bereitet sich die vollständige Aufsaugung der kartellierten Unternehmungen durch ein einziges Riesenunternehmen, einen Trust, vor.

Solche festgefügte Kartelle und Trusts beherrschen den Warenmarkt natürlich viel mächtiger als lockere Preiskonventionen. Die machtvolle Entwicklung der Kartelle und Trusts in den letzten beiden Jahrzehnten ist eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung.

Ein Beispiel dieser Entwicklung bietet uns die Geschichte der österreichischen Eisenindustrie.

Die Anfänge der Kartellbewegung in der österreichischen Eisenindustrie fielen bereits in die siebziger Jahre. Im Jahre 1878 wurde das Kartell der Schienenwalzwerke gegründet, dem bald Kartellvereinbarungen über andere Eisenwaren folgten. Doch waren das ganz lockere Verbände, ohne jede Bürgschaft der Dauer, mit geringem Einfluß auf ihre Mitglieder und geringer Macht auf dem Markt. Erst als viele kleinere und bis dahin selbständige Unternehmungen in der Eisenindustrie von wenigen einheitlich geleiteten Riesenunternehmungen aufgesogen worden waren, wurde das mächtige Eisenkartell möglich.

Im Jahre 1881 wurde die *Alpine Montangesellschaft* gegründet, welche sofort die Betriebe von neun Privatunternehmungen, Aktiengesellschaften und Gewerkschaften in sich vereinigte und später noch die Betriebe von zwei weiteren Unternehmungen erwarb. Alle diese Betriebe gehörten nun einer Aktiengesellschaft, standen unter einheitlicher Leitung. Waren früher in jedem dieser Betriebe Waren verschiedener Art erzeugt worden, so wurde nun unter ihnen eine Arbeitsteilung durchgeführt; so wurde die ganze Federnfabrikation in Eibiswald, die Werkzeugstahlfabrikation in Kapfenberg, die Schienenerzeugung in Zeltweg konzentriert. Nachdem im Jahre 1897 die Aktien in neue Hände gekommen waren und eine neue Verwaltung eingesetzt worden war, wurde eine weitere Betriebskonzentration durchgeführt. Die großen und leistungsfähigen Betriebe wurden erweitert, die kleinen und weniger leistungsfähigen aufgelassen; so wurde 1897 bis 1904 die Zahl der Hochöfen von dreiundzwanzig auf sechs, der Siemens-Martin-Stahlwerke von vier auf zwei, der Puddelhütten von sechs auf zwei, der Walzhütten von neun auf vier reduziert. Die Gesellschaft besitzt heute Kohlen- und Eisenerzbergwerke, Hochöfen, Martin- und Bessemerhütten, Tiegelgußstahlöfen und Raffinierwerke verschiedener Art.

Neben dieser großen Fusion (Verschmelzung) in der alpenländischen Eisenindustrie vollzog sich ein noch wichtigerer Konzentratitonsprozeß in Böhmen. Im Jahre 1880 wurde die *Böhmische Montangesellschaft* gegründet, welche die Montanwerke des Fürsten Fürstenberg erwarb. Infolge der Krise geriet sie in Schwierigkeiten, und ihre Aktien wurden von Karl Wittgenstein und dessen Freunden erworben; Wittgenstein war damals bereits der Leiter des *Teplitzer Walzwerkes.* Im Jahre 1886 wurde nun die *Prager Eisenindustriegesellschaft* mit dem Teplitzer Walzwerk vereinigt; Wittgenstein übernahm die Leitung der vereinigten Werke. So standen bereits die drei großen böhmischen Eisenwerke — die Prager Eisenindustriegesellschaft, das Teplitzer Walzwerk und die Böhmische Montangesellschaft — unter einheitlicher Leitung. Auch hier wurde eine Betriebskonzentration durchgeführt. Der Betrieb der Hermannshütte wurde 1886 reduziert, 1903 aufgelassen, das Teplitzer Walzwerk wurde 1908 eingestellt. So wurde die Erzeugung in Kladno konzentriert. Im Jahre 1904 wurde schließlich durch Aktienumtausch die vollständige Verschmelzung der Prager Eisenindustriegesellschaft mit der Böhmischen Montangesellschaft vollzogen, im Jahre 1909 auch der formelle Ankauf der Werke der Böhmischen Montangesellschaft durch die Prager Eisenindustriegesellschaft.

Dieser Konzentrationsprozeß ist die Grundlage des Eisenkartells. In seiner festen und dauernden Gestalt ist es im Jahre 1886 entstanden, nachdem die Vereinigung der Prager Eisenindustriegesellschaft mit dem Teplitzer Walzwerk und der Böhmischen Montangesellschaft unter der Leitung Wittgensteins vollzogen war. Seine feste Fügung verdankt es der immer engeren Verknüpfung der einzelnen Aktiengesellschaften, aus denen es besteht. Diese Aktiengesellschaften sind nicht mehr unabhängig voneinander. So hat die Prager Eisenindustriegesellschaft 46.000 Aktien der Alpinen Montangesellschaft erworben, mehr als ein Achtel ihres Aktienkapitals; außerdem gehören auch den einzelnen Großaktionären der Prager Eisenindustriegesellschaft viele Aktien der Alpinen Montangesellschaft. So ist die völlige Verschmelzung der böhmischen mit der steirischen Eisenindustrie bereits angebahnt. Zwischen beiden Gruppen besteht ein Produktionsübereinkommen, das den ersten Ansatz zu einer Arbeitsteilung zwischen ihnen darstellt: die Prager Eisenindustriegesellschaft hat der Alpinen Montangesellschaft gegen eine Geldentschädigung die Erzeugung jener Mengen Grobblech überlassen, die durch den Kartellvertrag dem Teplitzer Walzwerk zugeteilt worden waren, wogegen die Alpine Montangesellschaft der Prager Eisenin-

dustriegesellschaft einen Teil ihrer Stabeisen- und Schienenerzeugung überließ. Ebenso zeigt sich die enge Verbindung beider Gesellschaften darin, daß dieselben Personen im Verwaltungsrat beider Unternehmungen sitzen. Von den dreizehn Mitgliedern des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustriegesellschaft sitzen sechs gleichzeitig auch im Verwaltungsrat der Alpinen Montangesellschaft[11].

Wir sehen hier die typische Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie zum Trust. An ihrem Anfang stehen lockere *Preiskonventionen.* Eine Reihe von Fusionen macht die Vereinigung zu einem festgefügten *Kartell* möglich. Die Verflechtung der Unternehmungen durch den Aktienbesitz bereitet ihre völlige Verschmelzung in einem *Trust* vor.

Dieser Konzentrationsprozeß bedeutet nun freilich einen gewaltigen technischen Fortschritt. Die Auflassung der minder ergiebigen Produktionsstätten, die Konzentration der Produktion in großen, mit den höchsten Errungenschaften moderner Technik ausgestatteten Riesenbetrieben vollzieht sich auf Kosten der in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiterschaft[12], aber sie macht es möglich, das Eisen mit billigeren Kosten herzustellen. Das Eisenkartell, durch die Zölle geschützt, kann trotzdem die hohen Eisenpreise festhalten: Der technische Fortschritt, der sich auf Kosten der Arbeiter vollzieht, bringt nicht den Verbrauchern billigeres Eisen, sondern dem Kartell höheren Profit.

Die hohen Eisenpreise wirken nun auf die ganze Volkswirtschaft ein. Jeder Fabrikant muß seine Maschinen, jeder Handwerker seine Werkzeuge, jeder Landwirt seine Geräte teurer kaufen, da das Kartell das Eisen verteuert. Dadurch werden auch die Herstellungskosten aller anderen Waren erhöht — in dem Preis jeder Ware steckt ein Tribut an das Eisenkartell. Eisen ist ja der Rohstoff, aus dem unsere wichtigsten Arbeitsmittel geschaffen werden: teures Eisen — hohe Produktionskosten; hohe Produktionskosten — hohe Preise.

Die monopolistischen Organisationen des Kapitals bedienen sich verschiedener Mittel zur Beherrschung des Marktes.

Sie suchen zunächst den Umfang der Produktion zu regeln, damit

11 Eines der gemeinsamen Verwaltungsmitglieder ist Herr Karl Fürstenberg, der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, einer der sechs Berliner Großbanken. Er stellt die Verbindung zum reichsdeutschen Bankkapital und zu den reichsdeutschen Eisenkartellen her.

12 Im Teplitzer Eisenwerk waren 780 Arbeiter beschäftigt. Als das Werk aufgelassen und die Produktion nach Kladno verlegt worden war, wurden nur achtzig Arbeiter nach Kladno übernommen.

nicht durch großes Angebot die Preise gedrückt werden. Insbesondere in Zeiten schlechten Geschäftsganges pflegen die Unternehmerverbände Produktionseinschränkungen anzuordnen. So haben zum Beispiel in den Jahren 1908 und 1909 der Verband der Baumwollspinner und das Jutekartell eine sechzehnprozentige Betriebseinschränkung durchgeführt, so daß ihre Betriebe einen Tag in jeder Woche stillstanden. Noch weiter ist das internationale Spiegelglaskartell gegangen; es hat wiederholt seine Betriebe einen ganzen Monat lang ruhen lassen.

Am wirksamsten kann die Produktion dort eingeschränkt werden, wo der Monopolbesitz an Naturschätzen den Unternehmern jeden Wettbewerb fernhält. So haben die österreichischen Kohlengrubenbesitzer jahrelang die Produktion künstlich eingeschränkt. Sie haben viele Freischürfe erworben, ließen aber den Betrieb ruhen, obwohl das Berggesetz vorschreibt, daß alle verliehenen Freischürfe und Grubenmaße möglichst vollkommen abgebaut werden müssen. Die gefälligen Bergbehörden haben ihnen immer wieder die Frist zur Aufnahme des Betriebes verlängert. Am 23. Oktober 1907 haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Schuhmeier und Reumann in einer Interpellation an den Ackerbauminister gefordert, der Minister möge die Bergbehörden anweisen, solche Fristverlängerungen nicht mehr zu gewähren. In dem Antrag Reumann über die Vorbereitung der Enteignung der Kohlenbergwerke wurde diese Forderung erneuert. Im Mai 1908 hat die Regierung in der Tat eine solche Aufforderung an die Bergbehörden gerichtet. Wird dieser Erlaß wirklich durchgeführt, dann wird die schnellere Erschließung der Grubenfelder die von den Grubenbesitzern künstlich verschärfte Kohlennot allmählich mildern.

Zuweilen fördert der Staat die Monopolisierung der Naturschätze durch ein Kartell. Im Jahre 1907 und 1908 war der Preis des Rohöls in Galizien infolge der Überproduktion gesunken. Diese günstige Gelegenheit suchte der allmächtige amerikanische Petroleumtrust zu benützen, um den galizischen Rohölbergbau seiner Herrschaft zu unterwerfen. Die österreichische Regierung wollte die Abschließung eines Vertrages zwischen dem amerikanischen Trust und den galizischen Rohölproduzenten verhindern. Sie wußte dazu kein anderes Mittel als die Förderung der Bildung eines österreichischen Rohölkartells. Die Bergbehörden zwangen die Produzenten durch Androhung bergpolizeilicher Schikanen, dem Landesverband der galizischen Rohölproduzenten beizutreten und ihm den Verkauf ihrer Ware zu überlassen. Der Staat baute den Unternehmern Lagerräu-

me. Die Staatseisenbahnen kauften dem Landesverband große Mengen Rohöl weit über dem Marktpreis ab. Eine aus Staatsmitteln erbaute Raffinerieanlage wurde dem Landesverband zur Verfügung gestellt. So wurde die Bildung eines Rohölkartells vom Staat gefördert und zur Verteuerung des Rohöls, natürlich auch des Petroleums, das ja durch Raffinierung des Rohöls gewonnen wird, die Vorbedingung geschaffen. Verantwortlich für diese staatliche Förderung eines Kartells, das sehr gefährlich werden wird, sobald die Überproduktion im galizischen Rohölgebiet verschwindet, sind Herr Doktor Geßmann, der damals Minister für öffentliche Arbeiten, und Herr Derschatta, der damals Eisenbahnminister war, für die Fortführung der Aktion der Finanzminister Bilinski[13].

Zuweilen suchen die Kartelle nicht nur den Umfang der Produktion, sondern auch das Arbeitsverfahren zu beeinflussen. So griff vor wenigen Jahren der europäische Verband der Flaschenfabriken ein, um eine technische Umwälzung in der Flaschenproduktion zu verhindern. Die Flaschenindustrie fühlte sich damals durch die Owensche Flaschenmaschine bedroht, die die Arbeit des Glasbläsers durch den automatischen Betrieb zu ersetzen ermöglicht. Die Einführung der neuen Maschine hätte die gelernte Arbeit aus den Flaschenhütten verdrängt, über die Glasbläser furchtbares Unheil gebracht. Aber sie hätte auch die Erzeugungskosten der Flaschenindustrie verringert, die alten Werke entwertet, die Kartelle gesprengt. Da griff das internationale Kartell ein. Es kaufte das Patent der Maschine um zwölf Millionen Mark an und regelte ihre Einführung so, daß die einzelnen Werke nur allmählich und nur in einem festen Verhältnis zu ihrer Gesamtproduktion die neue Maschine verwenden dürfen. So sicherten sich die kartellierten Unternehmer vor den bedrohlichen Folgen einer allzu plötzlichen Einführung der neuen Maschine.

Der Einfluß der Kartelle bleibt aber nicht auf die Produktion beschränkt. Die Einschränkung der Produktion ist ja nur ein Mittel, dem Kartell die Beherrschung des Marktes zu sichern. Daher schreiben die Kartelle ihren Mitgliedern auch vor, wieviel von den erzeugten Waren auf den Markt gebracht werden darf. So bestimmt zum Beispiel das Zuckerkartell regelmäßig, wieviel Zucker für den nächsten Monat *liberiert,* das heißt zum Verkauf freigegeben wird. In

13 Über die Aktion des Sozialdemokratischen Verbandes bei dieser Gelegenheit vergleiche: *Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus,* XIX. Session, Wien 1909, Seite 27.

neuerer Zeit lassen bei niederen Getreidepreisen die landwirtschaftlichen Genossenschaften an ihre Mitglieder die Aufforderung ergehen, kein Getreide feilzubieten. So werden die Getreidepreise durch Verringerung des Angebots in die Höhe getrieben. Die Landwirte verkaufen ihre Ware dann später, sobald der Preis gestiegen ist. Wo die Unternehmer selbst nicht imstande sind, den Markt durch die künstliche Verringerung des Angebots zu beherrschen, greift zuweilen der Staat ein. So wird zum Beispiel das Angebot an brasilianischem Kaffee durch die sogenannte *Kaffeevalorisation* künstlich eingeschränkt. Die Kaffeeproduktion ist gerade in den letzten Jahrzehnten überaus schnell gestiegen. Da die Erzeugung schneller stieg als der Bedarf, sanken die Kaffeepreise. Dadurch wurde insbesondere Brasilien betroffen, auf das drei Viertel der Weltproduktion von Kaffee entfallen, am stärksten der brasilianische Staat Sao Paulo, der fünfzig bis sechzig Prozent der Kaffeeernte der Erde liefert. Um das weitere Absinken der Kaffeepreise zu verhindern, übernahm der Staat Sao Paulo selbst die Aufgabe eines die Produktion regelnden Kartells. Er versuchte zunächst, die Produktion einzuschränken. Zu diesem Zwecke wurden Neupflanzungen mit einer hohen Steuer belegt. Die Kaffeeausfuhr wird mit einem Ausfuhrzoll belastet, die auszuführende Menge auf zehn Millionen Sack beschränkt. Von jedem Sack Kaffee, der über diese Höchstmenge hinaus ausgeführt werden soll, wird ein zwanzigprozentiger Zuschlag zum Ausfuhrzoll eingehoben. Da aber diese Maßnahmen nicht genügen, kauft der Staat Kaffee auf, um den Markt zu entlasten; die Mittel dazu borgt ihm ein aus englischen, französischen, deutschen und amerikanischen Banken bestehendes Konsortium. Der Staat hat bereits acht Millionen Sack Kaffee im Werte von mehr als vierhundert Millionen Kronen aufgekauft. Er will den Kaffee erst dann verkaufen, wenn dies geschehen kann, ohne den Kaffeepreis zu drücken; bietet sich dazu keine Gelegenheit, dann muß er den aufgespeicherten Kaffee vernichten, wenn er den Zweck der ganzen Operation erreichen will. So handelt der Staat Sao Paulo als ein Kartell der Kaffeepflanzer, das von einer internationalen Bankengruppe geführt wird. Durch die künstliche Entlastung des Marktes wird der Kaffeepreis höher gehalten, als er bei freiem Wettbewerb nach dem Stande von Angebot und Nachfrage sein könnte[14].

Oft verteilen auch die kartellierten Unternehmer das Marktgebiet

14 Schmidt, *Die Kaffeevalorisation,* in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik,* III. Folge, 38. Bd., S. 662 ff.

untereinander *(Rayonierung)*. Jeder Unternehmung wird dabei ein fest umgrenzter Kundenkreis zugewiesen, in den die Konkurrenten nicht eindringen dürfen. Bekannt ist zum Beispiel das *Kundenschutzsystem* der Brauherrenverbände.

Durch die fortschreitende Organisierung der Kapitalisten wird das gesamte Bild der kapitalistischen Gesellschaft verändert.

Wohl stockt auch unter der Herrschaft der Kartelle und Trusts der technische Fortschritt nicht. Immer noch wird die Ermäßigung der Erzeugungskosten mit dem Untergang vieler selbständiger Existenzen, mit dem Elend, der Arbeitslosigkeit vieler Arbeiter erkauft. Aber das Kartellwesen kann, indem es die Konkurrenz zwischen den Unternehmern beseitigt, die Preise seiner Waren hochhalten, wiesehr auch die Erzeugungskosten sinken. Der technische Fortschritt senkt nicht mehr die Preise; er erhöht nur noch die Gewinne der kartellierten Unternehmer.

Die Erhöhung der Preise durch die Kartelle legt allen Volksklassen schwere Lasten auf. Die Industrie und das Gewerbe fühlen sich durch die Erhöhung der Preise ihrer Arbeitsmittel und ihrer Rohstoffe bedroht. Die breite Schicht der Beamten und Angestellten leidet unter der Verteuerung aller Waren. Am schwersten aber wird die Arbeiterklasse getroffen. Sie leidet auf dem Arbeitsmarkte unter den Wirkungen des technischen Fortschrittes; sie leidet auf dem Warenmarkte darunter, daß der technische Fortschritt nicht mehr das Sinken der Preise herbeiführt. Sie ist auf dem Arbeitsmarkte das Opfer der technischen Entwicklung, auf dem Warenmarkte aber erfährt sie, daß die Gewinne, die aus der Entfaltung der Produktionskräfte fließen, von den kartellierten Unternehmern monopolisiert werden. So wird die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verändert. Ein schnell wachsender Teil des jährlichen Arbeitsproduktes fällt den Kapitalmagnaten zu. Nicht mehr wohlfeile, sondern hohe Preise sind heute »die schwere Artillerie« der Bourgeoisie.

Je mehr der Widerstand gegen die Ausbeutung der ganzen Gesellschaft durch die kapitalistischen Privatmonopole erstarkt, desto mehr werden aber auch die Bedingungen zur Befreiung der Gesellschaft geschaffen. In den kartellierten Produktionszweigen ist bereits der Kapitalist aus der Produktion ausgeschaltet, die gesellschaftliche Arbeit planmäßig organisiert und geleitet. Alle Arbeit wird von entlohnten Proletariern geleistet. Die Aufgabe der Leitung und Gliederung der Arbeit, die Aufsicht über die Arbeiter ist entlohnten Angestellten und Beamten übertragen, die Leitung der ganzen Indu-

strie im Kartellbüro konzentriert. Aber die Arbeit ist hier vergesellschaftlicht nicht für die Gesellschaft und durch die Gesellschaft, sondern für das Kapital und durch das Kapital. Den Massen, die unter der Teuerung leiden, ist so der Weg gewiesen, sich von der Ausbeutung durch die organisierten Kapitalsmächte zu befreien. Es gilt, die vom Kapital vergesellschaftlichten Arbeitsmittel den Händen der Kapitalisten zu entwinden und sie in das Eigentum der Gesellschaft selbst überzuführen.

Als im Jahre 1907 infolge der Hochkonjunktur der Kohlenbedarf schnell stieg, nützten die Kohlengrubenbesitzer und Kohlenhändler den günstigen Geschäftsgang zu einer unerhörten Erhöhung der Kohlenpreise aus. Damals forderten selbst bürgerliche Kreise die Aufhebung des Sondereigentums an den Kohlenschätzen, und das Abgeordnetenhaus nahm am 22. Oktober 1907 eine Revolution des deutschradikalen Abgeordneten Kraus an, in der die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues gefordert wurde. Die Regierung hat sich freilich um diese Resolution nicht gekümmert. Was sollte auch heute die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues nützen? Der Staat müßte ja den Kapitalisten die Kohlengruben ablösen. Er würde ihnen in jedem Jahre eine hohe Einlösungsrente zahlen. In dieser Form würden sie die hohen Gewinne weiter beziehen, die ihnen heute das Eigentum an den Kohlengruben sichert. Die Kohle würde nicht billiger, die Bergarbeiter würden nicht bessergestellt, wir würden von der kapitalistischen Ausbeutung nicht befreit. Was der Staat den Kohlenverbrauchern abnimmt, müßte er ja als Einlösungsrente den ehemaligen Kohlengrubenbesitzern abführen. Der Staat würde auf diese Weise nur zum Kassier der Kapitalisten. Was also tun? Wir können uns von den Kohlenbaronen nur in einer Weise wirklich befreien: wenn wir ihr Eigentum an den Kohlengruben, das zum Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist, für verwirkt erklären und wenn wir ihnen die Kohlengruben nicht abkaufen, nicht ablösen, sondern sie enteignen, expropriieren. Davon aber wollen die besitzenden Klassen nichts hören. Sie fürchten nämlich, den Volksmassen könnte beim Essen der Appetit kommen. Wenn wir mit der Enteignung der Kohlengrubenbesitzer anfangen, warum sollten wir dann vor den Latifundien der Großgrundbesitzer, vor dem städtischen Grund- und Hausbesitz, vor den Erzbergwerken und Rohölschächten, vor den Zuckerfabriken, Branntweinbrennereien, Bierbrauereien, vor den großen Dampfmühlen, den Petroleumraffinerien, den Hochöfen, Walzwerken und Maschinenfabriken, vor den Spinnereien und den Webereien untätig stehenbleiben?

Besitzende, die selbst die Enteignung zu fürchten haben, können keine Enteignung durchführen. Das große Werk kann nur vollbracht werden, wenn die Klasse, die nichts besitzt, nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hat, die politische Macht erobert und die Staatsgewalt in ihren Dienst stellt. Dann werden wir als Arbeiter in den Betrieben und Werken des Staates die Güter schaffen und zugleich als vollberechtigte Staatsbürger diese Betriebe und Werke beherrschen, diese Güter verteilen. Dann werden Bodenschätze und Arbeitsprodukte nicht mehr der Bereicherung einer Minderheit dienen, sondern die Bedürfnisse aller befriedigen. Die Klagen über die Teuerung, der Kampf gegen die Teuerung enden im Sozialismus[15].

Handel und Spekulation

Zwischen die industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmer auf der einen, die Verbraucher auf der anderen Seite schieben sich die Händler ein. Produzenten und Händler haben ein gemeinsames Interesse: daß der Verbraucher gezwungen werde, die Ware möglichst teuer zu kaufen. Aber sie kämpfen zugleich auch um die Teilung der Beute, die sie den Verbrauchern abnehmen. Jede der beiden Gruppen sucht die Verantwortung für die Teuerung auf die andere abzuwälzen. Die Händler klagen über die Kartelle der Produzenten; die Produzenten beteuern, nur der Zwischenhandel verteuere die Ware. Manchmal gehen Produzenten und Händler gegen die Verbraucher einig vor; so ist zum Beispiel die Milchverteuerung in Wien im Herbst 1909 durch das Bündnis der Milchproduzenten mit den Milchhändlern herbeigeführt worden. Ebenso haben sich wiederholt die Gastwirte mit den Brauherrenverbänden verbündet, um gemeinsam das Bier zu verteuern. Wo aber ein Pakt über die Teilung der Beute nicht zustandekommt, dort stehen Produzenten und Händler in heftiger Fehde gegeneinander. Insbesondere die Agrarier lieben es, den Handel anzuklagen; nur er sei für die Teuerung verantwortlich, die armen Landwirte trügen keine Schuld.

Das Verhältnis zwischen den Produzenten und den Händlern

15 Über den Antrag Kraus, betreffend die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, und über den sozialdemokratischen Antrag Reumann, betreffend die Vorbereitung der Enteignung der Kohlenbergwerke, vgl.: *Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause*, XVIII. Session, Seite 16 ff.

hängt von vielen Umständen ab. Wo armen, unwissenden Bauern ein reicherer und listiger Viehhändler gegenübertritt, wird gewiß der Bauer geprellt; nicht der Kleinbauer, sondern der Viehhändler zieht hier den Gewinn aus den hohen Viehpreisen. Dagegen werden die Branntweinbrennereien, Bierbrauereien und Zuckerfabriken, die ihre Abfallsprodukte in der Viehmästung verwerten, sich weder bei dem Einkauf noch bei dem Verkauf des Viehes von den Händlern betrügen lassen; sie stehen ja weder an Marktkenntnis noch an Kapitalmacht den Händlern nach. Hier werden also die Produzenten den Händler auf den landesüblichen Durchschnittsprofit beschränken; der Gewinn aus der steigenden Preisbewegung fällt ihnen zu. Doch kann der kapitalistische Großhandel unter Umständen auch großen industriellen Unternehmungen gegenüber eine beherrschende Stellung einnehmen. So beherrschen die Kohlenhandelsfirmen Petschek und Weinmann in Aussig auch den Kohlenbergbau. Sie besorgen allein den Kohleverschleiß für die größten Werke. Von ihnen ist dann wieder eine ganze Reihe kleinerer Händler und Kommissionäre abhängig. Die Kartellierung der Industrie wird hier durch den Handel besorgt. Durch Verabredungen zwischen den führenden Handelshäusern werden die Produktion und die Preise geregelt. Ähnliche Verhältnisse bestehen auch im oberschlesischen Kohlenbergbau. In anderen Fällen geraten dagegen die Händler in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Industrie. So haben im letzten Jahre die drückenden Bestimmungen, die das Zuckerkartell den Zuckerhändlern diktiert hat, großes Aufsehen erregt. Von dem Machtverhältnis zwischen den Produzenten und den verschiedenen Händlerkategorien hängt natürlich ihr Anteil an der Preisbildung ab. Wo der Händler marktkundiger und kapitalkräftiger ist als der Produzent, wo die Händler durch Ringbildung die Konkurrenz ausschalten, die Zufuhr fernhalten, das Angebot beschränken können, dort können sie die Ware den Produzenten billig abnehmen, den Verbrauchern zu hohem Preise verkaufen. In der Regel sind aber Ringe der Händler schwieriger zu bilden und, wo sie gebildet werden, schwieriger zu erhalten, als Kartelle der Produzenten. Daher wird der Handelsgewinn in der Regel durch die Konkurrenz auf den kapitalistischen Durchschnittsprofit herabgedrückt. Die Preisbildung geht dann von den Produzenten aus: Der Händler überwälzt auf die Verbraucher nur die Last, die ihm selbst von den Produzenten aufgebürdet wurde. Aber wenn der Händler in der Regel nicht mehr als den Durchschnittsprofit erzielen kann, so erzielt er doch diesen. An jeder Hand, durch die die Ware auf

ihrem Wege von der Erzeugungsstätte zum Haushalt des Verbrauchers geht, bleibt ein Teil des Preises haften, den schließlich der Verbraucher zu zahlen hat. Ist es also auch nicht richtig, daß die Verteuerung der Waren hauptsächlich oder ausschließlich durch den Händler herbeigeführt wird, was die Agrarier so gern behaupten, so ist es doch richtig, daß neben den Produzenten auch dem Handel jene Gewinne zufließen, aus denen sich der Überschuß des Verkaufspreises der Ware über ihre Erzeugungskosten zusammensetzt[16].

Die Entwicklung des Großhandels hängt mit der Konzentration des Kapitals in der Industrie zusammen. Als Wien noch eine Kleinstadt war, deren Getreidebedarf von den Landwirten der Umgebung befriedigt werden konnte, führten die Landwirte ihr Getreide auf die Wiener Märkte – heute noch heißen die einstigen Marktplätze Getreidemarkt und Mehlmarkt – und verkauften es dort den kleingewerblichen Bäckern, Müllern und Mehlhändlern. Als aber die Bevölkerung der Stadt wuchs, als sich der kapitalistische Großbetrieb im Müllergewerbe und in der Bierbrauerei entwickelte, konnten die lokalen Märkte diesen großen Betrieben die großen Getreidemengen einheitlicher Qualität, deren sie bedurften, nicht liefern. Selbst umherzureisen und bei den Landwirten Getreide einzukaufen, hatten die Unternehmer keine Zeit. Diese Aufgabe übernahmen nun Händler. Sie kauften das Getreide bei den Landwirten auf und verkauften es in der Stadt an Müller, Brauer, Bäcker. Bald gewöhnten sich die Getreidehändler, die Müller und Brauer, einander im Kaffeehause *Zur Mehlgrube* zu treffen. Jeder Händler war sicher, dort Kauflustigen zu begegnen; jeder Müller und Brauer erwartete, dort Händler, die Getreide feilboten, anzutreffen. Aus diesen Zusammenkünften ist die Warenbörse hervorgegangen[17].

16 Auf eine oft erörterte Form des Zwischenhandels kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden: auf jene kapitalistischen Handelshäuser, die die Handwerksmeister sich hörig gemacht haben, die Möbelmagazine, für die ein paar Dutzend Tischlermeister arbeiten, die Konfektionäre, die Hunderte von Schneidermeistern beschäftigen und so weiter. Die ausführlichste Darstellung der Herrschaft des Großhandels über das Handwerk gibt Sombart, *Der moderne Kapitalismus,* Leipzig 1902. In Wirklichkeit sind diese *Händler* industrielle Unternehmer, die *Handwerksmeister* nichts anderes als Lohnarbeiter, Hausindustrielle und Heimarbeiter in ihrem Dienste. Das Verhältnis zwischen dem kapitalistischen Handelshaus und dem kapitalhörigen Handwerker ist daher ganz anders zu beurteilen, als das Verhältnis selbständiger Produzenten zu selbständigen Händlern. Ausgeschaltet wird dieser *Zwischenhandel,* wenn an die Stelle der Hausindustrie die Fabrik tritt.

17 Viktor Heller, *Der Getreidehandel und seine Technik in Wien,* Tübingen 1901.

Die Warenbörsen sind zunächst Märkte für einzelne Welthandelswaren, beispielsweise Getreide, Baumwolle, Kaffee, Spiritus. Hier trifft also zum Beispiel der Getreidehändler, der Weizen und Roggen von den Landwirten gekauft hat, den Müller, der Getreide zu kaufen wünscht. Aber neben den Händlern stellen sich die Spekulanten ein: Leute, die nicht verkaufen, weil sie eine Ware in ihren Speichern liegen haben, und nicht kaufen, weil sie eine Ware brauchen, sondern die nur zu dem Zwecke kaufen und verkaufen, um aus den Preisschwankungen einen Gewinn zu ziehen. Nehmen wir zum Beispiel an, ein Zentner Weizen koste 26 Kronen. Herr Kohn hofft, der Weizen werde billiger werden. Er verkauft also Weizen dem Herrn Löwy zum heutigen Preise und verpflichtet sich, ihn in drei Monaten zu liefern. Kostet der Weizen in drei Monaten nur 25 Kr., dann kauft er den Zentner um 25 Kr., bekommt für ihn aber von Löwy den heutigen Preis, also 26 Kr. gezahlt. Er verdient an jedem Zentner eine Krone. Hat er sich getäuscht, kostet der Weizen 27 Kr., dann muß er den Weizen um 27 Kr. kaufen, obwohl er nur 26 Kr. für ihn bekommt. Jetzt verdient Herr Löwy, der – in der Meinung, daß der Weizen teurer werden wird – den Weizen zum heutigen Preise von 26 Kr. gekauft hat, eine Krone am Zentner: er bekommt den Weizen um 26 Kr. geliefert, kann ihn aber sofort um 27 Kr. weiterverkaufen. Da aber die beiden Herren den Weizen gar nicht brauchen, können sie sich den Ankauf und Verkauf von Weizen ersparen: Es genügt, daß einer dem anderen die Preisdifferenz zahlt. Ist der Zentner Weizen am Lieferungstage eine Krone billiger als am Tage des Geschäftsabschlusses, dann zahlt Herr Löwy dem Herrn Kohn eine Krone. Ist der Weizen am Lieferungstage teurer als heute, dann zahlt Herr Kohn dem Herrn Löwy die Preisdifferenz. So entwickelt sich auf der Warenbörse neben dem *Effektivhandel*, dem wirklichen Handel, wie er sich zum Beispiel zwischen den Getreidehändlern und Müllern abspielt, die *Spekulation*, das Börsenspiel.

Beide Geschäftszweige stehen im engsten Zusammenhange miteinander. Ein Müller hat eine größere Menge Mehl für spätere Zeit verschlossen. Bei der Berechnung des Mehlpreises hat er den heutigen Getreidepreis zugrunde gelegt. Er kann aber das Getreide erst später kaufen. So ist sein Risiko groß. Er muß das bereits verschlossene Mehl zu dem heutigen niedrigeren Preise abgeben, wird aber vielleicht das Getreide, aus dem das Mehl erzeugt werden soll, zu einem späteren, höheren Preise kaufen müssen. Wenn der Getreidepreis steigt, wird der Müller an dem verkauften Mehl sein Geld

verlieren. Um sich von diesem Risiko zu befreien, schließt nun der Müller ein Spekulationsgeschäft ab: Er kauft auf dem Terminmarkte Getreide, nicht in der Absicht, dieses Getreide wirklich zu übernehmen — denn das Effektivgeschäft, durch welches er wirklich Getreide erwerben will, will er erst später abschließen — sondern um für den Fall, daß er an seinem Mehlverkauf sein Geld verlieren sollte, sich an dem Spekulationsgeschäft (Terminkauf) schadlos zu halten. Wenn nun der Getreidepreis steigt, dann bekommt der Müller von dem Spekulanten, mit dem er den Spekulationskauf abgeschlossen hat, die Preisdifferenz ausgezahlt. Was er an dem effektiven Mehlverkauf verloren hat, gibt ihm der Gewinn aus dem Spekulationskauf wieder zurück. Die Börsenspekulation wird auf diese Weise von den Produzenten als eine Versicherung gegen Verluste benutzt, welche sie infolge der Preisschwankungen ihres Rohstoffes erleiden[18].

So ist die Börsenspekulation ein natürliches Erzeugnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welches aus den Bedürfnissen der Warenproduktion selbst hervorgegangen ist — die Tochter ist ebenso liebenswürdig wie die Mutter.

Die Börsenspekulation kann zeitweilig gewiß einen großen Einfluß auf die Warenpreise ausüben. So hat zum Beispiel im Frühjahr 1909 der amerikanische Spekulant Patten den Weizenpreis in die Höhe getrieben, indem er ungeheure Mengen Weizen gekauft hat, in der Hoffnung, sie später zu höherem Preise weiter verkaufen zu können. Doch darf die Wirkung der Börsenspekulation auf die Preise nicht überschätzt werden. Kein Spekulant ist nämlich imstande, von Welthandelswaren, wie Weizen oder Baumwolle es sind, solche Mengen aufzukaufen, daß er dauernd auf dem Weltmarkt die Preise

18 Fridrichowicz, *Die Technik des internationalen Getreidehandels*, Berlin 1908, umschreibt die wirtschaftliche Aufgabe der Terminspekulation in folgender Weise: »Im Differenzgeschäft haben wir ein Versicherungsgeschäft zu sehen, das der Produzent oder der Warenhändler oder der Großkonsument beziehungsweise ein Veredlungsbetrieb mit einem Kapitalisten abschließt. Die ersteren vereinbaren mit dem letzteren einen Vertrag, nach dem er ihnen die Differenz auszahlen soll, wenn sie eine Sache später unter ungünstigeren Verhältnissen als den gegenwärtigen kaufen oder verkaufen sollten, wohingegen sie dem Kapitalisten den Gewinn zusichern, wenn die Verhältnisse sich zu ihren Gunsten verschieben.« (Seite 223.) Durch den Terminhandel wird das Risiko der Preisverluste auf alle an der Börsenspekulation beteiligten Kapitalisten verteilt, wie durch die Feuerversicherung das Risiko der Feuersgefahr auf alle versicherten Personen verteilt wird. In dem einen wie in dem anderen Falle ziehen natürlich die Kapitalisten, die die Versicherung zu ihrem Geschäfte machen, aus ihr einen Gewinn.

diktieren könnte. Ist die Weizenernte größer als der Bedarf, dann beginnt der Weizenpreis zu sinken; der Spekulant ist nicht mehr imstande, die auf den Markt kommende Menge aufzukaufen; er muß schließlich selbst seine Vorräte verkaufen, wenn er nicht später bei noch tiefer gesunkenen Preisen verkaufen will. Die Spekulation glückt nur dann, wenn sie in der Richtung der Preisbewegung geht, die durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im Effektivhandel herbeigeführt wird. Ist zum Beispiel die Baumwollernte kleiner als der Bedarf, dann wird der Spekulant, der große Mengen Baumwolle aufgekauft hat, sie freilich mit reichem Gewinn verkaufen können.

Zeitweilig können die Spekulanten sicherlich den Preis auch heben, indem sie kaufen, den Preis senken, indem sie verkaufen, und das schon ist schlimm genug. Es kann gewiß vorkommen, daß die Spekulation zum Beispiel den Preis in dem Zeitpunkt drückt, in dem die Landwirte ihr Getreide verkaufen, und ihn in die Höhe treibt, wenn die Müller das Getreide kaufen. Auf die Dauer aber spottet die Preisbewegung aller Wünsche der Spekulanten; sie nützen die Preisveränderungen aus, aber sie können sie nicht dauernd bestimmen.

Von Leuten, die das Wesen des Warenhandels nicht kennen, wird der Einfluß der Spekulation auf die Preise oft überschätzt. Als die Entwicklung des internationalen Warenaustausches und der Ausbau der Verkehrsmittel in den siebziger und achtziger Jahren eine Periode sinkender Getreidepreise herbeiführten, haben die Agrarier den Landwirten eingeredet, die Börsenspekulation sei an dem Sinken der Getreidepreise schuld. Damals wurde das Verbot des Terminhandels, der wichtigsten Form der Börsenspekulation, gefordert, weil nur die Einschränkung des Börsenspiels die Getreidepreise steigern könne. Heute wieder, da die Welternte hinter dem Weltbedarf zurückbleibt und daher die Getreidepreise steigen, will man den Verbrauchern einreden, das Börsenspiel führe die hohen Preise herbei.

Zwar ist in Österreich der Getreideterminhandel schon seit Jahren verboten; aber dieses Verbot hat nur die Wirkung erzielt, daß die österreichischen Getreidehändler und Großmüller ihre Spekulationsgeschäfte jetzt an der Budapester Börse abschließen. Wohl aber können wir die Wirkungen des Terminhandelsverbotes in Deutschland studieren. Im Deutschen Reiche ist ja der Getreideterminhandel schon seit 1896 vollständig aufgehoben. Seit dieser Zeit haben sich nun dort die Getreidepreise in folgender Weise entwickelt:

im Jahre	Preis von tausend Kilogramm Weizen in Mannheim in Mark
1894	150,7
1895	155,6
1896	168,4
1897	194,8
1898	209,4
1899	179,3
1900	177,5
1901	177,0
1902	174,0
1903	175,7
1904	184,0
1905	188,2
1906	196,2
1907	223,5
1908	236,9

Die Zahlen beweisen wohl, daß die Aufhebung des Terminhandels den Getreidepreis nicht senkt; sie beweisen aber nicht, daß seine Aufhebung den Getreidepreis erhöht. Das Steigen des Getreidepreises ist nämlich ebenso in Ländern mit wie in Ländern ohne Terminhandel vor sich gegangen. Seine Ursachen liegen eben überhaupt nicht in der Börsenspekulation, sondern einerseits darin, daß der Weltbedarf schneller gestiegen ist als das Angebot, anderseits in der preissteigernden Wirkung der Zölle[19].

19 Wenn aber die Spekulation die Preise auch nicht willkürlich bestimmen kann, so ist darum die Regelung des Börsenwesens doch keine gleichgültige Sache. Die Wirkung des Terminhandelsverbotes auf die Getreidepreise ist bestritten. Meines Erachtens kann das Verbot des Getreideterminhandels die Preise eher erhöhen als senken. Spekulationsgeschäfte werden nämlich nicht nur von den Müllern, sondern in ganz analoger Weise auch von Getreideimporteuren als ein Sicherungsmittel gegen Preisverluste benützt. Durch das Verbot des Terminhandels wird den Händlern, die Getreide aus dem Ausland einführen, dieses Sicherungsmittel entzogen. Dadurch wird die Getreideeinfuhr aus dem Ausland mit einem höheren Risiko belastet, also erschwert. Es ist daher ganz konsequent, wenn die Agrarier, die prinzipiellen Gegner der Getreideeinfuhr, den Terminhandel bekämpfen; Parteien, die die Interessen der Verbraucher vertreten, können sich aber an diesem Kampfe nicht beteiligen. Doch könnte der Terminhandel vielleicht durch Versicherungsgeschäfte in anderer Form ersetzt werden. (Vgl. Fridrichowicz, a. a. O., Seite 228.) Selbstverständlich hat aber die Börsengesetzgebung auf die inländischen Getreidepreise weit geringeren Einfluß als der Weltmarktpreis und die Zölle. Die amerikanische Spekulation aber, der unvergleichlich größere Kapitalien zur Verfügung ste-

Breite Bevölkerungsschichten stellen sich den Einfluß der Spekulation auf die Preise größer vor, als er ist. Sie sehen, daß die Preise an der Börse notiert werden, und meinen darum, sie würden nach dem Belieben der Börse bestimmt. Dieses Mißverständnis wird von vielen Interessentengruppen ausgenützt. Die Agrarier schieben alle Schuld auf die Börsenspekulation, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den Agrarzöllen abzulenken. Die kleinbürgerlichen Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung jammern über die *Auswüchse des Kapitalismus,* die allein an allen Übeln schuld seien, während die Grundlagen des Kapitalismus, das Sondereigentum an den Arbeitsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Fabriken, in den Werkstätten, auf den Feldern der Grundbesitzer von allen Sünden frei seien. Nun ist es gewiß wahr, daß die Börse eine Giftblüte am Baume des Kapitalismus ist; aber wir können den Kapitalismus nicht bezwingen, indem wir seine Blüten abschneiden, sondern nur, indem wir seine Wurzeln aus dem Boden reißen. Die Wurzeln des Kapitalismus aber liegen nicht an der Börse, sondern in der Fabrik. Auch die Teuerung kann zwar von der Börsenspekulation ausgenützt, von ihr zeitweilig verschärft werden, ihre tieferen Ursachen aber sind nicht an der Börse zu suchen, sondern im Wesen und in der Organisation der kapitalistischen Produktion.

Ein ganz anderes Bild als der Großhandel, der die Waren von den Rohstoffproduzenten zu der Industrie leitet, zeigt der Kleinhandel, der sie von der Industrie zu den Verbrauchern führt.

In der Entwicklung des kleinen Detailhandels ist das charakteristische Moment das überaus schnelle Wachstum der Zahl der in diesem Erwerbszweig tätigen Personen. In Österreich waren im Lebensmittelhandel im Jahre 1890 108.600 Personen, im Jahre 1900 186.375 Personen tätig; die Zahl der im Lebensmittelhandel beschäftigten Personen ist also in zehn Jahren um 71,62 Prozent gestiegen, während die Gesamtbevölkerung sich nur um 9,44 Prozent vermehrt hat. In Wien wurden bei der gewerblichen Betriebszählung 16.034 Lebensmittelgeschäfte gezählt. Da in diesem Jahre die Zahl der Häuser in Wien 34.013 betrug, entfiel im Durchschnitt auf je zwei Häuser und je zweiundzwanzig Wohnungen ein Lebensmittelgeschäft. Diese ungeheure Überflutung des Lebensmittelhandels ist

hen, die daher den Weltmarktpreis tatsächlich wenigstens für einige Zeit zu beeinflussen vermag, kann durch die österreichische Gesetzgebung natürlich nicht getroffen werden.

eine Wirkung der Proletarisierung der Volksmassen: Im Kleinhandel suchen alle diejenigen die letzte Zuflucht, die in dem untergehenden, von der kapitalistischen Konkurrenz bedrohten, in Österreich überdies auch noch durch den Befähigungsnachweis eingehegten Handwerk keine Beschäftigung finden und sich doch noch nicht entschließen können, als Lohnarbeiter in der Fabrik Arbeit zu suchen[20]. Die Zersplitterung des Kleinhandels in eine Unzahl von mit hohen Kosten arbeitenden Zwergbetrieben verteuert gewiß die Waren. Mit ihren Angehörigen bilden die im Lebensmittelhandel beschäftigten Personen ein gewaltiges Heer. In Österreich waren es im Jahre 1890 282.820, im Jahre 1900 451.366 Personen. Alle diese Personen erzeugen keine Güter, sie vermehren den Reichtum der Gesellschaft nicht, sie müssen von der Gesellschaft ernährt werden. Der Beitrag zur Ernährung dieser Gesellschaftsschicht ist im Detailpreis der Waren enthalten. Er ist wegen der großen Zahl der zu Ernährenden sicherlich nicht klein, wie armselig auch diese Menschen leben mögen. Entfielen doch auf 100.000 Einwohner in Österreich im Jahre 1890 1183, im Jahre 1900 schon 1726, in Wien im Jahre 1890 2840, im Jahre 1900 3438 vom Lebensmittelhandel lebende Personen[21]!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch diese unwirtschaftliche Organisation des Detailhandels die Warenpreise verteuert. Insbesondere ist wohl die Klage berechtigt, daß die Detailhändler die Preise ihrer Waren erhöhen, wenn die Großhändler von ihnen höhere Preise fordern, daß dagegen die Detailhandelspreise oft gar nicht oder nur in sehr geringem Maße herabgesetzt werden, wenn die Großhandelspreise fallen. So sind zum Beispiel in den letzten Jahren die Petroleumpreise in Österreich beträchtlich gesunken. Die Überproduktion im galizischen Rohölbergbau hat den Rohstoff, aus dem das Petroleum erzeugt wird, verbilligt. Die Konkurrenz, die die

20 Brichta, *Studien zur Konsumvereinsfrage*. Bericht, erstattet an die Generalrepräsentanz der Wiener Kaufmannschaft. – Die Einführung des Befähigungsnachweises im Handel durch die letzte Novelle zur Gewerbeordnung setzt dem Zuströmen allerdings eine Grenze. Dadurch wird jenen Tausenden, die im Lebensmittelhandel einen dürftigen Erwerb hätten finden können, die letzte Zuflucht geraubt, ihre Proletarisierung noch beschleunigt.

21 Bei der Lektüre dieses Absatzes muß der Unterschied zwischen den Berufstätigen und den Berufszugehörigen beachtet werden. Die Berufszugehörigen setzen sich aus den Berufstätigen, ihren Angehörigen und Dienstboten zusammen. Die Verbraucher müssen natürlich nicht nur die im Lebensmittelhandel tätigen Personen, sondern auch ihre Angehörigen, also die Gesamtheit der Berufszugehörigen ernähren.

Vacuum Oil Company, die österreichische Filiale des amerikanischen Petroleumtrusts, den österreichischen Petroleumraffinerien bereitete, hat diese zur Ermäßigung ihrer Preise gezwungen. Aber der Detailhandelspreis des Petroleums ist viel weniger und langsamer ermäßigt worden als der Großhandelspreis. Ähnliche Beobachtungen werden vom Wiener Fleischmarkt gemeldet. Die Viehpreise auf dem Wiener Markt sind in den letzten Jahren unter dem Einfluß der Futterernte bald gesunken, bald gestiegen. Ist die Futterernte schlecht, dann verkaufen die Landwirte Vieh, da sich die Fütterung mit den teuren Futtermitteln nicht lohnt: Das große Angebot senkt die Viehpreise. Im folgenden Jahre steigen dann die Viehpreise, weil die Landwirte ihre gelichteten Viehbestände wieder zu ergänzen wünschen. Während nun die Wiener Fleischhauer die Fleischpreise stets erhöht haben, so oft die Viehpreise gestiegen sind, haben sie an den einmal erhöhten Fleischpreisen stets festgehalten, wenn die Viehpreise infolge einer schlechten Futterernte wieder sanken.

Doch darf man die Bedeutung solcher Erscheinungen nicht so hoch veranschlagen, wie dies die Agrarier tun. Die Agrarier möchten uns einreden, nur die Fleischhauer seien es, die die Preise verteuern; die Viehzüchter und Viehhändler seien schuldlos. Solche Übertreibungen widerlegt die Preisstatistik[22].

Im Jahre	Durchschnittspreis eines Kilogramms Rindfleisch im Wiener Kleinhandel Heller	Durchschnittspreis für Ochsen auf dem Wiener Viehmarkt für den Zentner Kronen
1900	136	57,80
1901	145	57,10
1902	145	59,21
1903	150	61,26
1904	151	62,85
1905	156	67,82
1906	163	71,38
1907	170	72,67
1908	168	65,52

Diese Zahlen zeigen deutlich genug, daß das Steigen der Fleischpreise eine Wirkung des Steigens der Viehpreise ist. Der Kleinhandel hält freilich den Detailhandelspreis stets ein gutes Stück über

22 Vergleiche Löwenfeld, *Die Ursachen der Fleischteuerung in Wien,* in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung,* XVIII. Band, 3. Heft.

dem Großhandelspreis; aber die Differenz zwischen beiden willkürlich zu vergrößern, hindert ihn die auch in seinem Reiche herrschende Konkurrenz. Das Steigen der Preise im Kleinhandel ist also auf das Steigen der Großhandelspreise zurückzuführen.

Ist der Handel in der Regel nicht für das Steigen der Preise verantwortlich, so ist er dagegen wohl daran schuld, daß die Detailpreise, die der Verbraucher zahlen muß, stets hoch über den Großhandelspreisen stehen, die der Produzent erzielt, mögen diese Preise nun hoch oder nieder sein. Daher sehen wir sowohl auf der Seite der Verbraucher, als auch auf der Seite der Produzenten das Bestreben wirksam, den Handel auszuschalten, die Produzenten in unmittelbare Beziehungen zu den Verbrauchern zu setzen.

Zunächst rücken die Organisationen der Produzenten gegen den Zwischenhandel vor. Die Fabrikanten bemühen sich darum, ihre Ware unmittelbar an die Verbraucher zu verkaufen, und die industriellen Kartelle sind bestrebt, den Zwischenhandel auszuschalten. Zuweilen schützt der Staat den Zwischenhandel gegen die Industriellen. So hat zum Beispiel in den letzten Jahren die schon erwähnte *Vacuum Oil Company* auf österreichischen Eisenbahnstationen Petroleumreservoirs errichtet und das Petroleum von diesen Reservoirs in Tankwagen unmittelbar den Greißlern zugestellt. Dadurch fühlten sich die Händler bedroht, die den Zwischenhandel zwischen den Petroleumraffinerien und den Greißlern besorgen. Auf ihren Wunsch hat die Regierung die Verwendung der Tankwagen unter dem Vorwande verboten, daß sie feuergefährlich seien, obwohl diese technisch vollkommenste Methode des Petroleumvertriebes im Auslande längst üblich ist. Mit größerem Erfolge bemühen sich die Agrarier, den Zwischenhandel auszuschalten. Seit dem Jahre 1898 wurden in Österreich viele Lagerhausgenossenschaften gegründet. Wo sie entstehen, muß der Bauer sein Getreide nicht mehr dem Getreidehändler verkaufen; er liefert es an seine Genossenschaft ab, die es unmittelbar an große Verbraucher, zum Beispiel das Militärärar oder große Dampfmühlen, verkaufen kann. In jüngster Zeit werden auch bäuerliche Viehverwertungsgenossenschaften gegründet, die den kapitalistischen Viehhandel ausschalten sollen. Diese Bemühungen der agrarischen Organisationen werden vom Staate unterstützt. Im Dezember 1909 hat das Abgeordnetenhaus einen jährlichen Zuschuß von fünf Millionen Kronen zur Unterstützung der Viehverwertung bewilligt.

Die Ausschaltung des Zwischenhandels, der sich zwischen Erzeuger und Verbraucher einschiebt und der Gesellschaft Werte ent-

zieht, ohne ihren Reichtum zu vermehren, ist gewiß ein wirtschaftlicher Fortschritt. Freilich muß auch dieser Fortschritt wie jeder andere unter der Herrschaft des Kapitalismus mit der Proletarisierung vieler selbständiger Existenzen erkauft werden. Den Verbrauchern aber bringt dieser Fortschritt keinen Gewinn, denn die Kartelle und die landwirtschaftlichen Genossenschaften schalten den Zwischenhandel nicht aus, um ihre Waren billiger zu verkaufen, sondern um den Profit, der bisher in die Taschen der Händler geflossen ist, in die Kassen und Truhen ihrer Mitglieder zu leiten. Die Gründung der Lagerhausgenossenschaften hat zunächst nur die lokalen Getreidepreise erhöht, da die Bauern, statt ihr Getreide im Dorfe oder in der Bezirksstadt billig abzugeben, es durch die Lagerhausgenossenschaften auf einem entfernteren Markte zu höheren Preisen verkaufen können. Je dichter aber das Netz der Lagerhausgenossenschaften wird, je enger die Verbindung zwischen ihnen, je größer ihre Machtstellung auf dem Markte, desto näher kommen die Agrarier ihrem Ideal: der Bildung eines gewaltigen Getreidekartells, das den Verbrauchern den Getreidepreis diktiert. Im Jahre 1907 hat die agrarische Vereinigung im Abgeordnetenhause, der Mitglieder aller bürgerlichen Parteien angehören, die Gründung einer Getreidebank, die die Belehnung des in den Lagerhäusern aufgespeicherten Getreides zentralisieren soll, ernsthaft beraten. Eine solche Bank wäre wohl die Keimzelle eines Getreidekartells.

Rücken auf der einen Seite die Organisationen der Produzenten gegen den Handel vor, so gehen ihm auf der anderen Seite die Organisationen der Konsumenten an den Leib. Die Konsumvereine setzen sich zunächst an die Stelle des Detailhandels. Sind sie erstarkt, so vereinigen sie sich zu Großeinkaufsgesellschaften, die die Waren unmittelbar von den Produzenten kaufen, also auch den Großhändler ausschließen. Endlich gehen die Großeinkaufsgesellschaften dazu über, einzelne Waren auch nicht mehr von den kapitalistischen Produzenten zu kaufen, sondern in ihren eigenen Betrieben herstellen zu lassen.

Der Organisation der Konsumenten stellt sich die Aufgabe, den Gewinn, der heute dem Handel zufließt, den Verbrauchern zuzuführen. Ihre Erfolge sind gering, solange sie nur den verhältnismäßig kleinen Gewinn des Detailhandels aufzusaugen vermag. Sie werden größer, wenn die Konsumentenorganisation auch den größeren Gewinn des Großhandels ihren Mitgliedern zuwenden kann. Sie sind am größten, wenn die Konsumentenorganisation zur Eigenproduktion übergeht, also nicht mehr nur Handelsgewinn, sondern

auch den Profit, den sonst kartellierte industrielle Kapitalisten erzielen, ihren Mitgliedern sichert.

Die Organisationen der Produzenten und die der Verbraucher haben eine gemeinsame Aufgabe: die Ausschaltung des unproduktiven Zwischenhandels. Aber ihre Aktionen verfolgen einen entgegengesetzten Zweck. Die Organisationen der Produzenten wollen den ersparten Handelsgewinn den kartellierten Industriellen und den genossenschaftlich organisierten Landwirten zuführen, die Konsumvereine wollen ihn den Verbrauchern sichern. Die Ausschaltung des Zwischenhandels kann die Ermäßigung der Warenpreise nur so weit herbeiführen, als sie nicht das Werk der Produzentenorganisationen, sondern das Ergebnis der Organisierung des Konsums ist.

Je mehr das Reich des Handels eingeschränkt wird, desto mehr treten die Organisationen der Produzenten und der Konsumenten in unmittelbaren Verkehr miteinander. Ihre Interessen erweisen sich jetzt als einander entgegengesetzt. Je mehr der Handel, der noch wie ein Puffer zwischen beiden steht, verschwindet, desto mehr Raum wird frei für den unmittelbaren, bewußten Kampf großer Organisationen um die Preisbestimmung.

In der alten Bauernwirtschaft, die für den eigenen Bedarf der Hausgenossen produzierte, gab es keinen Gegensatz zwischen Produktion und Verbrauch: Was die Felder des Bauern getragen hatten, hat die Bauernfamilie selbst verzehrt. Was wir heute erzeugen, das verzehren wir nicht mehr selbst, sondern die Unternehmer verkaufen es auf dem Markt; und was wir brauchen, das schaffen wir uns nicht mit unserer Hände Arbeit, sondern wir müssen es auf dem Markte kaufen. Mit der Verwandlung der Güter in Waren ist der Gegensatz zwischen den Produzenten und den Konsumenten entstanden.

Je mehr die Warenerzeugung im kapitalistischen Großbetrieb, der Warenverbrauch in den angehäuften Volksmassen der Großstädte konzentriert wurde, desto weniger konnten Produzenten und Verbraucher in unmittelbaren Verkehr miteinander treten. Der Handel mußte – wir haben es an dem Beispiel des Wiener Getreidehandels gesehen – die Aufgabe übernehmen, die Waren bei den einzelnen Produzenten aufzukaufen und sie den einzelnen Konsumenten zuzuführen. Indem sich aber heute Produzenten und Konsumenten in gewaltigen Organisationen vereinigen, wird der Handel wieder ausgeschaltet. Die Lagerhausgenossenschaft auf der einen, die Großeinkaufsgesellschaft auf der anderen Seite verdrängen jetzt wieder den Getreidehändler. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die

die Bedeutung des Handels zunächst ungeheuer ausgedehnt hat, ist heute bereits am Werk, sein Herrschaftsgebiet wieder einzuschränken. Je mehr ihr dies gelingt, desto mehr wird der Interessengegensatz zwischen Produzenten und Verbrauchern, der aus dem Wesen der kapitalistischen Warenproduktion hervorgeht, in großen Machtkämpfen der großen Organisationen der Produzenten und der Konsumenten offenbar.

Je vollständiger sich dieser Gegensatz entfaltet, desto reifer wird die Gesellschaft aber auch zu seiner Überwindung. Der Gegensatz zwischen der Produktion und dem Konsum wird überwunden, indem sich die Organisationen der Produzenten und die der Konsumenten zu einer höheren Einheit vereinigen. Diese höhere Einheit ist die sozialistische Gesellschaft. Sie ist eine ungeheure Produzentenorganisation, gleichsam ein riesenhafter Trust, dem alle Betriebe gehören und in dessen Dienste alle Arbeiter stehen. Sie ist aber zugleich auch eine ungeheure Konsumentenorganisation, gleichsam eine riesenhafte Großeinkaufsgesellschaft, der alle Gemeinden, alle Berufszweige als Konsumvereine angeschlossen sind. Indem sie alle Waren produziert und die Bedürfnisse aller Verbraucher befriedigt, hören die Güter auf, Waren zu sein; der Gegensatz zwischen Produzenten und Verbrauchern verschwindet. Handel und Spekulation bestehen nicht mehr. An ihre Stelle tritt die bewußte, planmäßig durch die Gesellschaft selbst geleitete, nach Gesetzen, die aus dem Gesamtwillen aller Gesellschaftsmitglieder hervorgehen, geregelte Verteilung der Güter, die, von allen arbeitsfähigen Mitgliedern der Gesellschaft erzeugt, all ihren Mitgliedern zugeteilt werden.

Das Geld

Die kapitalistische Warenproduktion beruht auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Jedes Unternehmen, das seine Waren auf den Markt bringt, muß einen Teil der Güter erzeugen, die die Gesellschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder braucht. Ob aber in einem Unternehmen Güter erzeugt wurden, die die Gesellschaft wirklich braucht, erfährt der Unternehmer erst nachträglich, erst auf dem Markte. Waren, die die Gesellschaft nicht braucht, finden keinen Käufer; kann der Unternehmer seine Ware verkaufen, für die Ware Geld bekommen, dann ist damit der Beweis erbracht, daß in seinem Betriebe Güter erzeugt wurden, die

die Gesellschaft braucht, daß in seinem Betriebe also gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet worden ist. Kann der Warenbesitzer auf dem Markte seine Ware gegen Geld umsetzen, dann erfährt er, daß die individuelle Arbeit der in seinem Betriebe tätigen Arbeiter, die er um seines individuellen Profites willen in seinen Dienst genommen hat, doch zugleich gesellschaftliche Arbeit war, durch die ein Bedürfnis der Gesellschaft befriedigt wurde. Die Bestätigung, daß die individuelle Arbeit ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt, empfängt der Besitzer des Arbeitsproduktes in dem Gelde, das er für das Arbeitsprodukt eintauscht.

Zwischen allen Arbeitenden besteht ein gesellschaftliches Verhältnis. Jeder erzeugt ja Güter, die die anderen brauchen. Aber diese gesellschaftliche Verflechtung zwischen allen Arbeitenden wird hergestellt durch eine *Sache:* durch das Geld, das der Besitzer des Arbeitsproduktes für das Arbeitsprodukt eintauscht und für das er dann wieder Arbeitsprodukte aller anderen Mitglieder der Gesellschaft eintauschen kann. Die Umsetzung des Arbeitsproduktes in Geld ist nun das Ziel aller Arbeit, die Umsetzung des Geldes gegen andere Arbeitsprodukte der Weg, unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Am Golde hängt, nach Golde drängt nun alles. Das Geld, zunächst nur ein Hilfsmittel des Warenaustausches, repräsentiert, sobald alle Güter zu Waren werden, den ganzen Reichtum der Gesellschaft. »Aus dem Knecht wird es der Herr. Aus dem bloßen Handlanger wird es zum Gott der Waren[23].«

Im internationalen Verkehr wird für alle Waren mit Gold gezahlt. Wenn wir Weizen aus Rußland, Baumwolle aus Amerika, Kohle aus dem Deutschen Reiche einführen, so müssen wir für diese Waren mit Gold oder mit Wechseln, die Anweisungen auf Gold sind, zahlen. Im Inland zahlen wir freilich nicht mit Gold, sondern mit Banknoten, Silber-, Nickel- und Bronzemünzen. Aber alle diese Zahlungsmittel werden durch unsere Währungsgesetzgebung und unsere Währungspolitik in ein festes Wertverhältnis zum Golde gesetzt. Eine Zwanzigkronennote ist eben so viel wert wie ein goldenes Zwanzigkronenstück, und das Wertverhältnis zwischen dem goldenen Zwanzigkronenstück und dem goldenen Zwanzigmarkstück hängt immer davon ab, wie viel Gold in jeder dieser beiden Münzen enthalten ist. Der Preis jeder Ware ist also das Wertverhältnis der Ware zum Golde.

Soweit der freie Wettbewerb besteht, hängt der Preis jeder Ware

23 Marx, *Zur Kritik der politischen Ökonomie,* Seite 121 f.

von ihren Herstellungskosten ab. Gelingt es, eine Ware mit geringeren Kosten herzustellen, dann sinkt bei freiem Wettbewerb auch der Preis der Ware. Sinkt der Preis der Ware, dann bekommt der Verkäufer für sie weniger Gold. Wir sagen dann, die Ware sei billiger geworden.

Auch der Preis des Goldes hängt aber von seinen Herstellungskosten ab. Wenn es gelingt, eine Unze Gold mit geringeren Kosten zu gewinnen, dann sinkt der Produktionspreis des Goldes. Sinkt der Preis des Goldes, dann bekommen wir für das Gold weniger Ware. Wir sagen dann, die Ware sei teurer geworden[24].

Veränderungen in den Warenpreisen können also verschiedene Ursachen haben. Die Warenpreise können steigen, weil die Herstellungskosten der Ware gestiegen oder weil die Herstellungskosten des Goldes gefallen sind.

Die Besitzer der Goldbergwerke liefern das geförderte Gold an die Münzstätten und Banken ab. Sie bekommen dafür Münzen oder Wechsel, Anweisungen auf Gold. Damit begleichen sie zunächst die Kosten der Goldproduktion. Der Überschuß der erzeugten Goldmenge über die Erzeugungskosten bleibt ihnen. Er ist desto größer, je geringer die Produktionskosten sind. Für diesen Überschuß kaufen sie dann Waren. Die Goldproduzenten vermehren nicht den Warenvorrat, da sie Gold, nicht Waren erzeugen; wohl aber steigern sie die Nachfrage nach Waren. Sie steigern sie um so mehr, je größer der Überschuß der Produktion über die Kosten ist, je geringer also die Kosten sind. Die vermehrte Nachfrage nach Waren bei gleichbleibendem Vorrat treibt den Preis der Waren in die Höhe. Auf diese Weise werden durch das Sinken der Herstellungskosten des Goldes die Preise der Waren erhöht.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß die Herstellungskosten des Goldes in den letzten Jahren beträchtlich gesunken sind. Die englische Regierung hat durch den Burenkrieg die letzten Schranken beseitigt, die die Entwicklung des südafrikanischen Goldbergbaues hemmten. Vortreffliche Maschinen wurden in den Goldbergbau

24 Marx, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, sagt: »Das Gold, wo es als Element der Preisbestimmung und daher als Rechengeld dient, hat nicht nur keinen fixen, sondern überhaupt keinen Preis.« Das ist, im Zusammenhange gelesen, vollständig richtig. Bei entwickelter kapitalistischer Warenproduktion werden aber auch Ware und Gold gegeneinander nicht zu ihrem Werte, sondern im Verhältnisse ihrer Produktionspreise (Kostenpreis und Durchschnittsprofit) ausgetauscht. Darum sprechen wir hier vom Preise des Goldes. Vgl. Bauer, *Die Kolonialpolitik und die Arbeiter*, in: *Neue Zeit*, XXIII., 2., Seite 411 ff.

eingeführt. Um den Bergwerksbesitzern billige Arbeitskräfte zu verschaffen, wurden zuerst chinesische Kulis nach Südafrika gebracht, später 160.000 Kaffern in die Goldminen gelockt. Auf diese Weise wurden die Herstellungskosten des Goldes verringert[25]. Nun wurde es möglich, Goldminen abzubauen, deren Betrieb bei höheren Löhnen und ohne die neuen technischen Vorrichtungen nicht ertragreich genug gewesen wäre. Daher ist die Goldproduktion schnell gestiegen.

In Transvaal betrug die Goldproduktion:

	Pfund Sterling
1904	16,054.809
1905	20,802.074
1906	24,579.997
1907	27,403.738
1908	29,957.610
1909	30,925.788

Die Herabsetzung der Gewinnungskosten des Goldes im südafrikanischen Goldbergbau ist wahrscheinlich eine der Ursachen der heutigen Teuerung. Wir müssen heute für jede Ware mehr Geld, mehr Gold hingeben, weil in jedem Goldstück heute weniger gesellschaftliche Arbeit verkörpert ist als früher.

Die europäischen Arbeiter haben mit den Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen, in denen festgelegt ist, wieviel Kronen, wieviel Mark oder Franken sie für eines Tages Arbeit bekommen. Die Unternehmer zahlen den vereinbarten Arbeitslohn auf Krone und Heller aus. Und dennoch werden die Arbeiter bei jeder Lohnauszahlung betrogen. Denn die Krone, die Mark, der Franken sind heute nicht mehr, was sie einst gewesen sind. Sie stellen weniger gesellschaftliche Arbeitszeit dar und haben daher auch eine geringere Kaufkraft als vordem. Ist das Zwanzigkronenstück heute weniger wert als vor zehn Jahren, so müssen wir heute für unsere Arbeitskraft mehr Kronen erhalten, um denselben Wert zu bekommen. Der Geldlohn muß steigen, damit der Sachlohn, der Lohn in Werten unverändert bleibe. Und trotzdem klagen die Unternehmer über die *Begehrlichkeit* der Arbeiter, wenn unsere Gewerkschaften höhere Geldlöhne fordern. Die Gewerkschaften haben heute die Aufgabe,

25 Daß dies wirklich der Fall, beweisen viele Berichte des Londoner *Economist* über die Produktionskosten im südafrikanischen Goldbergbau.

die Höhe der Geldlöhne dem veränderten Werte des Goldes anzupassen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine Arbeiterschichte sich ihre günstigeren Arbeitsbedingungen schwer erhalten kann, wenn die Arbeiter anderer Orte oder Gewerbszweige sich mit weniger günstigen Arbeitsbedingungen begnügen. Dieselbe Erscheinung sehen wir hier nun im internationalen Maßstabe. Die Verringerung der Produktionskosten des Goldes ist eine der Ursachen der Teuerung. Sie hat ihre Ursache darin, daß dem Goldgrubenkapital überaus billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Der gebildete, verhältnismäßig gut bezahlte österreichische Eisenbahnarbeiter sieht seine Lebenshaltung verschlechtert, weil der arme, unwissende, schmutzige Kaffer, der in den Minen Südafrikas das gleißende Gold zutage fördert, ein furchtbares Maß der Ausbeutung erträgt. Mag sich germanischer Rassenstolz noch so sehr dagegen sträuben, so ist es doch eine unleugbare Tatsache, daß unsere eigene Lebenshaltung, unser ganzes Kulturniveau abhängig ist von der Lebenshaltung und dem Kulturniveau der schwarzen Arbeiter in den Goldminen des Transvaal. Das ist ein Beweis für die internationale Solidarität aller proletarischen Interessen[26].

Auch die kapitalistische Produktion ist gesellschaftliche Arbeit. Denkt auch jeder einzelne Unternehmer nur an seinen individuellen Profit, so ist das Ergebnis ihrer Tätigkeit doch, daß die vielen Millionen Menschen, die unter der Herrschaft des Kapitalismus leben, schlecht und recht ernährt, gekleidet, behaust werden. Aber die Verknüpfung der Individuen zu einer großen Gesellschaft wird durch eine Sache hergestellt, durch das Gold. So wurde diese Sache zum Herrn der Welt. Von ihren Launen, von den Wechselfällen ihres Lebens hängt nun das Schicksal von Millionen Menschen ab. Millionen leiden heute unter der Teuerung, weil es dem Zufall beliebt, die Erzeugungskosten des Goldes zu verringern. Das leblose Ding, das Menschenhand aus der Tiefe emporträgt, ist zum Herrscher über die Menschen geworden.

Die Menschheit kann sich von der Herrschaft einer Sache erst

26 Auf die Herstellungskosten des Goldes kommt es an, nicht auf die Menge der Zirkulations- und Zahlungsmittel. Wenn Hainisch in seiner Untersuchung über die Ursachen der Teuerung Gold- und Banknotenumlauf zusammenzählt und aus dem Steigen dieser Summe das Steigen der Warenpreise erklären will, so geht dieses Verfahren auf dieselbe Quantitätstheorie zurück, von der er selbst mit Recht sagt, daß sie überwunden sei. Der Banknotenumlauf steigt, weil die Warenpreise steigen, nicht umgekehrt.

befreien, wenn sie nicht mehr durch eine Sache die einzelnen zu einer Gemeinschaft verknüpft. Ist die Arbeit des einzelnen nicht mehr individuelle Arbeit, die erst in der Umsetzung des Arbeitsproduktes in Geld erfährt, daß sie ein Bedürfnis der Gesellschaft befriedigt hat, sondern unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, die von der Gesellschaft planmäßig geleitet und gegliedert wird, damit alle Bedürfnisse ihre Befriedigung finden; ist der Anspruch des einzelnen auf die Güter, deren er bedarf, nicht mehr durch seinen Besitz an Geld bedingt, sondern durch seine Zugehörigkeit zur Gesellschaft garantiert, deren Mitglied er ist, als Bürger mit vollen Rechten und Pflichten; werden die Güter nicht mehr als Waren erzeugt, die verkauft und gekauft werden müssen, sondern von allen Mitgliedern der Gesellschaft erzeugt, in den Speichern der organisierten Gesellschaft aufgehäuft und aus ihnen allen Gliedern der Gesellschaft zugeteilt nach den Gesetzen, die die Gesamtheit aller Arbeitenden selbst beschließt, dann hört das Gold auf, der Menschen Herr zu sein. Es wird zu einem simplen Ding, wie jedes andere es ist, gut genug, wie Thomas More meinte, zur Erzeugung von Nachtgeschirren verwendet zu werden.

Die Teuerung in der Weltwirtschaft

Von Tag zu Tag schwanken die Warenpreise. Jede Veränderung des Geschäftsganges, der Zufall des Ernteausfalles, die wechselvollen Schicksale der Produzentenverbände, die Veränderungen in den Verkehrsbedingungen, die Launen der Spekulation, die Veränderungen des Zinsfußes und der Wechselkurse beeinflussen die Marktpreise. Aber mögen auch die Preise heute höher, morgen niederer sein, so ist doch das allgemeine Preisniveau, auf dem sich die täglichen Preisschwankungen abspielen, das Niveau der Durchschnittspreise, um die die *täglichen Marktpreise auf und ab pendeln, in den* letzten Jahren offenkundig gestiegen. Diese Erscheinung ist in der ganzen Weltwirtschaft zu beobachten. Soweit die Teuerung eine internationale Erscheinung ist, ist sie nicht auf die Gesetzgebung eines einzelnen Staates, sondern auf die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt zurückzuführen. Vor dreiundsechzig Jahren konnte Karl Marx sagen, die wohlfeilen Preise seien die schwere Artillerie der Bourgeoisie. Der heutigen Entwicklung des Kapitalismus geben hohe Warenpreise ihr Gepräge.

Das gesellschaftliche Wertprodukt wird in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Klassen verteilt. Aus dem Reichtum, den die Arbeit schafft, erhält jede Klasse ihren Teil: der Arbeiter den Lohn, der Fabrikant und der Kaufmann den Unternehmergewinn, der Leihkapitalist den Zins, der Grundeigentümer die Grundrente. Die Teuerung verändert die Verteilung der Güter. Am schnellsten wächst die Grundrente. Aber auch den Profit steigern die hohen Preise. Der Arbeitslohn aber sinkt. Mag der Geldlohn des Arbeiters unverändert bleiben oder steigen, so sinkt doch sein Sachlohn, wenn die Kaufkraft der Lohnkrone gemindert wird. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtum wird zum Nachteil der Arbeiterklasse, deren Arbeit den Reichtum schafft, verändert. Der Grad der Ausbeutung steigt.

Mit den Verhältnissen der Klassen verändern sich aber auch die Verhältnisse der Länder zueinander. So haben die Vereinigten Staaten aus den hohen Weizen- und Baumwollpreisen ungeheuren Gewinn gezogen, den die Weizen- und Baumwollverbraucher Europas zahlen mußten. Anderseits fließen dem europäischen Kapital Riesengewinne aus den fremden Ländern zu, in denen es in der Industrie, im Bergbau, im Verkehrswesen angelegt ist und denen es seine Waren zu erhöhtem Preis verkauft. Die Rohstoffländer bereichern sich auf Kosten der Industrieländer, die Länder, die Kapital jenseits ihrer Grenzen anlegen, auf Kosten der Anlagegebiete, die Ausfuhrländer auf Kosten der Einfuhrgebiete. In der ganzen Weltwirtschaft ruft die Teuerung die gewaltigsten Wertverschiebungen hervor.

Aber folgenschwerer noch als die Wirkungen der Teuerung selbst sind die Bemühungen des Kapitalismus, die Teuerung zu überwinden.

Die Industrialisierung der Weltwirtschaft durch den Kapitalexport ist eine der Ursachen der Getreideteuerung. Aber der Kapitalexport wird auch zum Mittel, das Angebot auf dem Getreidemarkte zu steigern. Französische, englische, deutsche Kapitalisten borgen der russischen Regierung ungeheure Geldsummen. Die russische Regierung muß ihnen dafür in jedem Jahre Hunderte Millionen Zinsen zahlen[27]. Sie muß dem russischen Bauern schwere Steuerlast

27 Im Jahre 1908 brauchte Rußland für die Verwaltung und Verzinsung der Staatsschuld 386 Millionen Rubel; etwa die Hälfte dieser Summe fließt in das Ausland ab. Vergleiche Sodoffsky, *Beiträge zu Kritik und Reform des russischen Reichsbudgets*, in: *Finanz-Archiv*, 26. Jg., 2. Bd.

aufbürden, um diesen ungeheuerlichen Tribut an das internationale Kapital aufzubringen. Noch lebt der größte Teil der russischen Bauernschaft naturalwirtschaftlich; er verzehrt den größten Teil seiner Ernte selbst und verkauft nur so viel Getreide, daß er aus dem Erlös die Steuern zahlen und die wenigen Gebrauchsgegenstände, die er sich nicht selbst erzeugt, kaufen kann. Je höher also die Steuern sind, die dem Bauern auferlegt werden, desto weniger Getreide kann er selbst verzehren, desto mehr Getreide muß er notgedrungen verkaufen.

Das von den Bauern verkaufte Getreide wird von Händlern aufgekauft und ins Ausland ausgeführt. So schließt sich die Kette: Je größer die Zinsenlast des russischen Staates, desto größer die Steuerlast des Bauern, je mehr Steuern die Bauern zahlen müssen, desto mehr müssen sie ihren Getreideverbrauch einschränken, und je mehr Getreide sie verkaufen, desto schneller steigt also die russische Getreideausfuhr. So zahlt Rußland mit dem ausgeführten Getreide seine Schuldzinsen an das europäische Kapital; das Kapital ernährt mit dem Getreide, das die russischen Bauern als ihren Tribut abführen müssen, die Lohnsklaven in den Fabriken. Die Hoffnung, daß die Getreideknappheit, die die Teuerung herbeiführt, durch vermehrte Getreideausfuhr aus Rußland überwunden werden könne, gründet sich also auf die Erwartung, daß das internationale Kapital noch höheren Tribut von den russischen Bauern einheben wird. Aber die Erhöhung der Steuerlast der russischen Bauern bedeutet die Unterernährung, die Verzweiflung, die Rebellion in den Dörfern des großen russischen Reiches. Wenn der Kapitalismus die Getreideteuerung überwinden will, wirft er die Fackel der Revolution in den Osten.

Noch liegen ungeheure Flächen guten Weizenbodens in Argentinien und in Kanada brach. Der Kapitalismus muß sie besiedeln, um die anschwellenden Volksmassen der Industrieländer zu ernähren. Wie tut er das? Er richtet im Osten und Süden Europas die bäuerliche Hausindustrie zugrunde. Er bedrückt die Bauern mit Schuldzinsen und Steuern. Und wenn es ihm gelingt, Hunderttausende aus Galizien, Ungarn, Italien, Rußland, der Balkanhalbinsel von der Scholle zu vertreiben, auf der seit Jahrhunderten ihre Väter gesessen sind, wenn Hunger und Verzweiflung die Unglücklichen zur Auswanderung zwingen, dann führt er sie hinüber über den Ozean, um sie dort in Landwirte zu verwandeln, die ihm und seinen Sklaven die Brotfrucht liefern sollen.

Noch sind ganze Erdteile dem Kapitalismus fast verschlossen,

Vorderasien zum Beispiel. Dort könnten Weizen, Wolle, Baumwolle, Rohöl in großen Mengen gewonnen werden. Der Kapitalismus geht daran, durch Eisenbahnbauten und durch gewaltige Bewässerungsanlagen sich in Westasien ein neues Rohstoffgebiet zu erschließen. Noch ist er weit entfernt von diesem Ziele. Aber schon mißgönnen die Kapitalistenklassen der Großmächte einander jeglichen Teil an der erhofften Beute. Auf den Werften Deutschlands und Englands werden die Riesenkriegsschiffe gebaut, die vielleicht einmal in blutigem Weltkrieg über den Besitz Westasiens entscheiden werden.

Jenseits von Suez, wo die zehn Gebote nicht mehr gelten, wo heute noch die Naturvölker, ihres Landes beraubt, zu harter Zwangsarbeit gepeitscht werden können, dort sind die Rohstoffe zu holen, an denen es heute der kapitalistischen Welt fehlt: Baumwolle, Wolle, Kohle, Kautschuk, Metalle, Gold. Der Heißhunger nach ihnen ist eine der treibenden Kräfte der kapitalistischen Kolonialpolitik. Und Hand in Hand mit ihr geht die Eifersucht zwischen den Nationen, steigen furchtbar die Kriegsrüstungen, erhebt sich drohend immer wieder die Kriegsgefahr. Zieht der Kapitalismus aus, die Teuerung zu überwinden, so bringt er der Menschheit noch furchtbareres Elend, noch schlimmeres Leid als die Teuerung. »Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern ... Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, das heißt, ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft[28].«

Die schwere Krankheit der kapitalistischen Weltwirtschaft wird in der Teuerung offenbar. Zugleich werden aber auch die heilenden Kräfte sichtbar, die diese Krankheit überwinden werden. Dieselben Organisationen, deren Preisdiktat die Teuerung erzeugt, vergesellschaftlichen auch die Arbeitsmittel und die Arbeit selbst. Die von den Kapitalisten vergesellschaftlichten Arbeitsmittel sind reif, enteignet zu werden. »Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalisti-

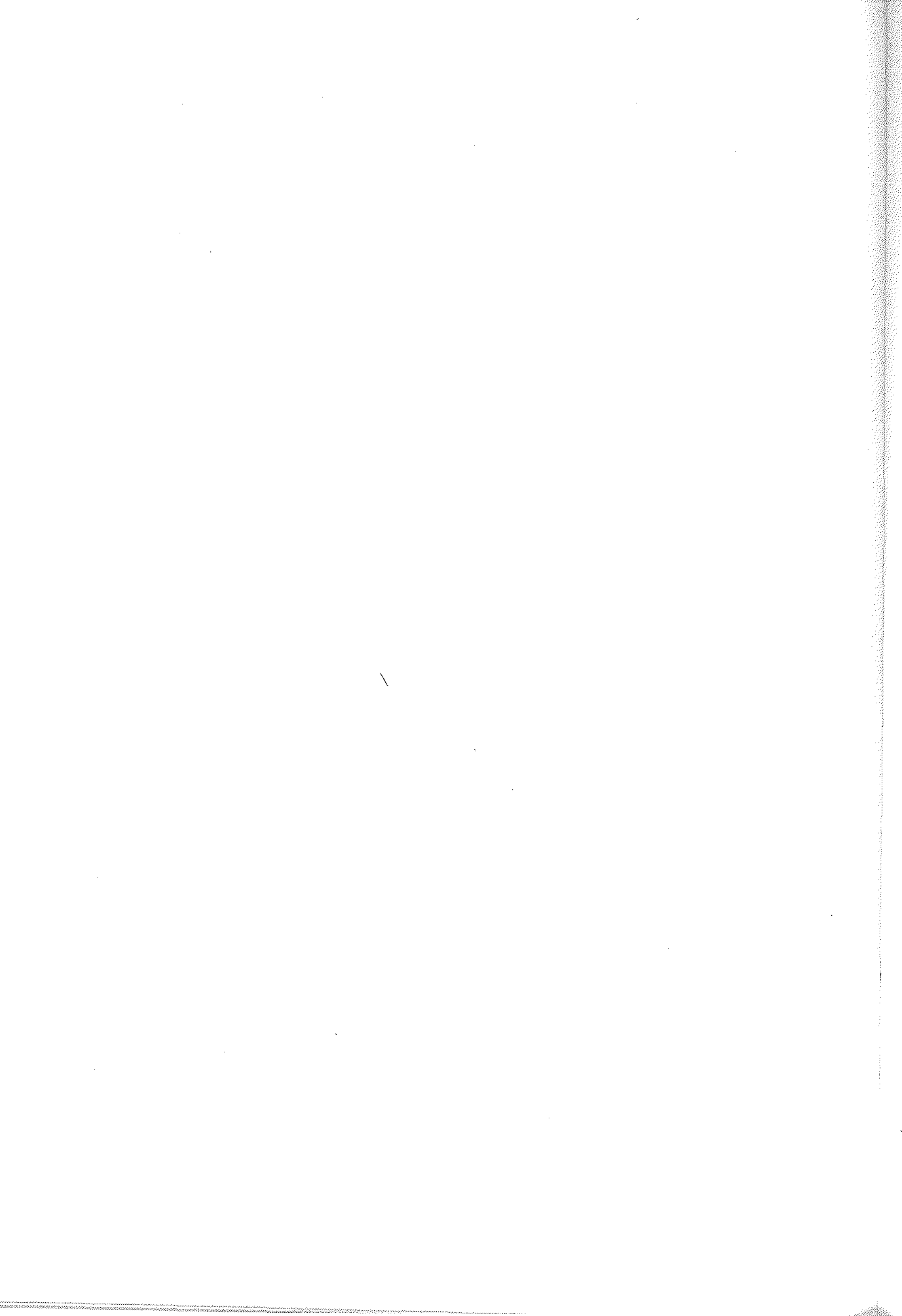
28 Marx-Engels, *Das kommunistische Manifest.*

schen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert[29].«

Die Überführung der Arbeitsmittel aus den Händen der großen Aktiengesellschaften und Banken, der Kartelle und Trusts in das Eigentum der organisierten Gesellschaft wird eine neue Epoche der Weltwirtschaft einleiten. Die planmäßige Organisation der Arbeit innerhalb der einzelnen Staaten macht erst die planmäßige Organisation der Weltwirtschaft möglich. Wie die Teuerung internationale Ursachen hat, so kann auch die Krankheit der Gesellschaft, deren Symptom sie ist, nur durch internationale Organisation überwunden werden. Die Staatsverträge, die heute die einzelnen Staaten verbinden, die internationalen Verwaltungsgemeinschaften und internationalen Ämter, die heute schon manchen wichtigen Zweig der Weltwirtschaft, das Post- und Telegraphenwesen zum Beispiel, international ordnen, die ganze Entwicklung des Völkerrechtes in unseren Tagen — all das ist nur die Keimzelle, aus der sich einst der große Körper einer internationalen Wirtschaftsorganisation entwickeln wird[30].

29 Marx, *Das Kapital*, I., Seite 728.

30 Über die Ansätze zu einer internationalen Wirtschaftsorganisation vgl. Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, in: *Marx-Studien*, II., Seite 517 ff.



Das Eingreifen des Staates in die Preisbestimmung

Der internationale Warenaustausch

Von den Produktivkräften, die unter der Herrschaft des Kapitalismus entwickelt worden sind, von den Arbeitsmitteln, die ihm dienen, sind die weitaus wichtigsten die neuen Verkehrsmittel. Ein dichtes Netz guter Straßen, der Ausbau der Eisenbahnen, die Entwicklung der Binnen- und der Seeschiffahrt hat alle Länder einander nahegebracht. Dadurch ist es uns möglich geworden, aus den fernsten Ländern jene Güter zu beziehen, die wir zur Befriedigung der Bedürfnisse unserer Bevölkerung brauchen.

Je mehr unsere Bevölkerung wächst, desto größer wird unser Getreidebedarf. Wollten wir die große Menge Weizen und Roggen, die wir zur Ernährung unserer Bevölkerung brauchen, auf unserem eigenen Boden bauen, dann müßten wir die mit Weizen und Roggen bebaute Fläche um etwa die Hälfte ausdehnen. Wir hätten zu wenig Kartoffeln, Rüben, Gemüse, Futtermittel, Fleisch, Milch, Butter und Holz, würden wir den Roggen- und Weizenanbau auf Kosten der anderen Kulturen so gewaltig ausdehnen.

Wir müßten, um unseren Getreidebedarf mit unserer eigenen Ernte zu decken, mit Roggen und mit Weizen auch solche Böden bebauen, die für den Getreideanbau ungeeignet sind. Wir würden daher auf diese Weise unseren Getreidebedarf nur mit gewaltig gesteigerten Kosten, also zu unerschwinglichen Preisen decken können. Wir beschaffen uns die Getreidemenge, die wir brauchen, viel billiger, wenn wir die Erträgnisse des fruchtbaren Bodens anderer Länder – Ungarns, Rußlands, der Balkanländer, Argentiniens – kaufen. Wir können sie kaufen, da wir diesen Ländern viele von unserer Industrie erzeugte Waren, zum Beispiel Garne, Gewebe, Kleider, Wäsche, Maschinen, Glas- und Porzellanwaren, Zucker und so weiter, verkaufen. Wir erzeugen Industrieprodukte, verkaufen sie im Ausland und benützen den Erlös dazu, ausländisches

Getreide zu kaufen. So tauschen wir österreichische Industrieprodukte gegen ausländisches Getreide ein und beschaffen uns auf diese Weise das Getreide, das wir zur Ernährung unserer Bevölkerung brauchen, billiger, als wenn wir es in Österreich selbst erzeugen wollten. Der internationale Warenaustausch hat die reichlichere Versorgung unserer Volkswirtschaft mit allen Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen möglich gemacht. Wir erzeugen Garne und Gewebe, mit denen die ungarischen Bauern sich bekleiden, Ungarn erzeugt Getreide, das die österreichischen Arbeiter ernährt, unsere Industrie arbeitet für den ungarischen, die ungarische Landwirtschaft für den österreichischen Bedarf – die internationale Arbeitsteilung macht uns reicher, als wir wären, wenn wir alles, was wir brauchen, im eigenen Lande erzeugen wollten.

Ebenso wie mit dem Getreide steht es mit anderen Waren. Wir führen zum Beispiel in jedem Jahre große Mengen Baumwolle, Wolle, Häute, Leder nach Österreich ein. Es wäre unmöglich, unsere Bevölkerung zu bekleiden, wenn wir ihr Bekleidungsbedürfnis nur mit Erzeugnissen aus der Wolle, dem Flachs, den Häuten, die wir im eigenen Lande erzeugen können, befriedigen wollten. Wir können ihr Bedürfnis nach Kleidern, Wäsche und Schuhwerk besser und reichlicher befriedigen, wenn wir mehr Industrieprodukte erzeugen, als unsere Bevölkerung verbraucht, diese Waren anderen Ländern verkaufen und den Erlös dazu benützen, um von anderen Ländern jene Rohstoffe und Industrieprodukte zu kaufen, die wir zur Bekleidung unserer Bevölkerung brauchen.

Wir können alle Bedürfnisse unserer Bevölkerung am reichlichsten befriedigen, wenn wir unsere Arbeitsmittel und unsere Arbeitskraft in der Erzeugung derjenigen Güter verwenden, die wir billiger erzeugen können als unsere Nachbarn, diese Güter dann unseren Nachbarn verkaufen und den Erlös dazu benützen, von ihnen diejenigen Güter zu kaufen, die sie billiger herstellen können als wir[1].

Aber diesem Interesse der gesamten Volkswirtschaft widerstreiten nun die Interessen einzelner Klassen der Bevölkerung. Wir erzeugen

1 Dieser Satz ist das *Freihandelsargument* der liberalen Nationalökonomie. Es taucht in England und Frankreich schon im 17. Jahrhundert auf, beginnt nach dem Erscheinen der *Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen* von Adam Smith (1776) seinen Siegeszug durch die bürgerliche Welt, findet in Ricardos *Grundgesetzen der Volkswirtschaft* (1817) seine klassische Formulierung und ist nun jahrzehntelang der unbestrittene Glaubenssatz der liberalen Parteien und ihrer theoretischen Vertreter, der klassischen Nationalökonomie. Über die Modifikation, die dieser Satz innerhalb der kapitalistischen Warenproduktion erfährt, vergleiche Otto Bauer, *Die Arbeiterklasse und die Schutzzölle*, in: *Neue Zeit*, XXIII., 1., Seite 532 ff.

zum Beispiel Baumwollgewebe viel billiger als Rumänien, während Rumänien Vieh billiger züchtet als wir. Es ist daher, vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus betrachtet, unklug, wenn wir alles Vieh, das wir brauchen, im eigenen Lande erzeugen wollen. Es ist klüger, wenn wir Baumwollgewebe erzeugen, sie den rumänischen Landwirten verkaufen und aus dem Erlös rumänisches Vieh kaufen, das mit geringeren Kosten gezüchtet und gemästet werden kann als das österreichische. Aber das ist den österreichischen Viehzüchtern und Viehhändlern nicht recht. Sie haben es durchgesetzt, daß die Regierung die Einfuhr von rumänischem Vieh nach Österreich seit dem Jahre 1881 verboten hat. Dadurch sind sie von einer ihnen unerwünschten Konkurrenz befreit worden; sie können, dieser Konkurrenz ledig, ihr Vieh jetzt teurer verkaufen. Das Interesse der Großgrundbesitzer, aus der Viehzucht möglichst hohe Profite herauszuschlagen, hat den Staat bestimmt, die Einfuhr von Vieh zu verbieten, obwohl unsere Bevölkerung ihr Bedürfnis nach Fleischnahrung billiger befriedigen könnte, würden wir österreichische Baumwollgewebe gegen rumänisches Vieh eintauschen.

Argentinien erzeugt Weizen billiger als wir, und wir erzeugen viele Industrieprodukte billiger, als sie in Argentinien erzeugt werden können. Es wäre also klug, Industrieprodukte an die argentinischen Landwirte zu verkaufen und den Erlös zum Ankauf argentinischen Weizens zu verwenden. Daran hindern uns aber die Großgrundbesitzer; sie wünschen nicht, daß argentinischer Weizen nach Österreich gebracht wird, weil die Konkurrenz des argentinischen Getreides es ihnen erschweren würde, den Preis ihres Weizens in die Höhe zu treiben. Sie haben daher im Parlament ein Gesetz beschlossen, nach welchem von jedem Zentner Weizen, der aus Argentinien nach Österreich gebracht wird, ein Zoll von 7,50 Kronen an die Staatskasse entrichtet werden muß. Infolgedessen kommt der argentinische Weizen die österreichischen Händler um 7,50 Kronen teurer zu stehen, als dies ohne jenes Gesetz der Fall wäre. Die Einfuhr argentinischen Weizens wird dadurch verteuert, selbst bei hohen Getreidepreisen sehr erschwert, bei niederen geradezu verhindert, obwohl wir unseren Getreidebedarf durch Austausch österreichischer Industrieprodukte gegen argentinischen Weizen billiger decken könnten, als dies durch vermehrten Weizenanbau in Österreich möglich ist.

So sind alle Unternehmer in der Industrie wie in der Landwirtschaft stets bestrebt, die Erlassung von Gesetzen zu erzwingen, durch welche sie von der fremden Konkurrenz befreit werden. Die-

sem Zwecke dienen die Einfuhrzölle (zum Beispiel der Weizenzoll) und die Einfuhrverbote (zum Beispiel das Verbot der Einfuhr von Vieh aus dem Ausland). Diese Maßregeln der Gesetzgebung haben erstens zur Folge, daß der internationale Warenaustausch verhindert wird. Durch Zölle und Einfuhrverbote werden wir gehindert, aus Rumänien Vieh, aus Argentinien Weizen zu beziehen. Rumänien und Argentinien rächen sich, indem sie ihrerseits die Einfuhr unserer Industrieprodukte durch die Einhebung hoher Zölle verteuern und erschweren. So wird durch unsere Zölle auf fremde Lebensmittel und durch die Zölle, mit denen die anderen Staaten unsere Industrieprodukte belegen, verhindert, daß wir unsere Industrieprodukte gegen die von anderen Ländern feilgebotenen Lebensmittel eintauschen. Bei freiem Warenaustausch würden wir für Argentinien und Rumänien Industrieprodukte, diese Länder für uns Weizen und Vieh erzeugen. Die Zölle und Einfuhrverbote machen diese internationale Arbeitsteilung unmöglich. Sie hemmen die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung.

Die Zölle und Einfuhrverbote hindern uns, einen größeren Teil unserer Lebensmittel aus fremden Staaten zu beziehen. Sie zwingen uns daher, mehr Getreide und Vieh im eigenen Lande zu erzeugen, obwohl die Kosten hier höher sind als in anderen Ländern. Anderseits hindern die Zölle uns, mehr Industrieprodukte an andere Länder zu verkaufen. Sie hemmen daher die Entwicklung unserer Industrie. Die Zölle und Einfuhrverbote haben also zur Folge, daß wir einen größeren Teil unserer Bevölkerung in der Landwirtschaft und Viehzucht, einen kleineren Teil in der Industrie beschäftigen. Sie verhindern die Industrialisierung Österreichs. Die Zölle geben niemandem Arbeit, sie verändern nur die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion. Würden zum Beispiel die Getreidezölle abgeschafft, dann würden wir zwar weniger Arbeiter in der Landwirtschaft, dafür aber mehr Arbeiter in der Industrie beschäftigen können.

Hunderttausend Arbeiter, in unserer Landwirtschaft beschäftigt, erzeugen eine bestimmte Menge Getreide. Dieselben hunderttausend Arbeiter, in der Industrie beschäftigt, würden Industrieprodukte erzeugen, für die wir, würde der internationale Warenaustausch nicht durch Zölle und durch Einfuhrverbote gehemmt, ein größeres Quantum Getreide eintauschen könnten; denn die Kosten der Getreideproduktion sind in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Argentinien, in Rußland viel niederer als in Österreich. Daß die Zölle und Einfuhrverbote den freien Warenaustausch verhindern,

hat also zur Folge, daß wir für dieselbe Arbeit weniger Lebensmittel bekommen. Zölle und Einfuhrverbote verringern die Ergiebigkeit unserer Arbeit, sie machen die ganze Volkswirtschaft ärmer.

Das drückt sich darin aus, daß die Zölle und Einfuhrverbote die Waren verteuern. Wenn wir die Waren nicht dort kaufen, wo sie mit den geringsten Kosten erzeugt werden können, sondern sie mit höheren Kosten im Inlande erzeugen, dann müssen wir für sie höhere Preise zahlen. Die Zölle und Einfuhrverbote verteuern also die Waren, sie sind eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung. Die Teuerung wird nicht ausschließlich durch die staatliche Wirtschaftsgesetzgebung hervorgerufen. Sie ist eine internationale Erscheinung, deren Ursachen im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise liegen. Wohl aber wird die Teuerung durch die staatliche Gesetzgebung verschärft, indem durch Zölle und Einfuhrverbote die Warenpreise im Inland noch weit über die hohen Weltmarktpreise hinaufgetrieben werden.

Trotzdem fordern alle Schichten der besitzenden Klassen, daß ihnen durch Zölle und Einfuhrverbote die unbequeme fremde Konkurrenz ferngehalten und die Verteuerung ihrer Waren erleichtert werde. Niemand wünscht, daß anderen Produktionszweigen diese Begünstigung zugestanden werde, aber jeder Unternehmer verlangt sie für seinen eigenen Produktionszweig. Die Großgrundbesitzer bekämpfen die Zölle auf Industrieprodukte, aber sie fordern Zölle für Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch. Die Industriellen bekämpfen die Agrarzölle, aber sie fordern Zölle auf Industrieprodukte. Die Maschinenfabrikanten ärgern sich über die hohen Eisenzölle, die ihnen ihren Rohstoff verteuern, aber die Maschinenzölle sind ihnen recht. Alle Unternehmer aber wünschen, daß die staatliche Gesetzgebung, unbekümmert um die Interessen der ganzen Volkswirtschaft, ihrem Profitinteresse diene. Jede Unternehmergruppe strebt nach politischer Macht, um den Staat ihren Interessen dienstbar zu machen. Die Wirtschaftsgesetzgebung, insbesondere die Zolltarife sind das Ergebnis der Machtkämpfe der verschiedenen Unternehmergruppen.

Die Arbeiterschaft aber hat nur eine Ware zu verkaufen: die Ware Arbeitskraft. Und diese Ware schützt kein Zoll. Während die Unternehmer sich die Konkurrenz fremder billiger Waren durch Zölle und Einfuhrverbote fernhalten, suchen sie durch Heranziehung fremder billiger Arbeitskräfte der heimischen Arbeiterschaft Konkurrenz zu schaffen. Das Interesse der Arbeiterschaft ist dem der Unternehmer entgegengesetzt. Der Arbeiter wünscht, daß er für

seinen Lohn möglichst viele Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände kaufen könne. Daher bekämpfen die Arbeiter die Zölle und Einfuhrverbote, die alles verteuern, was der Arbeiter kaufen muß.

Während die Profitinteressen der Unternehmer dem Gesamtinteresse der Volkswirtschaft widerstreiten, fällt das Interesse der Arbeiterklasse mit dem Interesse des volkswirtschaftlichen Fortschritts zusammen. Der freie, nicht durch Zölle und durch Einfuhrverbote gehemmte Warenaustausch macht erst die internationale Arbeitsteilung möglich, die die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit steigert, die Volkswirtschaft reicher macht. Der freie Warenaustausch senkt aber auch den Preis der Waren, er erhöht die Kaufkraft des Geldlohnes. Im Kampfe gegen die Zollpolitik der besitzenden Klassen ist die Arbeiterklasse die Sachwalterin des volkswirtschaftlichen Fortschritts.

Die Mittel der Wirtschaftspolitik

Welcher Mittel bedient sich der Staat, den internationalen Warenaustausch zu beeinflussen?

Setzt eine Unternehmergruppe durch, daß der Staat zu ihren Gunsten gegen ihre ausländischen Konkurrenten einschreitet, dann kann der Staat dies am einfachsten und wirksamsten tun, indem er die Einfuhr der betreffenden Waren aus dem Auslande verbietet. Die Verbraucher sind dann gezwungen, die Waren ausschließlich von den inländischen Unternehmern zu kaufen. In früheren Zeiten sind solche Einfuhrverbote ein alltägliches Mittel der staatlichen Wirtschaftsgesetzgebung gewesen. Heute werden sie viel seltener angewendet. Doch haben sie ein wichtiges Anwendungsgebiet: Verbote, Vieh und tierische Produkte aus fremden Staaten einzuführen, werden oft erlassen und oft jahrzehntelange aufrechterhalten. So ist zum Beispiel die Einfuhr von Vieh aus Rußland, Rumänien und den Balkanstaaten nach Österreich verboten.

Solche Einfuhrverbote sind ursprünglich erlassen worden, um die Einschleppung gefährlicher Tierseuchen aus dem Ausland zu verhindern. Heute wird die Sorge um den Gesundheitszustand des heimischen Viehs oft als Vorwand mißbraucht, um die Viehzüchter gegen den Wettbewerb der fremden Viehzucht zu schützen. Die Einfuhr von Vieh bleibt verboten, mögen auch die Tierseuchen im Auslande längst erloschen sein. Man verbietet nicht nur die Einfuhr von Lebendvieh, sondern auch die Einfuhr von Fleisch, obwohl die

Fleischzufuhr, von Tierärzten an der Grenze kontrolliert, den heimischen Viehbestand nicht gefährdet. An dem Widerstande der österreichischen Agrarier gegen die Einfuhr von Fleisch aus den Balkanstaaten sind die Handelsvertragsverhandlungen sehr oft gescheitert. Ebenso ist die Einfuhr von gekühltem und gefrorenem Fleisch aus Argentinien nach Österreich von den Agrariern verhindert worden, obwohl das Beispiel Englands beweist, daß nur die Zufuhr überseeischen Kühlfleisches einem Industriestaat die Möglichkeit schafft, seinen Fleischbedarf zu billigem Preis zu decken. England führt alljährlich Vieh und Fleisch im Werte von rund 1200 Millionen Kronen ein und deckt dadurch etwa die Hälfte seines Fleischverbrauches. Dank der Einfuhr des billigen Fleisches sind in England von 1866 bis 1906 die Großhandelspreise für Fleisch von 86 bis 130 auf 58 bis 104 Pfennig gesunken, während in Österreich, das die Fleischeinfuhr verbietet, die Fleischpreise von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Darum haben die sozialdemokratischen Abgeordneten wiederholt (Antrag Schrammel im November 1907, Antrag Hanusch im Oktober 1909) die Öffnung der österreichischen Grenze für überseeisches Kühlfleisch gefordert. Diese Anträge sind aber von der agrarisch-christlichsozialen Mehrheit abgelehnt worden. Bei der Beratung des Antrages Hanusch hat der christlichsoziale Handelsminister Dr. Weiskirchner gesagt, er wolle dem gekühlten argentinischen Fleisch unsere Märkte nicht öffnen, weil dieses Fleisch dem verwöhnten Geschmack der Wiener nicht behagen würde. Es ist wohl nicht sehr wahrscheinlich, daß das Fleisch, das den Engländern gut genug ist, den Wiener nicht schmecken würde. Vermutlich wären die Tausende Wiener Arbeiter, die das österreichische und ungarische Fleisch nicht kaufen können, sehr froh, wenn sie das billigere argentinische Fleisch bekämen, wenn selbst dieses Fleisch nicht so wohlschmeckend sein sollte wie ein fetter Rostbraten von ungarischen Primamastochsen. Jedenfalls aber könnte Herr Doktor Weiskirchner diese Sorge wohl den Händlern überlassen. Fällt das Einfuhrverbot, dann wird eben niemand Kühlfleisch einführen, wenn es in Österreich keine Käufer findet. Ist das Argument des Herrn Handelsministers richtig, dann brauchten also die Agrarier die Abschaffung des Einfuhrverbots gar nicht zu fürchten[2].

2 Die Christlichsozialen begründen die Ablehnung der Anträge Schrammel und Hanusch damit, daß das argentinische Fleisch gesundheitsgefährlich sei. Zum Beweise berufen sie sich auf die Enthüllungen des amerikanischen Sozialisten Upton Sinclair über die schmutzigen Manipulationen in den Schlachthäusern Chicagos. Aber diese Enthüllungen bezogen sich gar nicht auf gekühltes Fleisch, son-

Das Recht, die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu verbieten, wurde durch die Tierseuchengesetzgebung der Regierung zugestanden. Da diese Einfuhrverbote zu den wichtigsten Mitteln der Wirtschaftspolitik zählen, wird durch dieses Recht der Regierung der Einfluß des Parlaments auf die Wirtschaftsgesetzgebung empfindlich geschmälert. Darum haben im österreichischen Abgeordnetenhause bei der Beratung des neuen Tierseuchengesetzes im März 1909 die sozialdemokratischen Abgeordneten Schloßnikel und David den Antrag gestellt, daß jedes Einfuhrverbot dem Reichsrate zur Beschlußfassung vorgelegt werden müsse und daß seine Geltung erlösche, wenn ihm nicht binnen sechs Monaten beide Häuser des Reichsrates ihre Zustimmung erteilen. Auf diese Weise sollte die Macht der in der Regel von den reichen Viehzüchtern beeinflußten Regierung eingeschränkt und der Einfluß der Volksvertretung auf die Wirtschaftsgesetzgebung ausgeweitet werden. Aber der sozialdemokratische Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Abgeordnetenhauses abgelehnt. Nicht nur die Agrarier, sondern auch die in den Städten gewählten christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten haben gegen ihn gestimmt.

Viel häufiger als die Einfuhrverbote werden andere Mittel zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Beziehungen angewendet. Hier sind zunächst die Mittel der Verkehrspolitik zu nennen. Ausländische Waren können desto leichter eingeführt werden, je geringer die Kosten der Zufuhr sind. Die Kosten der Zufuhr hängen aber von dem Ausbau der Verkehrsmittel (Eisenbahnen, Wasserstraßen) und von den Frachttarifen der Eisenbahnen und Schiffahrtsgesellschaften ab. Jede Unternehmergruppe verlangt nun, daß der Staat durch seine Verkehrspolitik die Einfuhr fremder Waren erschwere und ihr auf diese Weise die ausländische Konkurrenz vom Leibe halte. Darum suchen die österreichischen Agrarier den Bau eines Kanals, der die Donau mit der Oder und Weichsel verbinden soll, zu verhindern, weil sie fürchten, daß auf diesem Wege billiges Getreide nach Mähren und Niederösterreich eingeführt werden könnte. Darum haben die Kohlenbarone durchgesetzt, daß die österreichischen Staatsbahnen für Kohle aus Preußisch-Schlesien

dern auf Fleischkonserven! Manipulationen, die bei der Herstellung von Fleischkonserven vorkommen, sind bei der bloßen Kühlung des Fleisches gar nicht möglich. Daß das argentinische Fleisch nicht gesundheitsgefährlich ist, beweist die Tatsache, daß es in England seit vielen Jahren von einem großen Teile der Bevölkerung genossen wird. Die englische Bevölkerung ist viel gesünder als die österreichische Arbeiterschaft.

höhere Frachtsätze einheben als für den Transport ihrer Ware[3]. Wird die Einfuhr preußischer Kohle nach Wien verteuert, dann können auch die Ostrauer Kohlenbarone von den Wiener Verbrauchern höhere Preise für ihre Kohle verlangen. Die Festsetzung der Eisenbahntarife ist auch sonst ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Warenpreise. So haben im Oktober 1909 die sozialdemokratischen Abgeordneten gefordert, daß der Frachtsatz für russischen Weizen um zwei Drittel ermäßigt werde (Antrag Hanusch). Hätte die Regierung dieser Forderung entsprochen, dann wäre russischer Weizen um etwa eine Krone billiger nach Wien gekommen. Es hätten dann auch die österreichischen und die ungarischen Landwirte ihren Weizen um eine Krone billiger verkaufen müssen, weil die Müller es sonst vorgezogen hätten, russischen Weizen zu kaufen. So wäre der Weizenpreis durch die Ermäßigung des Frachtsatzes herabgedrückt worden. Leider ist es bisher nicht gelungen, diese Forderung durchzusetzen. Die Agrarier haben sie bekämpft, und die Vertreter des städtischen Bürgertums haben sich um sie nicht gekümmert[4].

Das wesentlichste Mittel der äußeren Wirtschaftspolitik sind jedoch die Einfuhrzölle.

Schon seit Jahrhunderten heben alle Staaten von vielen Waren, die aus dem Auslande eingeführt wurden, Zölle ein. Die Einhebung der Zölle hatte ursprünglich bloß den Zweck, dem Staate eine Ein-

3 Am 1. Jänner wurde der Frachtsatz nach Wien für Kohle aus dem mährisch-schlesischen Revier um 5 Heller, dagegen für oberschlesische Kohle um 6,4 Heller für hundert Kilogramm erhöht. Die Frachtdifferenz für dieselbe Strecke wirkt wie ein mäßiger Zoll.

4 Eine erschöpfende Darstellung des Einflusses der Frachtsätze auf die Warenpreise kann hier nicht gegeben werden. In den angeführten Fällen ist dieser Einfluß unverkennbar. Nicht immer sind aber die Produzenten in der Lage, erhöhte Transportkosten auf die Verbraucher abzuwälzen. Wenn zum Beispiel ein Reichenberger Tuchweber nach Wien seine Ware liefert, so kann er die erhöhten Transportkosten auf den Preis seiner Ware nicht aufschlagen, weil sein Brünner Konkurrent viel geringere Transportkosten hat. Bei dem Verkauf von beliebig vermehrbaren Industrieprodukten werden, wo kein Kartell besteht, also nur die Kosten des Transports von der dem Markte nächsten Produktionsstätte auf den Verbraucher überwälzt. Die vom Markte weiter entfernten Produzenten müssen die Transportkostendifferenz selbst tragen. Anders bei kartellierten Waren und bei Bodenprodukten, wo der Preis einer Ware durch die Einfuhrkosten einer konkurrierenden fremden Ware begrenzt ist. Dort sind die Einfuhrkosten der fremden Ware, die natürlich durch die Transportkosten, eventuell auch den Zoll bestimmt sind, preisbestimmend. Natürlich hängt der Einfluß der Transportkosten immer auch von dem Verhältnis des Warengewichtes zum Warenwert ab: Bei Schmuckgegenständen spielen die Frachtkosten keine, bei Getreide oder Kohle eine große Rolle.

nahme zu verschaffen. Auch heute noch werden viele Zölle zu diesem Zwecke eingehoben. Wenn zum Beispiel Österreich-Ungarn jeden Zentner Kaffee, der aus dem Auslande eingeführt wird, mit einem Zoll von 95 Kronen belegt, so geschieht das nicht im Interesse österreichischer Unternehmer, denn der Kaffeestrauch wächst in Österreich nicht. Es geschieht nur zu dem Zwecke, dem Staate eine Einnahme zu sichern. Solche Zölle nennen wir *Finanzzölle.* Sie gehören zu den indirekten Steuern. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben wiederholt die Aufhebung der Finanzzölle gefordert. Sowohl bei der Beratung des Zolltarifs im Jahre 1905 als auch bei der Beratung des Ausgleichs mit Ungarn im Dezember 1907 hat Abgeordneter Seitz die Abschaffung des Kaffeezolles beantragt; die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat diesen Antrag abgelehnt.

Die meisten Zölle dienen aber einem ganz anderen Zwecke. Sie sind eingeführt worden, um die Einfuhr von Waren, die auch in Österreich erzeugt werden können, zu verteuern und dadurch die österreichischen Unternehmer gegen die ausländischen Konkurrenten zu schützen. Solche Zölle nennt man *Schutzzölle.* Sehen wir nun, wie diese Schutzzölle wirken.

Ein österreichischer Händler will Weizen aus dem Auslande einführen. Wieviel muß er dafür zahlen? Er muß dem ausländischen Händler zunächst den Preis zahlen, den der Weizen auf den durch keinen Zoll geschützten Märkten, zum Beispiel in England, erzielt, den Weltmarktpreis. Zweitens muß der österreichische Händler die Kosten des Transports, die Frachtkosten, zahlen. Drittens muß er endlich den Zoll zahlen, den der Staat an der Grenze einhebt. Der Einfuhrpreis des ausländischen Weizens ist also gleich der Summe des Weltmarktpreises, der Transportkosten und des Zolls. Um welchen Preis können nun die österreichischen Großgrundbesitzer ihren Weizen verkaufen? Würden sie einen höheren Preis verlangen als den, zu welchem ausländischer Weizen eingeführt werden kann, dann würden die Händler lieber ausländischen Weizen kaufen, den österreichischen Landwirten bliebe ihr Erzeugnis unverkauft in den Speichern liegen. Solange aber die österreichischen Landwirte ihren Weizen auch nur um ein paar Heller unter dem Einfuhrpreise ausländischen Weizens feilbieten, scheint es den österreichischen Händlern vorteilhafter, ihnen den Weizen abzukaufen, ehe sie ausländische Ware einführen. Die österreichischen Landwirte können also für ihre Ware stets annähernd denselben Preis verlangen, zu dem das ausländische Getreide eingeführt werden kann. Auch der Preis

der im Inland erzeugten Ware ist also gleich der Summe des Weltmarktpreises, der Transportkosten und des Zolls. Die österreichischen Landwirte können für ihre Ware desto höhere Preise erzielen, je höher die Einfuhrkosten des ausländischen Getreides sind. Der Schutzzoll treibt also nicht nur die Preise der aus dem Ausland eingeführten, sondern auch die Preise der im Inland erzeugten Waren in die Höhe. Wenn wir heute unter der Teuerung leiden, so hat dies also zwei Ursachen. Die Waren sind teuer, weil die Weltmarktpreise steigen; die Warenpreise im Inland sind aber noch höher als die hohen Weltmarktpreise, weil die Schutzzölle den Preis der Ware im Inland um den Zollbetrag verteuern.

Die Finanzzölle sind Staatssteuern. Kaffee wird im Inland nicht erzeugt, sondern aus dem Ausland eingeführt. Der Zoll von 95 Kronen für jeden Zentner Kaffee fließt in die Staatskasse. Ganz anders die Schutzzölle: Der Staat steckt zwar 6,30 Kronen von dem Zentner Weizen ein, der aus dem Auslande eingeführt wird; gleichzeitig aber können auch die inländischen Landwirte den Preis ihres Weizens um 6,30 Kronen erhöhen. Dieser Gewinn fließt nicht in die Staatskasse — denn von der im Inlande erzeugten Ware hebt der Staat keinen Zoll ein —, sondern er bleibt ihnen. Der Schutzzoll verteuert die Ware für die Konsumenten, nicht um dem Staate eine Einnahme zu schaffen, sondern um die Gewinne privater Unternehmer zu erhöhen. Er ist eine Steuer für Privatleute[5].

Mächtige Unternehmergruppen haben es durchgesetzt, daß der Staat ihre Interessen durch Einfuhrverbote, Schutzzölle, durch seine Verkehrspolitik fördert. Aber unter dieser Gesetzgebung leiden wieder andere Unternehmer. So hat der Staat zum Beispiel durch hohe

5 Wie groß dieser Tribut an die Grundbesitzer ist, können wir nicht berechnen. Die Statistik sagt uns zwar, wieviel Getreide wir aus Ungarn zollfrei, aber trotzdem um den Zollbetrag verteuert, einführen. Die Größe des Tributs, den wir dank den Zöllen den ungarischen Großgrundbesitzern abführen müssen, läßt sich also in der Tat schätzen. Nach meiner Schätzung hat er im Jahre 1908 116,6 Millionen Kronen betragen. (Vergleiche Otto Bauer, *Statistisches Material zur Frage der Lebensmittelteuerung,* in: *Der Kampf,* III., Seite 72.) Rechnen wir keinen Gewinn am Gerstenzoll, da dieser Zoll bei der heutigen Marktlage nicht vollständig ausgenützt werden kann, so beträgt der Tribut an die ungarischen Agrarier immer noch 110,6 Millionen Kronen. Wie groß aber der Gewinn der österreichischen Agrarier an den Zöllen ist, können wir nicht berechnen. Wir wissen zwar, wie groß die Getreideernte in Österreich ist; wir wissen aber nicht, welcher Teil dieser Ernte auf den Markt kommt. Ein großer Teil wird ja überhaupt nicht verkauft, sondern im Haushalt der Landwirte selbst als Saatkorn, Lebensmittel und Viehfutter verwendet. Die Schätzung Renners in seinem Referat auf dem Reichenberger Parteitag *(Protokoll* Seite 257) scheint mir daher unbegründet.

Eisen- und Maschinenzölle den Eisen- und Maschinenindustriellen hohe Profite verschafft. Das schadet nun aber der ganzen übrigen Industrie. Alle Fabrikanten müssen infolge dieser Zölle für die Maschinen und Werkzeuge mehr zahlen. Dadurch werden natürlich die Erzeugungskosten der österreichischen Industrie erhöht. Will ein österreichischer Fabrikant seine Waren im Ausland verkaufen, dann bemerkt er sofort, daß Konkurrenten aus anderen Ländern billiger verkaufen können als er, weil sie ihre Waren mit billigeren Maschinen und Werkzeugen hergestellt haben. Der österreichische Fabrikant wendet sich nun an den Staat um Hilfe und verlangt, daß der Staat ihn für die Eisen- und Maschinenzölle entschädige. Die Erschwerung der Wareneinfuhr durch Einfuhrverbote und Zölle führt daher zur Förderung der Warenausfuhr durch staatliche Ausfuhrbegünstigungen.

Die einfachste Form dieser Ausfuhrbegünstigungen sind Ausfuhrprämien, die aus der Staatskasse an die Unternehmer gezahlt werden. So zahlt der österreichische Staat den Spiritusbrennern, die Spiritus in das Ausland ausführen, eine Ausfuhrprämie von sieben Kronen für jeden Hektoliter Alkohol. Der Staat verteuert die Kartoffeln, indem er die Spiritusbrenner dafür belohnt, daß sie Kartoffeln in Spiritus verwandeln und den Spiritus in das Ausland ausführen. Früher wurden den Zuckerfabrikanten hohe Prämien für die Ausfuhr ihrer Ware gezahlt – diese Prämien mußten abgeschafft werden, weil die englische Regierung drohte, daß sie sonst die Einfuhr österreichischen Zuckers nach England unmöglich machen werde[6] (Brüsseler Zuckerkonvention). Heute wird insbesondere die Ausfuhr von Vieh durch staatliche Subventionen unterstützt. Durch das Gesetz über die Förderung der Viehzucht und Viehverwertung wurde für die Förderung der Viehverwertung ein Jahresbeitrag von fünf Millionen Kronen bewilligt, der auch zur Unterstützung der Viehausfuhr und zur Förderung der Ausfuhrmärkte verwendet wer-

6 Die österreichische Regierung versuchte zunächst, die Konvention zu umgehen und die Zuckerprämien in versteckter Form wieder einzuführen. Es geschah dies durch das Zuckerkontingentierungsgesetz vom Jahre 1903. Trotz des energischen Einspruchs des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Ellenbogen wurde dieses Gesetz von den bürgerlichen Parteien angenommen. Nun trat ein, was Ellenbogen vorausgesagt hatte: Die englische Regierung erklärte das Gesetz für eine Verletzung der Brüsseler Konvention und drohte mit Strafzöllen auf österreichischen Zucker. Das eben erst beschlossene Gesetz mußte durch eine § 14-Verordnung widerrufen werden. Über die Geschichte der Ausfuhrprämien für Zucker vergleiche Hilferding, *Das Zuckerkontingent,* in: *Deutsche Worte,* 23. Jahrgang; Schippel, *Zuckerproduktion und Zuckerprämien,* Stuttgart 1903.

den soll. Bei der Verhandlung dieses Gesetzes im Dezember 1909 erklärte Abgeordneter Hackenberg, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten zwar für die Förderung der Viehzucht, aber gegen die Förderung der Viehausfuhr seien. Hackenberg stellte den Antrag, daß Steuergelder zur Förderung der Ausfuhr von Vieh nicht verwendet werden dürfen, solange die Einfuhr von Vieh verboten bleibt. Dieser Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. So treibt der Staat die Vieh- und Fleischpreise künstlich in die Höhe, indem er die Einfuhr von Vieh verbietet, die Ausfuhr von Vieh durch Staatssubventionen fördert.

Auch bei der Festsetzung der Eisenbahn- und Schiffahrtstarife werden die Wünsche der Unternehmer, die ihre Waren in das Ausland führen wollen, berücksichtigt. Der Staat setzt für den Transport der auszuführenden Waren niedere Frachtsätze fest, die die tatsächlichen Transportkosten nicht decken. Den Ausfall, welchen die Eisenbahnen und die Schiffahrtsgesellschaften erleiden, müssen die Steuerzahler decken. Aus Steuergeldern wird das Defizit der Staatseisenbahnen gezahlt, aus Steuergeldern bekommen die Schiffahrtsgesellschaften Subventionen.

Überblicken wir dieses ganze System der Wirtschaftsgesetzgebung, dann wird uns ihre Absicht und Wirkung klar: Der Staat erschwert durch Einfuhrverbote, Schutzzölle und durch verschiedene Mittel der Verkehrspolitik die Einfuhr ausländischer Waren, um den heimischen Unternehmern hohe Preise, hohe Profite zu schaffen; die durch diese Politik geschädigten Unternehmer sucht er schadlos zu halten, indem er die Ausfuhr ihrer Waren begünstigt; die Kosten des ganzen Systems tragen die arbeitenden Volksmassen, denen die Erschwerung der Wareneinfuhr alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände verteuert und die die Kosten der Förderung der Ausfuhr mit ihren Steuern aufbringen müssen. So zeigt sich auch hier der moderne Staat als Klassenstaat, der den Interessen der Unternehmerklasse dient, als ein ungeheueres Werkzeug des Kapitals zur Ausbeutung der arbeitenden Volksmassen.

Zolltarife und Handelsverträge

Jeder Staat setzt zunächst durch seine eigene Gesetzgebung seine Zollpolitik fest. Das Verzeichnis der Zölle, die von den einzelnen Waren eingehoben werden, heißt man *Zolltarif.* Und da dieser Zolltarif durch die Eigengesetzgebung des einzelnen Staates, unabhängig

von den Wünschen anderer Staaten, festgesetzt wird, heißt er *autonomer Zolltarif* (Autonomie = Eigengesetzgebung).

Nun zeigt es sich aber, daß auf unseren autonomen Zolltarif, der die Einfuhr ausländischer Waren nach Österreich-Ungarn erschwert, andere Staaten gleichfalls mit autonomen Zolltarifen antworten, die wieder die Einfuhr unserer Waren in ihr Gebiet erschweren. Darüber beginnen nun unsere Unternehmer zu klagen, die auf die Ausfuhr unserer Waren in fremde Staaten nicht verzichten können. Daher muß unsere Regierung mit den Regierungen anderer Staaten verhandeln. Die Verhandlungen führen zu einem Vertrag, in dem sich unsere Regierung bereit erklärt, unsere Zölle für fremde Wären zu ermäßigen, wofür sich wieder die anderen Staaten bereit erklären, ihre Zölle für österreichische und ungarische Waren herabzusetzen. Ein solcher Vertrag heißt Handelsvertrag. Der autonome Zolltarif gilt jetzt nur so weit, als er nicht durch die Handelsverträge aufgehoben ist. Er gilt jedoch seinem vollen Inhalt nach im Handelsverkehr mit Staaten, mit denen wir keine Handelsverträge abgeschlossen haben. Im Handelsverkehr mit den anderen Staaten werden die durch den autonomen Zolltarif festgestellten Zollsätze nur von jenen Waren eingehoben, für welche nicht durch Handelsverträge geringere Zollsätze vereinbart wurden.

So hat zum Beispiel der österreichische autonome Zolltarif vom Jahre 1906 einen Weizenzoll von 7,50 Kronen für den Zentner Weizen festgesetzt. Durch Handelsverträge haben wir dann aber vielen Staaten versprochen, von ihrem Weizen einen Zoll von nur 6,30 Kronen für den Zentner einzuheben. Der Zoll von 7,50 Kronen wird also nur von dem Weizen jener Länder eingehoben, mit denen wir noch keinen Handelsvertrag abgeschlossen haben. So zahlt zum Beispiel russischer Weizen nach dem Handelsvertrag einen Zoll von 6,30 Kronen, während argentinischer Weizen 7,50 Kronen zahlen muß, weil wir mit diesem Lande keinen Handelsvertrag abgeschlossen haben.

Die Handelsverträge selbst sind wiederum verschiedener Art. Es gibt Handelsverträge, die ein Verzeichnis der Zollsätze enthalten, die von bestimmten Waren eingehoben werden sollen. Ein solches Verzeichnis nennt man einen *Vertragszolltarif.* In einem solchen Vertragszolltarif ist also zum Beispiel die ausdrückliche Bestimmung enthalten, daß Weizen mit einem Zoll von 6,30 Kronen für den Zentner belegt wird. Es gibt aber auch Handelsverträge, die keinen Vertragszolltarif enthalten, sondern nur die Bestimmung, daß der eine Staat den anderen bei der Einfuhr seiner Waren nicht ungün-

stiger behandeln wird als andere Staaten. Solche Verträge nennt man *Meistbegünstigungsverträge.* So hat zum Beispiel Bulgarien mit Österreich-Ungarn einen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen. Da nun Bulgarien mit dem Deutschen Reich einen Vertragszolltarif vereinbart hat, der die Zölle für einige Industrieprodukte niederer festsetzt als der autonome Zolltarif Bulgariens, so müssen auch die österreichischen Fabrikanten bei der Einfuhr ihrer Waren nach Bulgarien nicht mehr die hohen Zölle des bulgarischen autonomen Zolltarifs, sondern die geringeren Zollsätze des zwischen Bulgarien und dem Deutschen Reich vereinbarten Vertragszolltarifs entrichten, da sich Bulgarien durch den Meistbegünstigungsvertrag verpflichtet hat, österreichische Waren nicht weniger günstig zu behandeln als reichsdeutsche. Doch sind die Meistbegünstigungsverträge nur ein unvollkommener Ersatz für Zolltarifverträge. Das Deutsche Reich hat natürlich von Bulgarien Zollermäßigungen für jene Waren erlangt, an deren Ausfuhr die reichsdeutsche Industrie ein großes Interesse hat. Die österreichische Industrie erzeugt andere Waren und möchte diese nach Bulgarien ausführen. Für die Spezialitäten der österreichischen Industrie ist aber natürlich in dem deutsch-bulgarischen Vertragszolltarif nicht gesorgt. Von diesen Waren müssen unsere Fabrikanten daher immer noch die hohen Zölle des bulgarischen autonomen Zolltarifs entrichten, wenn sie sie nach Bulgarien ausführen wollen. Daher genügt unserer Industrie der Meistbegünstigungsvertrag mit Bulgarien nicht mehr. Sie verlangt, daß Österreich-Ungarn mit Bulgarien einen Zolltarifvertrag abschließe, durch welchen den Spezialitäten der österreichischen Industrie niedrigere Zollsätze zugestanden werden sollen.

Eine besondere Rolle in dem System unserer Wirtschaftsgesetzgebung spielt die Regelung des Handelsverkehrs mit Vieh, Fleisch und tierischen Produkten. Jeder Staat setzt zunächst durch seine autonome Tierseuchengesetzgebung die Bedingungen fest, unter denen er die Einfuhr von Vieh, Fleisch und anderen tierischen Produkten gestattet. Nun wollen aber diejenigen Staaten, die an der Ausfuhr von Vieh ein großes Interesse haben, nicht von der Willkür der Gesetzgebung der Länder, die Vieh einführen, abhängig sein. Daher wird auch der Viehverkehr durch besondere Verträge, die sogenannten *Veterinärkonventionen,* geregelt. Die Veterinärkonventionen verhalten sich zur autonomen Tierseuchengesetzgebung wie die Handelsverträge zum autonomen Zolltarif. Wie wichtig diese Veterinärkonventionen sind, zeigt die Geschichte unserer Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten.

Jahrzehntelang hat unser Handel mit Rumänien darunter gelitten, daß die österreichische Regierung die Einfuhr von Vieh aus Rumänien nach Österreich verbot. Da Österreich dem rumänischen Vieh seine Grenze sperrte, verwehrte Rumänien unseren Industrieprodukten den Zugang zu seinen Märkten. Trotzdem hält die österreichische Regierung auch heute noch das Verbot der Vieheinfuhr aufrecht. Doch hat sie sich entschlossen, wenigstens eine kleine Menge Fleisch aus Rumänien einführen zu lassen. Am 23. April 1909 wurde eine Veterinärkonvention zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abgeschlossen. Nach diesem Vertrage wird Rumänien gestattet, im ersten Jahre das Fleisch von 10.000 Rindern und 50.000 Schweinen, in jedem folgenden Jahre etwas mehr, schließlich vom siebenten Jahre an das Fleisch von 35.000 Rindern und 120.000 Schweinen, außerdem in jedem Jahre das Fleisch von 100.000 Schafen nach Österreich-Ungarn einzuführen. Durch dieses Zugeständnis der österreichischen Regierung wurde die Abschließung eines Handelsvertrages zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien ermöglicht, durch den Rumänien die Zölle für viele österreichische Industrieprodukte ermäßigte. Obwohl die Steigerung unserer Warenausfuhr nach Rumänien vielen arbeitslosen Arbeitern in Österreich Arbeit schaffen sollte und obwohl sich die Regierung bereit erklärte, die erbosten Viehzüchter und Viehmäster durch das Gesetz über die Förderung der Viehzucht und Viehverwertung zu entschädigen, das den Agrariern Staatsubventionen im Betrage von sechs Millionen Kronen jährlich zusichert, setzten die Agrarier dem rumänischen Vertrage einen erbitterten Widerstand entgegen. Die tschechischen Agrarier machten seine Verhandlung durch ihre Obstruktion unmöglich. Erst durch eine Änderung des Geschäftsordnungsgesetzes im Dezember 1909 wurde die Verhandlung des Vertrages ermöglicht. Er wurde schließlich gegen die Stimmen der Agrarier aller Nationen angenommen.

In Österreich-Ungarn wurden von 1901 bis 1905 jährlich durchschnittlich 2,185.787 Rinder und 4,226.537 Schweine in öffentlichen Schlachthäusern geschlachtet. Vergleichen wir die Mengen Fleisch, die aus Rumänien eingeführt werden dürfen, mit diesen Zahlen, dann erscheint die zugelassene Einfuhr so klein, daß man wohl kaum erwarten darf, daß sie die Fleischpreise fühlbar ermäßigen werde[7]. Was bedeuten 35.000 rumänische Rinder neben den 2,185.787, die in unseren öffentlichen Schlachthäusern geschlachtet

7 Vgl. *Der serbische Handelsvertrag — Ein Sieg der Agrarier,* Wien 1908.

werden. Die Fleischpreise würden nur dann fühlbar sinken, wenn auch anderen Staaten ähnliche Zugeständnisse gewährt würden wie Rumänien.

In der Tat hat Österreich-Ungarn schon am 14. März 1908 einen ähnlichen Vertrag mit Serbien abgeschlossen. Nach diesem Vertrage sollte die Einfuhr des Fleisches von 35.000 Rindern und 70.000 Schweinen aus Serbien nach Österreich-Ungarn gestattet werden. Gleichzeitig schloß Serbien mit Österreich-Ungarn einen Zolltarifvertrag ab, durch den es seine Zölle für österreichische Industrieprodukte ermäßigte. Für diesen Vertrag sprachen nicht nur die Interessen unserer Fleischkonsumenten, unserer Industrie, unserer Arbeitslosen, sondern auch Erwägungen der auswärtigen Politik. Wenn Österreich durch die Grenzsperre dem serbischen Bauern seinen wertvollsten Markt raubt, züchtet es ja den Haß gegen Österreich in Serbien. Wie gefährlich diese feindliche Stimmung im serbischen Bauernvolk ist, hat die Kriegsgefahr im März 1909 bewiesen. Trotzdem hat die Profitgier der Agrarier den serbischen Handelsvertrag zu Fall gebracht. Am 26. März 1909 wurde im Abgeordnetenhaus das sogenannte Ermächtigungsgesetz beraten. Durch dieses Gesetz sollte die Regierung ermächtigt werden, den Zolltarifvertrag und die Veterinärkonvention mit Serbien, die von der Regierung bereits provisorisch in Kraft gesetzt worden waren, auch weiter in Wirksamkeit zu lassen. Da stellte nun der christlichsoziale Abgeordnete Mayr den Antrag, die Regierung zu ermächtigen, mit Serbien bloß einen Meistbegünstigungsvertrag, also keinen Zolltarifvertrag und keine Veterinärkonvention, abzuschließen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Seitz erklärte, ein Handelsvertrag mit Serbien werde nicht zustande kommen, wenn nicht zugleich eine Veterinärkonvention abgeschlossen würde, und er beantragte daher, die Regierung zur Abschließung nicht nur eines Meistbegünstigungsvertrages, sondern eines Handelsvertrages, der auch einen Vertragszolltarif und eine Veterinärkonvention einschließen könnte, zu ermächtigen. Der christlichsoziale Handelsminister Weiskirchner und der deutschfortschrittliche Abgeordnete Licht sprachen sich aber für den Antrag Mayr, gegen den Antrag Seitz aus. Infolgedessen wurde der Antrag Seitz nicht nur von den Agrariern, sondern auch von allen bürgerlichen Städtevertretern abgelehnt. Die Folge war das Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien. Die hohen Zollsätze des autonomen serbischen Zolltarifs verhindern nun wieder das Eindringen von österreichischen Industrieprodukten nach Serbien. Erst im Dezember 1909 gab dann das Parlament endlich der Regierung die

Ermächtigung, die im März Seitz beantragt und Weiskirchner abgelehnt hatte. Es scheint aber, daß der christlichsoziale Handelsminister sich auch jetzt noch dem agrarischen Kommando beugen und keine Fleischeinfuhr aus Serbien zulassen will. Weigert sich Österreich, eine Veterinärkonvention mit Serbien abzuschließen, dann schließt natürlich auch Serbien keinen Zolltarifvertrag mit uns ab. Es wird dann bestenfalls ein Meistbegünstigungsvertrag zustande kommen, der die Ausfuhr unserer Industrieprodukte nach Serbien viel weniger begünstigen würde als der Zolltarifvertrag vom 14. Mai 1908.

So ist der internationale Warenaustausch durch ein großes kompliziertes System von Gesetzen und Staatsverträgen geregelt. Und welches Feilschen, welcher Schacher, so oft diesem System ein neues Glied eingeschaltet werden soll. Zuerst der Kampf der Interessentengruppen im Inlande: Jede Interessentengruppe fordert für ihre Ware hohen Zoll; die Verbraucher wehren sich dagegen; nach langen Kämpfen in den verschwiegenen Zimmern der Ministerien und in den öffentlichen Verhandlungen des Parlaments und seiner Ausschüsse, nach einer lebhaften Agitation, an der sich Unternehmerverbände, Handelskammern, Genossenschaften beteiligen, und in der die bürgerlichen Parteien sich als Vertreter der entgegengesetztesten Interessen gebärden müssen, kommt endlich ein Kompromiß zustande. Welche Arbeit, ehe der autonome Zolltarif mit seinen paar Tausend Zollsätzen für die einzelnen Warengattungen aus einer Unzahl solcher Kompromisse zusammengekleistert worden ist. Welche Aufregung, da doch von jedem der paar Tausend Zollsätze abhängt, welchen Profit die Erzeuger der Ware erzielen, welche Last ihren Verbrauchern aufgebürdet werden soll. Welche Heuchelei, da doch jede Unternehmergruppe den *Schutz der vaterländischen Arbeit* predigt, um für ihre Ware hohe Zölle zu erlangen, und doch zugleich vom Segen der internationalen Arbeitsteilung schwärmt, damit die Waren, die sie kaufen muß, ihr nicht durch Zölle verteuert werden. Welche Quelle der Korruption, da jede Krone Zoll für die Unternehmer Millionengewinne bedeuten kann, die kleine Gefälligkeiten an Sektionschefs und Abgeordnete reichlich aufwiegen. Und wenn der Schacher zu Hause fertig ist, beginnt erst das Feilschen mit den Vertretern des Auslandes. Was redet alles auf die armen Beamten ein, die sich mit den Vertretern der fremden Staaten zusammensetzen, um Handelsverträge zu vereinbaren: Aus der Heimat schreien die Interessenten, und immer ist dem einen zwingende Notwendigkeit, wovon der andere das Verderben des lieben

Vaterlandes erwartet. Und in all das redet jetzt noch die zünftige Diplomatie hinein, der wirtschaftliche Zugeständnisse nicht mehr als ein Kaufpreis für politische Konzessionen an dynastische oder militärische Interessen sind, und die mächtige Großfinanz, der eine fette Staatsanleihe mehr wert ist als ein Warenverkehr, der Tausenden Arbeitsgelegenheit gibt. Und doch ist all das unvermeidlich und unentbehrlich in unserer kapitalistischen Welt. In den Handelsverträgen setzt sich trotz alledem schlecht und recht die Notwendigkeit des internationalen Warenaustausches gegen die Selbstsucht der schutzzöllnerischen Profitinteressen durch, die in der autonomen Zollgesetzgebung sich ihre Burgen geschaffen haben.

Die Industriezölle

Die Heimat der kapitalistischen Fabrik ist England, und dort wurde auch der Übergang von der auf gelernter Handarbeit beruhenden Manufaktur zu der auf ungelernter oder bloß angelernter Maschinenarbeit beruhenden Fabrik am schnellsten vollzogen. Die englische Industrie, allen anderen überlegen, brauchte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine Industriezölle mehr. Sobald sie auf die Zölle für ihre Waren verzichten konnte, gönnte sie auch den Landwirten keine Zölle mehr. Sie forderte, daß die englischen Grundherren auf die Getreidezölle verzichten. Würden durch Abschaffung der Zölle die Lebensmittelpreise in England gesenkt, dann, so hofften die Fabrikanten, könnten die Industriearbeiter gezwungen werden, sich mit niedrigeren Löhnen zu begnügen. Sie forderten, daß England alle Schutzzölle beseitige, zum vollen Freihandel übergehe. Sein Beispiel sollte auch die anderen Staaten bewegen, auf ihre Industriezölle zu verzichten, damit englische Waren dann in alle Wirtschaftsgebiete ungehindert eindringen könnten. So begann die englische Bourgeoisie ihren großen Kampf für den Freihandel. Er hat zum vollständigen Siege geführt – in einer Reihe von Zolltarifrevisionen, deren wichtigste in die Jahre 1842 und 1860 fallen, hat England alle Schutzzölle beseitigt. Es ist das klassische Land des Freihandels geworden.

Die theoretische Begründung lieferte diesem Kampfe die liberale Nationalökonomie. In scharfsinnigen Untersuchungen bewiesen die Meister der klassischen Nationalökonomie, daß die internationale Arbeitsteilung und der internationale Warenaustausch, durch staatliche Eingriffe nicht gehemmt, jedes Land bereichern, das an ihnen

teilnimmt. Jedes Land kann die Bedürfnisse seiner Bevölkerung am vollständigsten befriedigen, wenn es diejenigen Güter erzeugt, die es mit dem geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herstellen kann, und für sie von den anderen Ländern jene Güter eintauscht, die diese Länder mit geringeren Kosten herstellen können. Wie der einzelne, so soll auch das ganze Land einkaufen, wo es am billigsten kaufen kann, und verkaufen, wo es die höchsten Preise erzielt. Darum sind alle Zölle und Einfuhrverbote zu verwerfen.

Der Kampf gegen die Getreidezölle ist in England von den Unternehmern geführt worden, und er war vom Geiste des industriellen Ausbeutertums erfüllt. Die Wanderredner der Freihändler suchten den Arbeitern einzureden, daß an allen Übeln der kapitalistischen Welt nur die Zölle schuld seien, daß nach der Abschaffung der Getreidezölle alle Gegensätze der kapitalistischen Welt sich in eitel Wohlgefallen auflösen würden. Und doch sollte der Abschaffung der Zölle die Herabsetzung der Löhne folgen. Die Gegner der Zölle waren zugleich Gegner jedes staatlichen Eingriffes in das Wirtschaftsleben und mit denselben Argumenten wie die Zölle wurden auch die Arbeiterschutzgesetze bekämpft! Kein Wunder, daß die Arbeiter Englands dieser Bewegung, die die Lebensmittelpreise nur ermäßigen wollte, um die Löhne herabdrücken zu können, mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüberstanden und daß Karl Marx die »Freihandelshausierburschen« verhöhnte, denen die Abschaffung der Getreidezölle als der Beginn des tausendjährigen Reiches des Weltfriedens und der Versöhnung der Klassen erschien. Und doch hat die englische Bourgeoisie in dem großen, mit Zähigkeit und Tatkraft geführten Kampfe gegen die Getreidezölle das größte Beispiel einer siegreichen wirtschaftspolitischen Bewegung geschaffen. Die Geschichte eines halben Jahrhunderts hat bewiesen, daß der Triumph des Freihandels in England auch den Aufstieg der Arbeiterklasse gefördert hat. Unter der Herrschaft des Freihandels ist England das Land nicht nur der billigsten Lebensmittel, sondern auch der höchsten Löhne und der kürzesten Arbeitszeit geworden.

Das Beispiel Englands hat auch die Wirtschaftspolitik der anderen Staaten beeinflußt. Aber im Kampfe um die Zollgesetzgebung gruppierten sich hier die Klassen ganz anders als dort. In England waren die Industriellen die Träger der Freihandelsbewegung, die Agrarier ihre Gegner; auf dem Festlande war es gerade umgekehrt: Hier traten die Industriellen aus Furcht vor der überlegenen englischen Konkurrenz für den Schutzzoll ein, während die Agrarier, die damals noch Getreide exportierten, Getreideeinfuhr nicht zu fürch-

ten hatten, für den Freihandel eintraten. Den Agrariern standen im Kampfe gegen die Schutzzölle noch andere Gruppen bei: Unternehmer, Kaufleute, Reeder, die an der Ermäßigung einzelner Zollsätze interessiert waren; Volkswirte, die durch die Lehren der liberalen Wirtschaftslehre für den Freihandel gewonnen worden waren; Staatsmänner, die eine freihändlerische Wirtschaftpolitik aus politischen Gründen wünschten (so zum Beispiel in Österreich vor 1866 die Großdeutschen, die den Anschluß Österreichs an den *Deutschen Zollverein* anstrebten). Unter dem Einfluß dieser Gruppen sind in den fünfziger und sechziger Jahren auch von den Staaten des Festlandes viele Zollsätze ermäßigt und wichtige Handelsverträge abgeschlossen worden.

Im Kampfe gegen diese freihändlerischen Bestrebungen stützte sich die festländische Industrie auf die Lehre vom Erziehungszoll, die der deutsche Nationalökonom List entwickelt hatte. Wohl wagte damals niemand zu bestreiten, daß die internationale Arbeitsteilung, durch Zölle und Einfuhrverbote ungehemmt, das Ziel aller Wirtschaftspolitik sei. Aber der internationale Wettbewerb sei nur dann ungefährlich, wenn gleich Gerüstete einander gegenüberstünden. Es sei unklug, Waren im Inlande herstellen zu wollen, die ein anderes Land dank seiner natürlichen Überlegenheit mit geringerem Kostenaufwand herstellen könne. Aber ebenso unklug sei es, auf die Entwicklung von Produktionszweigen im Inlande zu verzichten, für deren Gedeihen alle natürlichen Voraussetzungen vorhanden seien und denen nur die historischen und sozialen Daseinsbedingungen noch geschaffen werden müßten. Solchen Produktionszweigen müsse daher ein Erziehungszoll als Übergangsmaßregel für kurze Zeit zugestanden werden. Unter dem Schutze des Zolls werde dann die junge Industrie ihren Betriebsapparat verbessern, die notwendigen Erfahrungen sammeln, eine gelernte Arbeiterschaft erziehen. Nach wenigen Jahren werde sie der älteren ausländischen Konkurrenz gewachsen sein. Nun könne der Erziehungszoll wieder beseitigt werden. Mit diesem Argument begründeten die festländischen Fabrikanten ihre Forderung nach Schutzzöllen: Man lasse ihnen einige Zeit, unter dem Schutze von Zöllen ihre Betriebe auszubauen, dann würden sie bald den Wettkampf mit der älteren englischen Industrie bestehen können; dann könne der Zoll beseitigt, die internationale Arbeitsteilung verwirklicht werden.

Es ist anders gekommen. Unter der Herrschaft des freien Wettbewerbes hat sich der Prozeß der Konzentration des Kapitals in einzelnen Industriezweigen mit unheimlicher Schnelligkeit vollzogen. Die

kleinen Unternehmungen waren bald von den großen zum Bankrott gezwungen oder von großen Aktiengesellschaften aufgekauft worden. So standen einander in manchem großen Industriezweige nur noch wenige große Unternehmungen gegenüber. Und da die kapitalistische Konkurrenz immer wieder zu Krisen führte, wurde immer wieder der Versuch unternommen, die wenigen Unternehmungen, die sich in dem Konkurrenzkampfe behauptet hatten, zu einem Kartell zusammenzuschließen, das die Preise festsetzen, die Verbraucher dem Herrengebot der kartellierten Unternehmer unterwerfen sollte. Aber was nützt der Zusammenschluß der Unternehmer im Inlande, wenn die böse ausländische Konkurrenz ihre Kreise stört? Wollte man das Kartellmonopol auf dem inländischen Markte gründen, so mußte man den Wettbewerb des Auslandes durch hohe Zölle fernhalten. So ist eine andere Gattung von Industriezöllen geschaffen worden: die Kartellschutzzölle, die die Aufgabe haben, den kartellierten Unternehmern den fremden Wettbewerb von dem inländischen Markte fernzuhalten, damit das Kartell, durch keine Konkurrenz gestört, den Verbrauchern den Preis diktieren könne[8].

Auch die Erziehungszölle heischen Opfer von den Verbrauchern. Aber solange es sich um wirkliche Erziehungszölle handelt, wiegen diese Opfer nicht schwer. Unter dem Schutze der Zölle entfalten sich schnell die Produktivkräfte. Bald beginnt die Herabsetzung der Produktionskosten die Warenpreise zu senken. Zeitweiligem Opfer folgt dauernder Gewinn.

Ganz anderer Art sind die Zölle, die die Aufgabe haben, einem Kartell die Alleinherrschaft auf dem heimischen Markte zu sichern. Die Kartellschutzzölle werden Industrien gewährt, die auch ohne Zoll den heimischen Markt wohl behaupten könnten; nur müßten sich die Unternehmer dann mit niedrigeren Preisen, kleineren Profiten begnügen. Der Kartellschutzzoll sichert nicht der Industrie ihren Bestand, sondern nur den Industriellen hohen Profit.

Die Erziehungszölle müssen nur so hoch sein, daß die jüngere heimische Industrie den Wettbewerb der älteren ausländischen Konkurrenz ertragen kann; der Zollsatz braucht also nie höher sein als die Differenz der Erzeugungskosten im In- und im Auslande. Die Kartellschutzzölle dagegen können den Kapitalisten nie hoch genug

8 Seit den siebziger Jahren ist das System der Kartellschutzzölle in den Staaten des europäischen Festlandes ausgebaut worden. England blieb dem Freihandel treu. Heute schlägt die Welle der schutzzöllnerischen Reaktion auch schon in das Mutterland des Freihandels hinein. Die Wahlen vom Jänner 1910 beweisen das Erstarken der schutzzöllnerischen Bewegung in England.

sein. Der Preis der kartellierten Ware auf dem inländischen Markt kann ja immer so hoch geschraubt werden wie der Einfuhrpreis der ausländischen Ware, er ist also gleich dem Weltmarktpreis, den Transportkosten und dem Zoll; je höher der Zoll ist, desto höher können die kartellierten Unternehmer den Inlandpreis über den Weltmarktpreis hinauftreiben, desto höher ist also auch ihr Gewinn. Die Erziehungszölle drücken sich nur in der ersten Zeit ihres Bestehens vollständig im Preise der Waren aus; doch sobald unter ihrem Schutze die Industrie aufgeblüht ist, drückt die Konkurrenz den Preis der Ware, so daß der Zoll überhaupt nicht mehr oder doch nur in geringem Maße die Ware verteuert. Die Kartellschutzzölle dagegen können von den kartellierten Unternehmern in der Regel vollständig ausgenützt werden, solange das Kartellmonopol besteht, da ja die Konkurrenz hier ausgeschaltet ist. Je wirksamer ein Erziehungszoll ist, desto schneller entwickelt sich unter seinem Schutz die Industrie, desto schneller sinken ihre Produktionskosten und mit ihnen der Preis der Ware. Je wirksamer ein Kartellschutzzoll ist, desto vollkommener drückt sich der Zoll im Preise der kartellierten Ware aus, desto teurer kann diese also im Inlande verkauft werden[9].

Die Zölle sind das wichtigste Mittel zur Förderung der Kartelle. Indem der Staat die Höhe der Kartellschutzzölle festsetzt, bestimmt er mittelbar die Kartellpreise. Wenn zum Beispiel durch die österreichische Zollgesetzgebung der Zoll für eiserne Röhren mit 14,30 Kronen festgesetzt wurde, so hat der Staat dadurch dem Eisenkartell die Erlaubnis gegeben, den Preis dieser Röhren stets um 14,30 Kronen über der Summe des Weltmarktpreises und der Transportkosten zu halten. Das Eisenkartell wird nun den Preis der Röhren bald erhöhen, bald ermäßigen, in demselben Maße, als der Preis auf den zollfreien Märkten steigt oder sinkt; stets aber wird es den Preis um 14,30 Kronen über dem Preis auf den zollfreien Märkten (nebst den Transportkosten) halten. Daran können alle Klagen über die hohen Kartellpreise nichts ändern und alles Geschrei über die Willkürherrschaft des Kartells ist eitel Heuchelei, da doch die Gesetzgebung selbst durch die Festsetzung des Zolls dem Kartell diese Preise garantiert hat. Es charakterisiert die Heuchelei des bürgerlichen Antikapitalismus, daß dieselben Parteien, die im Jahre 1906 die hohen Eisenzölle im Zolltarif bewilligt haben, über die hohen Eisenpreise zu klagen begannen, sobald die Wirkungen dieser Zölle fühlbar wurden.

9 Hilferding, *Der Funktionswechsel des Schutzzolles,* in: *Neue Zeit,* XXI., 2., Seite 274 ff.

Wohl gäbe es auch Kartelle, wenn wir keine Zölle hätten, aber die Zahl und die Macht der Kartelle und Trusts ist im freihändlerischen England doch viel kleiner als in Deutschland, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Österreich, wo man die monopolistischen Organisationen des Kapitals durch Schutzzölle fördert.

Versagt man einem Kartell den Schutz des Zolles, dann kann es den inländischen Markt nur dann vollständig beherrschen, wenn es sich die ausländische Konkurrenz durch Verträge mit ausländischen Kartellen fernhält (internationale Kartelle). Solche Verträge kommen aber sehr schwer zustande, da die große Zahl der beteiligten Unternehmer sowie die große Verschiedenheit ihrer Erzeugungskosten und die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen die Abschließung solcher internationaler Kartellvertäge sehr erschweren. Gewöhnlich werden solche internationalen Kartelle in Zeiten günstigen Geschäftsganges geschlossen. In solchen Zeiten genügt dem Kartell der aufnahmefähige heimische Markt, es kann darum verzichten, den Unternehmern anderer Staaten auf ihren Märkten eine den Preis drückende Konkurrenz zu machen. Sobald aber der Geschäftsgang sich verschlechtert, der heimische Markt die Industrie nicht mehr zu beschäftigen vermag, sucht jedes Kartell die im Inlande nicht verkäuflichen Waren auf ausländischen Märkten abzusetzen. Die internationalen Kartelle werden dann gebrochen oder aufgelöst. Darum begnügen sich die Kartelle nicht damit, ihr Monopol auf dem heimischen Markt durch Verträge mit ausländischen Kartellen zu schützen; sie verlangen und erlangen die Garantie dieses Monopols viel wirksamer durch das Gesetz, das die ausländische Ware durch hohe Zölle fernhält. Das österreichische Eisenkartell hat trotz der Eisenzölle internationale Kartellverträge mit reichsdeutschen Verbänden abgeschlossen, die ihm die Erhöhung der Preise noch über die durch den Zoll gegebene Grenze ermöglichen und die Konkurrenz auf dritten Märkten (zum Beispiel in Rumänien) ausschalten sollten. Aber auch diese Verträge wurden während der letzten Wirtschaftskrise im Jahre 1908 zunächst nicht erneuert.

Außer den internationalen Kartellen gibt es noch eine andere Gruppe von Preisverabredungen, die nicht auf den Zöllen beruhen und nicht in ihnen ihre Garantie finden. Es sind dies die lokalen Preisverabredungen, die Waren betreffen, die aus entfernteren Produktionsgebieten nicht zugeführt werden können. Die Preise dieser Waren können durch Verabredungen der Unternehmer einer Stadt und ihrer nächsten Umgebung in die Höhe getrieben werden, ohne daß sie dazu des Schutzes der Zölle bedürfen. Solche lokale Kartelle

sind die agrarischen Milchkartelle und die vielen Preisverabredungen der Kleingewerbetreibenden, die einen räumlich eng umgrenzten Markt mit ihren Waren versorgen. Doch darf nicht übersehen werden, daß die Existenz dieser primitiven Kartelle sehr oft auf Maßnahmen der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung beruht, die hier ähnlich wirken wie auf weiterem Gebiete die Zölle. So wären die agrarischen Milchkartelle kaum möglich, wenn die Eisenbahnen die Zufuhr von Milch aus ferneren Gebieten erleichtern würden. Die lokalen Milchkartelle können den Preis der Milch immer nur so weit erhöhen, solange es für die Händler nicht vorteilhafter ist, die Milch aus ferneren Produktionsgebieten zu beziehen. Wären zum Beispiel die Kosten des Milchtransportes aus Böhmen und Nordmähren nach Wien niederer, dann müßten die niederösterreichischen Milchwirte sich mit geringeren Preisen begnügen, weil wir sonst ihre Ware nicht kaufen, sondern böhmische und nordmährische Milch beziehen würden. Das Milchkartell kann uns nur darum einen so hohen Preis diktieren, weil es weiß, daß uns der Transport von Milch aus Böhmen und Nordmähren zu teuer zu stehen kommt. Der Frachtsatz für Milch bestimmt den Milchpreis, wie der Eisenzoll den Eisenpreis bestimmt. Deswegen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten verlangt, daß die Eisenbahnen die Milchtransporte durch Beistellung von Kühlwagen, zweckmäßige Revision der Fahrpläne und Ermäßigung der Frachtsätze fördern. (Antrag Hanusch, Oktober 1909). Bei der Beratung dieses Antrages hat der Handelsminister versprochen, er werde diese Anregung *studieren.* Er scheint aber mit seinem Studieren immer noch nicht fertig zu sein.

Den lokalen Kartellen nahe verwandt sind auch die Kartelle der Kohlengrubenbesitzer und Kohlenhändler der einzelnen Kohlenreviere. Sie beruhen einerseits auf dem natürlichen Monopol der Kohlengrubenbesitzer, anderseits darauf, daß die Kohle wegen ihres im Verhältnis zum Preise hohen Gewichtes nicht allzu weit transportiert werden kann. Durch niedere Frachtsätze für Kohle könnten aber die Eisenbahnen die verschiedenen Kohlenreviere zum Konkurrenzkampf gegeneinander zwingen und dadurch den Kohlenpreis wenigstens in einzelnen Gebieten drücken. Eine solche Tarifpolitik forderte ein Antrag des Abgeordneten Reumann als eine der Maßregeln, durch welche die Enteignung der Kohlenbergwerke vorbereitet werden muß. In der Tat ist durch den neuen Eisenbahntarif, der am 1. Jänner 1910 in Kraft getreten ist, das Gebiet, in dem böhmische und schlesische Kohle *miteinander konkurrieren*, etwas

ausgedehnt worden. Frachtermäßigungen haben es der schlesischen Kohle ermöglicht, weiter als vordem in das Gebiet der früheren Staatseisenbahngesellschaft und Nordwestbahn einzudringen und dort der böhmischen Kohle Konkurrenz zu bereiten. Leider ist dies in ganz unzulänglichem Maße geschehen, so daß die Tarifrevision bestenfalls wenigen Städten eine kleine Ermäßigung der Kohlenpreise bringen kann.

Doch darf die Bedeutung der lokalen Preisverabredungen ebensowenig überschätzt werden wie die der internationalen Kartelle. Viel wichtiger als beide Gruppen sind jene Kartelle, die zwar das Wirtschaftsgebiet eines ganzen Staates beherrschen, über dieses hinaus sich aber durch internationale Verträge nicht zu sichern vermögen (nationale Kartelle). Die Macht dieser Kartelle beruht auf den Kartellschutzzöllen, die ihnen die ausländische Konkurrenz vom Leibe halten. Diese Kartelle verdanken den Zöllen ihre Riesengewinne, und nur durch die Abschaffung der Kartellschutzzölle können wir ihnen beikommen.

Von allen Kartellschutzzöllen sind die Eisenzölle die weitaus wichtigsten. Unter dem Schlagwort vom *Schutze der heimischen Industrie* hat sich das Eisenkartell hohe Zölle für seine Waren zu sichern gewußt. Diese Zölle tragen längst nicht mehr den Charakter von Erziehungszöllen. Auch ohne sie hätte die hochentwickelte österreichische Eisenindustrie, wenn sie sich nur mit dem kapitalistischen Durchschnittsprofit begnügen wollte, den fremden Wettbewerb nicht zu fürchten. Diese Zölle sichern nur dem mächtigsten der österreichischen Kartelle die schrankenlose Herrschaft auf dem inländischen Markt und die Möglichkeit, den Preis seiner Waren bis hart an die Zollgrenze (Weltmarktpreis + Transportkosten + Zoll) hinaufzutreiben.

Der Eisenzoll verteuert das Eisen. Dadurch werden alle eisernen Maschinen, Werkzeuge, Geräte verteuert, also auch alle anderen Waren, die mit Hilfe dieser Arbeitsmittel erzeugt werden. Der hohe Eisenpreis erhöht die Kosten des Bauens, dadurch auch die Mietzinse. Der hohe Eisenpreis erhöht die Kosten des Baues und Betriebes der Eisenbahnen; er zwingt daher die Eisenbahnen, hohe Frachtsätze einzuheben. Auch die hohen Transportkosten aller Waren müssen in der Regel von den Verbrauchern getragen werden. Wie groß die Last ist, die durch die Zölle den Verbrauchern aufgebürdet wird, haben in den letzten Jahren die Vorgänge bei der Ausschreibung großer Bestellungen für einzelne Gemeinden sehr deutlich gezeigt.

Der Bedarf großer Gemeinden an Eisen ist nicht gering. Sooft sie

Eisenwaren in großen Mengen kaufen müssen, stöhnen sie unter dem Drucke des allmächtigen Kartells. So hat die Gemeinde Wien im Jahre 1908 340.000 Meterzentner Röhren für den Bau der neuen Wasserleitung kaufen müssen. Um die Lieferung bewarb sich das österreichische Eisenkartell und ein großes französisches Eisenwerk. Die Franzosen hätten, um ihre Röhren nach Wien zu bringen, 1,950.000 Kronen Zoll an der österreichischen Grenze entrichten und 200.000 Kronen Frachtkosten an die Eisenbahnen zahlen müssen. Trotz dieser Mehrkosten von 2,150.000 Kronen verlangte das französische Werk nur um 700.000 Kronen mehr als das österreichische Kartell. Hätten sich die österreichischen Werke mit demselben Profit begnügt wie die Franzosen, dann hätten sie die Röhren um 2,150.000 Kronen billiger liefern können als diese; da sie nur um 700.000 Kronen weniger verlangten, wollten sie einen Mehrprofit von 1,450.000 Kronen an dieser einzigen Lieferung erzielen. Das Kartell hat allerdings damals unter dem starken Druck der empörten öffentlichen Meinung sein Angebot schließlich um 521.000 Kronen ermäßigt und zu dieser Bedingung die Lieferung erhalten; es hat auch auf diese Weise noch um 929.000 Kronen mehr an der Lieferung verdient, als die Franzosen bekommen hätten. Und das französische Werk hätte wohl auch nicht ohne Profit seine Röhren verkauft. Der Extraprofit von 929.000 Kronen, den das Kartell dem Eisenzoll verdankt, belastet natürlich die Wiener Steuerzahler.

In noch höherem Maße als die Gemeinden wird der Staat vom Eisenkartell ausgebeutet. Im Oktober 1908 verkaufte das Kartell ein Paar Räder für Eisenbahnwagen im Gewicht vom 1120 Kilogramm in Deutschland um 360 Kronen. Die österreichische Staatseisenbahnverwaltung mußte für dieselben Räder 465 Kronen zahlen. Das Beispiel zeigt uns zunächst die Ausfuhrpolitik der Kartelle. Während sie im Inland, wo der Zoll jeden Wettbewerb fernhält, ihre Ware teuer verkaufen, bieten sie dieselbe Ware im Ausland, wo sie auf die fremde Konkurrenz stoßen, billiger feil. Der *Schutz der heimischen Industrie* durch die Zölle hat also zur Folge, daß den ausländischen Konkurrenten österreichisches Eisen billiger zur Verfügung steht als der österreichischen Industrie; der Zoll verringert dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt[10]! Unser Beispiel zeigt, wie insbesondere der Staat durch das Kartell

10 Durch die Schleuderexporte europäischer Kartelle und amerikanischer Trusts auf den zollfreien englischen Markt fühlen sich in England große Industriezweige bedroht. Diese Ausfuhrpolitik der Kartelle ist eine der wichtigsten Ursachen der

ausgebeutet wird. Der Staat kauft ja Eisenwaren in großem Umfang. Er muß nicht nur Wagenräder, sondern natürlich auch Achsen, Lokomotiven, Schienen, Bauträger und so weiter teurer zahlen, weil er selbst dem Kartell den Schutz der Zölle gewährt hat. Das Defizit der Staatseisenbahnen wird dann aus Steuergeldern gedeckt oder durch Erhöhung der Frachtsätze auf Kosten der Verbraucher beseitigt. Ebenso werden natürlich die Kosten des Militarismus erhöht, da der Staat mit jedem Gewehr und Geschütz, bei dem Bau jedes Kriegsschiffes einen Tribut an das Eisenkartell zahlt[11]. So zwingen uns die Zölle, als Verbraucher wie als Steuerzahler dem Kartell einen gewaltigen Tribut zu entrichten.

Am empfindlichsten wird aber die Industrie durch die hohen Eisenpreise betroffen. Aus Eisen werden die wichtigsten Arbeitsmittel der Industrie hergestellt, vom Eisenpreis hängt daher die Höhe der Erzeugungskosten der Industrie ab. So mancher Betrieb, der bei geringeren Erzeugungskosten möglich wäre, kann bei hohen Eisenpreisen nicht bestehen. Da der Eisenpreis hoch ist, muß der Eisenverbrauch eingeschränkt werden. In der Tat ist der Eisenverbrauch in Österreich kleiner als in den anderen Industriestaaten Europas. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel im Jahre 1905 ein Eisenverbrauch von:

	Kilogramm
Österreich	35,2
Deutsches Reich	116,5
Großbritannien	200,0

Auch die kleinbürgerlichen und agrarischen Parteien neiden den *eisenfressenden Bestien* ihre Riesengewinne. Darum haben die Abgeordneten Steinwender und Liechtenstein im Abgeordnetenhaus Anträge gestellt, durch welche den Eisenwerken höhere Steuern auferlegt werden sollten. Aber es handelt sich nicht darum, von dem Riesengewinn der Eisenwerke einen größeren Teil in die Staatskasse zu ziehen, sondern darum, der Industrie billigeres Eisen zu schaffen. Dieser Zweck kann nicht durch besondere Besteuerung der Eisen-

Schutzzollbewegung in England. So führen Kartellschutzzölle eines Landes die Kartellschutzzölle anderer Länder herbei. Das wirtschaftliche Wettrüsten geht mit dem militärischen Hand in Hand.

11 In vielen Fällen hat der Staat übrigens dem Eisenkartell noch höhere Preise gezahlt, als er trotz der Zölle und der Frachtkosten für ausländisches Eisen hätte zahlen müssen. Auch diese Geschenke an das Kartell werden mit dem *Schutz der heimischen Industrie* begründet.

werke, sondern nur durch die Abschaffung der Eisenzölle erreicht werden. Darum hat bei der Beratung des Zolltarifs Abgeordneter Seitz den Antrag gestellt, die Eisenzölle zu streichen: Dieser Antrag wurde aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Und dieselben kleinbürgerlichen und agrarischen Parteien, die damals den Zolltarif samt den wucherischen Eisenzöllen angenommen haben, klagen heute über die Allmacht des Eisenkartells[12].

Die Eisenzölle sind die wichtigsten Kartellschutzzölle, nicht die einzigen. So hat zum Beispiel auch der Zuckerzoll den Charakter eines Kartellschutzzolles. Österreich würde auch nach Abschaffung der Zuckerzölle keinen Zucker aus dem Ausland einführen. Daß unsere Zuckerindustrie den Wettbewerb ihrer ausländischen Konkurrenten nicht zu fürchten hat, beweist ja die Tatsache, daß Österreich große Mengen Zucker auf die zollfreien Märkte ausführt. Der Zuckerzoll hat also nur die Aufgabe, es dem Kartell zu ermöglichen, seine Ware im Inland stets um sechs Kronen teurer zu verkaufen als im Ausland. Als das Zuckerkartell im Sommer 1909 den Zuckerhändlern neue drückende Vertragsbestimmungen diktierte, stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Seliger den Antrag, der Zuckerzoll sei aufzuheben. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat diesen Antrag bisher nicht einmal in Verhandlung gezogen.

Die Kartellschutzzölle sind die Grundlage, auf der sich das ganze System unserer Industriezölle aufbaut. Sobald nämlich einer Industrie ihre Arbeitsmittel, Roh- oder Hilfsstoffe durch Kartellschutzzölle verteuert werden, fordert sie, daß auch ihre Waren durch Zölle geschützt werden, damit sie auf diese Weise für den Druck der Kartellschutzzölle entschädigt werde. Wir können die Zölle, die diesem Zwecke dienen, als *Entschädigungszölle* bezeichnen.

Der Eisenzoll verteuert den Maschinenfabriken ihren Rohstoff. Der Staat entschädigt sie, indem er auch Maschinen mit hohen Zöllen belegt. Die teuren Spinnmaschinen erhöhen die Produktionskosten der Spinnereien. Sie werden entschädigt, indem hohe Garnzölle die Einfuhr ausländischen Garns erschweren. Der hohe Preis des Garns belastet die Webereien. Der Staat bewilligt ihnen dafür hohe Zölle auf Gewebe. Daß die Gewebe teuer sind, fällt der Kleider- und Wäschekonfektion zur Last; also wird auch sie durch hohe Zöl-

12 Da die Eisenzölle jetzt durch den Ausgleich mit Ungarn bis zum Jahre 1917 gebunden sind, kann der Kampf gegen das Eisenkartell heute nur auf andere Weise geführt werden. Darum hat Abgeordneter Heinrich Beer im Parlament die Schaffung eines staatlichen Eisenhandelsmonopols beantragt. Über diesen Antrag siehe Otto Bauer, *Der Staat und die Kartelle*, in: *Der Kampf*. II., Seite 71 ff.

le auf Kleider und Wäsche gegen den Wettbewerb des Auslandes geschützt. So baut sich auf die Kartellschutzzölle ein ganzes System von Entschädigungszöllen auf.

Diese Zollgesetzgebung entschädigt aber nur den einzelnen Industriellen für die Verteuerung seines Rohstoffs; die Entwicklung der Gesamtindustrie aber wird auf diese Weise gehemmt. Das System der Industriezölle verteuert alle Waren, und sind die Waren teurer, dann wird der Verbrauch eingeschränkt. Jegliche Einschränkung des Verbrauches erschwert die Gründung neuer, die Erweiterung der schon bestehenden Betriebe. Die Arbeiterklasse wird dadurch doppelt betroffen: auf dem Warenmarkt, da sie alle Waren teuer kaufen muß, und auf dem Arbeitsmarkt, da das Stocken der industriellen Entwicklung auch die Nachfrage nach Arbeitskräften verringert. Wir können weniger Kleider, weniger Wäsche kaufen, weil die Preise zu hoch sind; der geringe Absatz von Kleidern und Wäsche verringert die Nachfrage nach Geweben; der geringe Absatz von Geweben senkt die Nachfrage nach Garn; die Absatzstockung in den Spinnereien verringert die Nachfrage nach Spinnmaschinen; die Absatzstockung in der Maschinenindustrie verringert die Nachfrage nach Eisen. So wird schließlich die Entwicklung aller Industriezweige dadurch geschädigt, daß das System der Kartellschutz- und Entschädigungszölle die Preise aller Industrieprodukte erhöht.

Noch schädlicher erweist sich dieses Zollsystem auf dem Weltmarkt. Auf dem inneren Markte mag der hohe Maschinenzoll die Maschinenfabrikanten dafür entschädigen, daß der Eisenzoll ihren Rohstoff verteuert; wollen sie aber ihre Ware in das Ausland ausführen, dann zeigt es sich, daß sie mit den Maschinenfabrikanten anderer Länder, denen billigeres Eisen zur Verfügung steht, nicht konkurrieren können. Der Weber, der teueres Garn verwebt, kann im Inland bestehen, da der hohe Zoll auf Gewebe die fremde Ware fernhält; auf dem Weltmarkt dagegen ist er nicht konkurrenzfähig, da sein Rohstoff teuerer ist als der seiner ausländischen Konkurrenten. So wird unserer Industrie der Wettbewerb auf dem Weltmarkt erschwert. Auch diese Tatsache hemmt die Ausdehnung unserer Industrie. Da die Industrie sich zu langsam entwickelt, um unserem Bevölkerungsüberschuß Arbeit geben zu können, sind viele Tausende zur Auswanderung gezwungen. Wir exportieren Menschen, weil unser Zollsystem uns hindert, Waren zu exportieren.

Trotzdem können die Entschädigungszölle nicht abgeschafft werden, solange die Kartellschutzzölle fortbestehen. Solange der Eisenzoll unserer Maschinenindustrie den Rohstoff verteuert, kann sie die

Maschinenzölle nicht entbehren. Fällt der Eisenzoll, dann können wir die Maschinenzölle teils beseitigen, teils wesentlich herabsetzen, da die österreichische Maschinenindustrie die ausländische Konkurrenz weit weniger als heute zu fürchten haben wird, sobald ihr billigerer Rohstoff zur Verfügung gestellt wird. Natürlich müssen die Maschinenzölle revidiert werden, sobald die Einzelzölle fallen; sonst wäre die Aufhebung der Eisenzölle nutzlos, das Maschinenkartell würde trotz der Verbilligung des Eisens seine Maschinen ebenso teuer verkaufen wie heute[13].

Die Sozialdemokratie fordert also: Die Kartellschutzzölle sind zu beseitigen. Sobald dies geschieht, müssen auch die Entschädigungszölle fallen. Es bleiben dann nur noch Zölle auf solche Waren und in solcher Höhe übrig, die den Charakter reiner Erziehungszölle tragen. Diese Erziehungszölle sind solange aufrechtzuerhalten, als eine noch junge und schwache Industrie vorübergehenden Schutzes gegen den Wettbewerb älterer und stärkerer Industrien im Auslande bedarf. Sobald dies nicht mehr der Fall, sind auch die Erziehungszölle zu beseitigen[14].

Als die Grundlage des ganzen Industriezollsystems bekämpft die Arbeiterschaft die Kartellschutzzölle. Unser Kampf richtet sich nicht gegen die Konzentration der Produktion in großen einheitlich geleiteten Betrieben und Betriebsvereinigungen; denn diese Konzentration ist das unvermeidliche Ergebnis des technischen Fortschritts und die Vorbedingung für die Steigerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit und für die Ausschaltung der verteuernden Konkurrenzkämpfe. Unser Kampf richtet sich nur dagegen, daß die Errungenschaften der Vergesellschaftlichung der Arbeit der Gesellschaft vorenthalten und daß sie von den vereinigten Kapitalsmächten monopolisiert werden. So wird der Kampf gegen die Industriezölle zu einer Teilerscheinung unseres ganzen Kampfes gegen die Beherrschung und Ausbeutung der ganzen Gesellschaft durch die vereinigten Kapitalsmächte. Der Kampf des Tages, dessen unmittelbares Ziel die Beseitigung der Kartellschutzzölle ist, mündet so in das große Ringen gegen die Kapitalsherrschaft, dessen letztes Ziel die Ent-

13 Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben am 23. Juni 1909 für die agrarische Resolution, die Maschinenzölle aufzuheben, gestimmt, um auszudrücken, daß mit der Aufhebung der Eisenzölle die Revision der Zölle auf Maschinen und Eisenwaren verbunden werden müsse. Sonst würde ja das Maschinenkartell den ganzen Gewinn aus der Aufhebung der Eisenzölle einstecken.

14 Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Gesamtparteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich,* Wien 1901, Seite 60 f., 138 bis 172.

eignung der kartellierten Kapitalisten, die Überführung der konzentrierten Arbeitsmittel in das Eigentum der Gesellschaft ist. Wir bekämpfen die Industriezölle, nicht um den Freihandel wiederherzustellen, sondern um die Vergesellschaftung der Arbeitsmittel vorzubereiten.

Die Agrarzölle

Als die Ideen der englischen Freihandelsschule auf dem europäischen Festlande verbreitet wurden, fanden sie hier bei den Agrariern viele Anhänger. Noch erzeugten die Staaten des Festlandes mehr Getreide, als sie zur Ernährung ihrer Bevölkerung brauchten. Sie führten selbst Getreide aus; die Einfuhr von Getreide hatten sie nicht zu fürchten. An den Industriezöllen aber hatten die Agrarier kein Interesse. So waren damals die Agrarier Freihändler.

Seit den siebziger Jahren trat die Wendung ein. Die europäischen Auswanderer hatten die amerikanische Getreideerzeugung schnell ausgedehnt. Die Entwicklung der Dampfschiffahrt, der Ausbau der Eisenbahnen und der Wasserstraßen machten es möglich, das amerikanische Getreide auf den europäischen Markt zu bringen. Es bereitete hier dem europäischen Getreide eine gefährliche Konkurrenz. Die Getreidepreise sanken. In England kosteten tausend Kilogramm Weizen:

in den Jahren	Mark
1871 bis 1875	246,4
1876 bis 1880	206,8
1881 bis 1885	180,4
1886 bis 1890	142,8
1891 bis 1895	128,2

Die europäische Landwirtschaft fürchtete, sie werde bei dem niederen Getreidepreise nicht bestehen können. Die Kornproduktion ging zurück. In England betrug die mit Weizen bebaute Fläche:

in den Jahren	Anbaufläche in Acres
1871 bis 1875	3,373.140
1902	1,772.840

(1 Acre = 0,4047 Hektar)

Die festländische Landwirtschaft fürchtete, sie werde ihre Getreideerzeugung ebenso einschränken müssen wie die englische. Die *amerikanische Gefahr,* die *europäische Agrarkrise,* trieben die Agrarier in das Lager der Schutzzöllner. Sie forderten Getreidezölle, damit das billige überseeische Getreide den inländischen Markt nicht überschwemmen könne. Die Zölle sollten die durch die überlegene fremde Konkurrenz bedrohte Landwirtschaft des europäischen Festlandes retten, den Staaten Europas ihren ältesten und größten Produktionszweig erhalten. Man kann daher die älteren Agrarzölle wohl als *Erhaltungszölle,* als konservierende Zölle bezeichnen.

In den letzten Jahren hat sich aber die Preisbewegung auf dem Weltmarkte wiederum völlig verändert. Das Angebot ist langsamer gestiegen als der Bedarf. Die Getreidepreise steigen. In London kosteten tausend Kilogramm Weizen im dritten Jahresviertel:

im Jahre	Mark
1902	141,6
1903	134,6
1904	134,1
1905	137,7
1906	133,3
1907	152,7
1908	146,0
1909	187,5

Die europäische Landwirtschaft braucht die *amerikanische Gefahr* nicht mehr zu fürchten. Auch bei freier Konkurrenz würde sie nicht zugrunde gehen: Die hohen Weltmarktpreise sichern ihr ihr Dasein. Die Getreidezölle sind als Erhaltungszölle nicht mehr notwendig.

Der Getreidebedarf der europäischen Staaten ist so groß, daß Getreide jedenfalls aus dem Auslande eingeführt werden muß. Der Getreidepreis im Inlande ist daher immer gleich dem Einfuhrpreis des ausländischen Getreides, also gleich dem Weltmarktpreis, den Transportkosten und dem Zoll. Je höher der Zoll ist, desto teurer können die inländischen Landwirte ihr Getreide verkaufen. Ist der Zoll nicht mehr notwendig, die heimische Landwirtschaft vor dem Untergang zu bewahren, so hat er jetzt die Aufgabe, den Landwirten möglichst hohe Preise und Gewinne zu garantieren, die Grundrente auf Kosten des Arbeitslohnes und des industriellen Profits zu

steigern. Der Erhaltungszoll hat sich in den Ausbeutungszoll verwandelt[15].

Die neuen agrarischen Ausbeutungszölle sind von den alten agrarischen Erhaltungszöllen so verschieden, wie die neuen industriellen Kartellschutzzölle von den alten industriellen Erziehungszöllen.

Der Erhaltungszoll muß immer nur so hoch sein, daß die Summe des Zolles und der Transportkosten gleich ist der Differenz der Erzeugungskosten der heimischen und der konkurrierenden fremden Landwirtschaft. Der Ausbeutungszoll dagegen kann den Agrariern nie hoch genug sein: je höher der Zoll, desto größer ihre Gewinne. Der Erhaltungszoll ist eine Schutzmaßregel bei sinkenden Weltmarktpreisen. Sobald die Weltmarktpreise hoch genug sind, der heimischen Landwirtschaft ihr Dasein zu sichern, verliert der Erhaltungszoll seinen Sinn. Der Ausbeutungszoll dagegen erfüllt bei jeder Preisgestaltung seine Aufgabe. Mögen nun die Weltmarktpreise hoch oder niedrig sein, der Inlandpreis steht immer um den Zollbetrag über dem Weltmarktpreis; durch den Zoll werden immer den heimischen Landwirten höhere Gewinne garantiert, als sie bei freiem Wettbewerb beziehen könnten. Unter dem Schutze des Erhaltungszolles sind die Getreidepreise im Inlande nicht gestiegen, der Zoll hat nur bewirkt, daß die Preise im Inland langsamer gesunken sind als die Weltmarktpreise. Unter dem Einfluß des Ausbeutungszolles steigen die Getreidepreise.

Durch den österreichischen Zolltarif vom 13. Februar 1906 wurden Getreidezölle in folgender Höhe festgesetzt:

	Minimalzölle (für Staaten, mit denen wir Handelsverträge abgeschlossen haben)	Autonome Zollsätze (für andere Staaten)
	in Kronen für hundert Kilogramm	
Weizen	6,30	7,50
Roggen	5,80	7,–
Gerste	2,80	4,–
Hafer	4,80	6,–
Mais	2,80	4,–

Für Mehl wurde ein Zoll von fünfzehn Kronen für hundert Kilogramm festgesetzt.

15 Vgl. *Protokoll des Reichenberger Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Österreich.* Referat Renners über die Teuerung, Wien 1909, Seite 257.

Über die Preisgestaltung von Vieh und Fleisch entscheiden die Zollsätze nicht, da die auf der Tierseuchengesetzgebung beruhenden Einfuhrverbote die Einfuhr selbst gegen Erlag des Zolles verhindern.

Über den Einfluß der Zölle auf die Getreidepreise unterrichtet uns folgende Tabelle (Preis von tausend Kilogramm Weizen):

im dritten Quartal der Jahre	Gazette Average in London in Mark	75/76 Kilogramm das Hektoliter in Odessa in Mark	Theißweizen in Wien in Mark	Differenz zwischen den Weizenpreisen in London und Wien in Mark	Differenz zwischen den Weizenpreisen in Odessa und Wien in Mark
1902	141,60	108,80	143,90	2,30	35,10
1903	134,60	111,90	144,80	10,20	32,90
1904	134,10	126,30	190,60	56,50	64,30
1905	137,70	124,80	156,10	18,40	31,30
1906	133,30	118,20	144,–	10,70	25,80
1907	152,70	150,80	211,80	59,10	61,–
1908	146,–	176,–	215,40	69,40	39,40
1909	187,50	169,20	268,30	80,80	99,10

Die Tabelle zeigt zunächst die Preisbewegung auf dem Weltmarkt: die Weizenpreise in einem der wichtigsten Einfuhrhäfen (London) und einem der wichtigsten Ausfuhrzentren (Odessa). Die Preise schwanken natürlich je nach den Ernteergebnissen. Im allgemeinen läßt sich aber unzweifelhaft eine steigende Preistendenz feststellen. Der Weizenpreis in Wien war nun in jedem Jahre etwas höher als der Preis in London und Odessa. Die Differenz schwankt. Sie ist desto größer, je kleiner die Ernte in Österreich und je größer die Ernte in den ausländischen Produktionsgebieten ist. Doch wächst auch die Differenz unverkennbar, da der Weizenbedarf Österreich-Ungarns immer schwieriger durch die eigene Erzeugung gedeckt werden kann, die Zölle daher immer wirksamer werden. Seit dem neuen Zolltarif von 1906 ist die Differenz zwischen dem Wiener und dem Londoner Weizenpreis von 10,70 Mark auf 80,80, die Differenz zwischen den Weizenpreisen in Wien und Odessa von 25,80 Mark auf 99,10 gestiegen. Seit 1902 ist der Weizenpreis in London um 45,90 Mark, der Weizenpreis in Odessa um 60,40 Mark, dagegen der Weizenpreis in Wien um 124,40 Mark gestiegen. Hätten wir keine Getreidezölle, dann würde der Weizen hier nicht 268,30 Mark, sondern 214,70 Mark kosten, da ja der Weizen durch den Zoll um 63 Kronen = 53,60 Mark verteuert wird. Er wäre dann immer noch um 70,80 Mark teurer, als er im Jahre 1902

war — darin drückt sich das Steigen der Weltmarktpreise aus — immer noch um 27,20 Mark teurer als in London und um 45,50 Mark teurer als in Odessa — darin drückt sich die Verschiedenheit des Ernteergebnisses in verschiedenen Produktionsgebieten und die Verschiedenheit der Transportkosten aus —, aber er wäre doch um 53,60 Mark billiger, als er heute ist. Unsere Landwirtschaft könnte natürlich auch bei einem Weizenpreis von 214,70 Mark bestehen — auch dieser Preis wäre ja noch um 70,80 Mark höher als der Preis von 1902. Die Landwirtschaft bedarf also des Zollschutzes nicht. Von der Preiserhöhung, die seit dem Jahre 1902 eingetreten ist, ist ein Teilbetrag von 70,80 Mark auf das Steigen der Weltmarktpreise zurückzuführen; für diesen Teil der Teuerung ist die österreichische Gesetzgebung nicht verantwortlich; der andere Teilbetrag der Preissteigerung dagegen, der Betrag von 53,60 Mark, ist durch die Zölle herbeigeführt[16].

Was die Erhöhung des Getreidepreises für die Verbraucher bedeutet, das läßt sich annähernd schätzen. Nehmen wir an, daß aus hundert Kilogramm Getreide siebzig Kilogramm Mehl erzeugt werden, so wird durch die Minimalzölle das Kilogramm Weizenmehl um 9 Heller, das Kilogramm Roggenmehl um 8,3 Heller verteuert. Diese Verteuerung des Mehls drückt sich natürlich im Brotpreis aus.

Sehr schwer wird durch die Zölle auch die Viehzucht getroffen. Rund vierzig Prozent des Getreides werden als Viehfutter benützt[17]. Durch die Getreidezölle werden die Kosten der Viehmast und der Milchwirtschaft bedeutend erhöht, also auch die Preise von Vieh, Fleisch, Milch, Butter gesteigert. Auch den Spiritusbrennereien, Stärkefabriken und so weiter wird durch die Zölle ihr Rohstoff verteuert.

Die hohen Gewinne am Getreidebau veranlassen die Landwirte, den Getreidebau auf Kosten des Anbaues von Gemüse, Futtermitteln und Handelspflanzen auszudehnen. Daher sinkt das Angebot dieser Waren, ihr Preis steigt. Hätten wir keine Getreidezölle, dann

16 *Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches*, 18. Jahrgang, 4. Heft. — In Kronen umgerechnet, erhalten wir folgendes Endergebnis: Weizenpreis in Wien 1902: 169,20 Kronen, 1909: 315,40 Kronen, Preissteigerung 146,20 Kronen. Hätten wir keine Getreidezölle, dann würde der Weizen, da der Zoll 63 Kronen beträgt, nur 252,40 Kronen kosten. Die Preissteigerung seit 1902 würde dann 83,20 Kronen betragen. Von der gesamten Preissteigerung von 146,20 Kronen ist also der Teilbetrag von 83,20 Kronen auf das Steigen des Weltmarktpreises, der Restbetrag von 63 Kronen auf den Zoll zurückzuführen. (100 Mark = 117,5627 Kronen.)

17 Conrad, *Getreidepreise*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*. — Hierbei ist auch die Kleie mitgerechnet.

würde die österreichische Landwirtschaft weniger Getreide, aber mehr Gemüse und Futtermittel produzieren. Nicht nur das Getreide, sondern auch das Gemüse und die Futtermittel wären dann billiger.

Das reichsdeutsche Statistische Amt hat im Jahre 1909 eine Erhebung darüber vorgenommen, wie sich die Ausgaben unbemittelter Familien auf die wichtigsten Bedürfnisse verteilen. Es wurden die Gesamtausgaben von 852 Familien geprüft. Die Erhebung führte zu folgendem Ergebnis:

Von allen Ausgaben entfallen auf:

	Jahres-einkommen in Mark	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstige Ausgaben
		in Prozent				
Gelernte gewerbliche Arbeiter	1885,86	51,5	11,2	16,8	4,2	16,3
Ungelernte gewerbliche Arbeiter	1726,51	52,8	10,6	18,4	4,1	14,1
Handels- und Verkehrsarbeiter	1737,31	53,4	12,0	17,2	4,6	12,8
Privatangestellte	2441,69	40,9	12,7	18,7	3,5	24,2
Lehrer	3294,32	34,7	14,8	21,0	3,7	25,8
Unterbeamte	2084,31	49,0	13,9	18,2	4,2	14,7

Alle Kategorien der Arbeiter müssen also mehr als die Hälfte, alle Kategorien der Angestellten mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Je kleiner das Einkommen, desto größer ist der Teil, der zum Ankauf der Lebensmittel verwendet werden muß. Darum trifft die Verteuerung der Lebensmittel die Arbeiterklasse noch viel schwerer als die Verteuerung der Industrieprodukte.

Die Erhebung zeigt aber auch, wie klein der Teil des Lohneinkommens ist, den die Arbeiterfamilie für den Ankauf von Industrieprodukten verwenden kann. Je teurer die Lebensmittel sind, desto kleiner ist dieser Teil. Ein ungelernter Arbeiter kann zum Beispiel für die Kleidung und für die *sonstigen Ausgaben* nur 24,7 Prozent seines Einkommens verwenden. Wenn nun die Lebensmittelpreise um zehn Prozent steigen, so muß der Arbeiter statt 52,8 Prozent sofort 58,1 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Er kann dann nicht mehr 24,7 Prozent, sondern nur noch 19,4 Prozent seines Einkommens für die Kleidung und für *sonstige Ausgaben*

verwenden. Mit dem Steigen der Lebensmittelpreise sinkt daher die Nachfrage nach Industrieprodukten. Die Entwicklung der Industrie ist gehemmt. Die Industrie kann der wachsenden Bevölkerung nicht genug Arbeitsgelegenheit bieten. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Tausende sehen sich zur Auswanderung gezwungen.

Aber auch von den Landwirten wird ein sehr großer Teil durch die Agrarzölle schwer belastet. Den Landwirten bringen zwar die hohen Viehpreise Gewinn; aber dieser Gewinn wird durch die hohen Preise des Getreides und der Futtermittel wieder aufgehoben. In den letzten Monaten ist die Agitation gegen die Futtermittelteuerung in den Alpenländern erstarkt; im steirischen Landtag haben bäuerliche Abgeordnete die Ermäßigung der Futtermittelzölle gefordert. Im Frühjahr 1909 haben die Vertreter der galizischen Bauern im Abgeordnetenhaus die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle gefordert, da die galizischen Landwirte große Getreidemengen aus dem Ausland beziehen mußten.

In der ganzen Landwirtschaft rufen die Getreidezölle schwerwiegende Veränderungen hervor.

Steigen die Lebensmittelpreise, so steigt auch die Grundrente, der Ertrag, den der Boden abwirft. Steigt die Grundrente, so steigen auch die Bodenpreise. Das Steigen der Lebensmittelpreise in der Stadt ist stets begleitet vom Steigen der Bodenpreise auf dem Lande. Mit voller Wucht trifft das Steigen der Bodenpreise das arme Landvolk, die Proletarier und die Zwergbesitzer in den Dörfern. Je teurer der Boden wird, desto schwieriger können sie Boden kaufen. Der Mehrheit des Landvolkes wird auf diese Weise der Weg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit gesperrt. Sie müssen die Hoffnung, Boden zu erwerben, aufgeben; sie bleiben Proletarier.

Wovon hängt nun die Lebenserhaltung dieser Proletarier ab? Die Lohnsklaven der Landwirtschaft haben es noch nicht gelernt, die gewerkschaftlichen Kampfmittel zu gebrauchen. Trotzdem sind die Arbeitslöhne auch auf dem Lande gestiegen, weil ein großer Teil der Landarbeiter von den Dörfern in die Städte, von der Landwirtschaft in die Industrie geflohen ist. Die Landflucht hat die Leutenot erzeugt; die Leutenot zwingt auch die Landwirte, Knechten und Taglöhnern höhere Löhne zu bewilligen. Die Löhne in der Landwirtschaft steigen also nur dann, wenn die Industrie einen wachsenden Teil des Landvolkes an sich zieht und die Landwirte daher höhere Löhne bewilligen müssen, damit sie überhaupt noch Arbeiter bekommen. Nun hemmen aber die hohen Lebensmittelpreise die Entwicklung der Industrie. Je mehr die städtische Bevölkerung für

die Lebensmittel zahlen muß, desto weniger Industrieprodukte kann sie kaufen, desto langsamer dehnt sich die Industrie aus, desto weniger ländliche Arbeiter können hoffen, in der Industrie Beschäftigung zu finden. So sperren die Zölle den Landarbeitern beide Auswege aus ihrem Elend. Sie treiben auf der einen Seite die Bodenpreise in die Höhe und machen es den Proletariern des Dorfes dadurch unmöglich, Boden zu erwerben; sie hemmen auf der anderen Seite die industrielle Entwicklung, wodurch den Landarbeitern die Möglichkeit geschmälert wird, in der Industrie Beschäftigung zu finden. Daher ist das Angebot von Arbeitskräften auf dem ländlichen Arbeitsmarkt größer, als es ohne die Zölle wäre. Dadurch wird das Steigen der Arbeitslöhne auf dem Lande verlangsamt. Die Getreidezölle verteuern nicht nur den städtischen Arbeitern die Lebensmittel; sie erschweren es auch den Landarbeitern, sich höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, würdigere Behandlung zu erkämpfen.

Aber auch unter den Besitzern landwirtschaftlich genutzter Grundstücke ist die Zahl derjenigen, die aus den hohen Getreidepreisen keinen Gewinn ziehen, sehr groß. Im Jahre 1902 gab es in Österreich landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche von:

		In Prozent
Weniger als 2 Hektar (Zwergbetriebe)	1,322.565	46,5
2 bis 5 Hektar (Kleinbetriebe)	810.225	28,5
5 bis 20 Hektar (mittelbäuerliche Betriebe)	613.290	21,6
20 bis 100 Hektar (großbäuerliche Betriebe)	89.342	3,1
Mehr als 100 Hektar (Großbetriebe)	11.466	0,3
Zusammen	2,846.888	100,0

Nun ist es gewiß, daß die Zwergbetriebe und Kleinbetriebe in der Regel kein Getreide verkaufen können, vielmehr selbst Getreide zukaufen müssen. 2,132.790 landwirtschaftliche Betriebe, 75,0 Prozent, also genau drei Viertel der Gesamtzahl, haben an den hohen Getreidepreisen keinerlei Interesse. Die mittelbäuerlichen Betriebe, 613.290, also etwas mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl, ziehen aus ihnen nur geringen Gewinn. Den größten Teil der Beute ziehen die Betriebe der Großbauern und Großgrundbesitzer an sich, die nur 3,4 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe bilden und deren es

in ganz Österreich nicht mehr als 100.808 gibt. Nach der Berufszählung vom Jahre 1900 ernährten Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr, der öffentliche Dienst und die freien Berufe 12,441.504 Menschen. Mehr als zwölf Millionen Menschen müssen also ihre Lebensmittel teurer zahlen, damit insgesamt 100.000 landwirtschaftliche Betriebe ihren Inhabern höheren Gewinn abwerfen. Auf einen geförderten Betrieb entfallen 124 geschädigte Konsumenten. Nicht die neun Millionen Menschen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, sondern nur die Besitzer von 100.000 Großbetrieben und großbäuerlichen Betrieben ziehen einen großen, allenfalls noch die Besitzer von 613.290 mittelbäuerlichen Betrieben einen mäßigen Gewinn aus der Getreideteuerung.

Aber auch den Grundbesitzern bringt das Steigen der Bodenpreise keine ungeteilte Freude. Bei jedem Erbgang und bei jeder Gutsübergabe müssen Schulden aufgenommen werden, damit die *weichenden Geschwister* abgefunden werden können. Bei jedem Verkauf bleiben Kaufschillingreste als Grundschuld auf dem Boden stehen. Je höher der Boden bewertet wird, desto höhere Abfindungsgelder müssen den weichenden Geschwistern gezahlt, desto höhere Kaufschillingreste auf das verkaufte Grundstück einverleibt werden. Steigt mit den Lebensmittelpreisen der Bodenpreis, so steigt auch die Schuldenlast des Bodens. Nach Angaben der Grundbuchsämter ist der Lastenstand im *sonstigen Besitz,* das heißt Lastenstand des Grundbesitzes, soweit er nicht landtäflicher, städtischer oder bergbücherlicher Besitz ist, in folgender Weise gestiegen:

	Zunahme des bücherlichen Lastenstandes im *sonstigen Besitz* in Kronen
Jahresdurchschnitt 1896 bis 1900 . .	158,714.987
Jahresdurchschnitt 1901 bis 1905 . .	171,431.789
Jahr 1904	168,498.357
Jahr 1905	199,206.358
Jahr 1906	212,299.461

Mit dem Schuldenstand steigt natürlich die Zinsenlast der Landwirtschaft. Von der Beute, die die Agrarier den Verbrauchern abgejagt haben, müssen sie einen großen Teil an das Hypothekenkapital abtreten. Ein Teil der gestiegenen Grundrente verwandelt sich in Kapitalzins. Mit der Masse der Werte, die die Bodenbesitzer den

besitzlosen Verbrauchern abnehmen, wächst auch die Wertsumme, die die Landwirtschaft an das parasitäre Hypothekenkapital abgeben muß. Der von der Teuerung betroffene Konsument nährt nicht nur den Grundbesitz, sondern auch das Hypothekenkapital.

Auch die Grundbesitzverteilung wird durch die Zollpolitik beeinflußt. Sind die Getreidepreise niedrig, dann wird der Getreidebau eingeschränkt, Getreide aus dem Ausland zugeführt; die Landwirtschaft wendet sich dann in höherem Maß dem Anbau von Gemüse und Futtermitteln, der Vieh- und Geflügelzucht und der Milchwirtschaft zu. Nun ist im Getreidebau der landwirtschaftliche Großbetrieb dem Kleinbetrieb stets überlegen, während in der intensiven Gemüsekultur und Milchwirtschaft in der Regel der Kleinbetrieb günstigere Ergebnisse erzielt. Die Großgrundbesitzer sind, sobald die Getreideerzeugung niedere Gewinne abwirft, geneigt, ihren Boden zu verkaufen; an ihre Stelle treten Kleinbauern, die Fleisch, Milch, Butter, Geflügel, Eier, Gemüse, Obst produzieren. Bei niederen Getreidepreisen gewinnt daher der bäuerliche Betrieb Raum auf Kosten des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Je höher aber die Getreidepreise sind, je größer die Gewinne der Großgrundbesitzer, desto weniger sind diese geneigt, Boden zu verkaufen. Der hohe Getreidepreis macht die Ausdehnung des Bauernlandes unmöglich. Der hohe Mehl- und Brotpreis sowie die Hemmung der industriellen Entwicklung durch die hohen Lebensmittelpreise verhindern das Wachstum der lokalen Märkte, die die Waren der intensiven bäuerlichen Kleinwirtschaft abnehmen. Bei hohen Getreidepreisen ist daher die Ausdehnung der Bauernwirtschaften auf Kosten des Großgrundbesitzers unmöglich[18].

Am deutlichsten zeigt die Geschichte der englischen Landwirtschaft die Wirkungen hoher und niedriger Getreidepreise. In einer Zeit der hohen Getreidezölle und Getreidepreise sind die englischen Bauern zugrunde gegangen. Im Getreideanbau erwies sich der Groß-

18 Vergleiche David, *Landwirtschaft und Sozialismus*, Berlin 1903. Die Hoffnung Davids, daß in der europäischen Landwirtschaft der Kleinbetrieb den Großbetrieb verdrängen werde, beruhte auf der Erwartung, daß das Sinken der Getreidepreise die Rentabilität des Großbetriebs zerstören, das Steigen der Nachfrage nach den Erzeugnissen bäuerlicher Vieh- und Geflügelzucht, Milchwirtschaft, Gemüsekultur die Lebensfähigkeit des Kleinbetriebes steigern werde. Dieser Hoffnung ist schon durch die Getreideteuerung auf dem Weltmarkt ihre Stütze entzogen worden. Wird der Getreidepreis im Inland durch die Zölle noch über den Weltmarktpreis hinaufgetrieben, dann ist die Verdrängung des Großbetriebes natürlich erst recht nicht zu erwarten. Über die Überlegenheit des Großbetriebes im Getreidebau vergleiche Kautsky, *Die Agrarfrage*. Stuttgart 1899.

betrieb dem Kleinbetrieb überlegen, an die Stelle der verdrängten Kleinbauern traten große kapitalistische Pächter. Im Jahre 1836 hieß es bereits, es gebe in England keine Bauern mehr. Im Jahre 1846 wurden dann die Getreidezölle abgeschafft, und seit dem Ende der siebziger Jahre begannen die Getreidepreise infolge der großen amerikanischen Importe schnell zu sinken. Jetzt wurde der Getreidebau eingeschränkt, während Viehzucht, Gemüsebau, Geflügelzucht, Obstbau zunahmen. Nun gewann der Kleinbetrieb wieder auf Kosten des Großbetriebs Raum. Sein Fortschreiten zeigt uns die landwirtschaftliche Betriebsstatistik:

Anzahl der Betriebe von	1885	1895	Differenz
0,25 bis 5 Acres	124.298	149.877	+ 25.579
5 bis 50 Acres	170.431	170.591	+ 160
50 bis 100 Acres	44.893	46.574	+ 1.681
100 bis 300 Acres	59.180	60.381	+ 1.201
300 bis 500 Acres	11.452	11.112	− 340
500 Acres	4.696	4.466	− 230

Während die englischen Bauern bei hohen Getreidezöllen und Getreidepreisen zugrunde gegangen sind, ist unter der Herrschaft des Freihandels bei niederen Getreidepreisen die Zahl der Kleinbetriebe gestiegen, die Zahl der Großbetriebe gesunken[19].

Diese Erwägungen gelten allerdings nur für die Getreidezölle. Von den Gewinnen aus den Viehzöllen und Vieheinfuhrverboten fließt wohl ein etwas größerer Teil den Kleinbetrieben zu. Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung verteilt sich unser Viehstand auf die verschiedenen Betriebsgrößen in folgender Weise:

Landwirtschaftliche Betriebe mit einer produktiven Fläche von	Zahl der Betriebe mit Rindern	Zahl der Rinder in diesen Betrieben	Auf einen Betrieb entfallen Rinder
weniger als 2 Hektar	718.500	1,232.007	1,7
2 bis 5 Hektar	715.610	1,975.503	2,8
5 bis 20 Hektar	595.932	3,343.032	5,6
20 bis 100 Hektar	136.357	1,795.130	13,2
mehr als 100 Hektar	12.101	679.536	56,2
	2,178.500	9,025.208	4,1

19 Levy, *Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebes in England,* Berlin 1904.

Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sind an der Viehwirtschaft gewiß in höherem Maße beteiligt als an dem Getreidebau. Doch ist es gewiß, daß die 718.500 Zwergbetriebe mit ein bis zwei Rindern aus der Vieh- und Milchteuerung keinen Gewinn ziehen, daß auch noch weitere 715.610 Kleinbetriebe mit zwei bis drei Rindern an der Fleischteuerung nicht, an der Milchteuerung nur in geringem Maße interessiert sind. Von 2,178.500 Betrieben mit Rinderhaltung haben also 1,434.110 an der Verteuerung der Erzeugnisse der Viehwirtschaft kein oder nur ein geringfügiges Interesse – nur einem Drittel der Betriebe fließt auch dieser Gewinn zu.

So dient die agrarische Zollpolitik nur den Interessen der Großgrundbesitzer und Großbauern. Ihre Kosten müssen die arbeitenden Volksmassen in Stadt und Land zahlen. Die Sozialdemokratie steht darum im energischen Kampf gegen die agrarische Zollgesetzgebung. Schon bei der Beratung des Zolltarifs im Jahre 1906 hat Abgeordneter Seitz die Streichung der Getreidezölle beantragt. Sein Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Als nun die Getreidepreise schnell stiegen, hat der Sozialdemokratische Verband die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle im Antrag Schrammel beantragt; der Antrag wurde am 28. November 1907 abgelehnt. Die Forderung wurde erneuert in der Resolution Seitz bei der Beratung des Budgets. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit nahm aber am 23. Juni 1909 den Verschleppungsantrag Steinwender an, durch den der Antrag Seitz dem Budgetausschuß zugewiesen wurde. Er wurde dort natürlich begraben. Der Sozialdemokratische Verband stellte die Forderung zum viertenmal im Antrag Hanusch (Oktober 1907); diesmal stellte der christlichsoziale Abgeordnete Fink den Verschleppungsantrag, die Sache dem zu wählenden Teuerungsausschuß zuzuweisen[20].

Ebenso haben die sozialdemokratischen Abgeordneten auch die Aufhebung der Vieh- und Fleischeinfuhrverbote gefordert. Solange und soweit diese Verbote ohne Gefährdung der Gesundheit unseres

20 Dem Einwand, daß die ungarische Regierung ihre Zustimmung zur Aufhebung der Getreidezölle verweigern werde, trug Abgeordneter Hanusch durch den Eventualantrag Rechnung, die österreichische Regierung möge in diesem Falle im Ausland Getreide kaufen und es zum Selbstkostenpreis nach Abzug von 63,6 Prozent des Zollbetrages an die österreichischen Mühlen abgeben. Das würde die Regierung nichts kosten, da sie für je 100.000 Kronen Zoll, die an die Reichskasse abgeführt werden, 63.600 Kronen an Quotenbeitrag erspart. Ungarn hat kein Recht, eine solche Maßregel zu hindern. Sie käme in ihren Wirkungen einer Ermäßigung der Getreidezölle um 63,6 Prozent gleich.

Viehs nicht aufgehoben werden könnten, sollten wenigstens an den Reichsgrenzen staatliche Schlachthäuser errichtet, das ausländische Vieh in diese Schlachthäuser gebracht, das Fleisch in Kühlwagen in die größeren Konsumtionszentren geschafft werden. Auf diese Weise könnte ausländisches Fleisch eingeführt werden, ohne daß wir die Einschleppung von Tierseuchen befürchten müßten. Diese Forderung war sowohl in den Anträgen Schrammel-Renner als auch im Antrag Hanusch enthalten. Auch ihre Erfüllung ist am Widerstand der Agrarier und an der Lässigkeit der bürgerlichen Städtevertreter gescheitert. Nur im Handelsvertrag mit Rumänien wurde ein kleines Zugeständnis gewährt.

Unser Kampf gegen die Agrarzölle ist ein Kampf für die gesunde Volksernährung, ein Kampf für die Volksgesundheit. Er ist zugleich ein Kampf gegen die Schranken, die die agrarische Wirtschaftspolitik der Entwicklung der Industrie gesetzt hat, ein Kampf für die freie Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte. Er ist schließlich ein Kampf gegen die Ausweitung der Grundrente auf Kosten des Arbeitslohnes, gegen die Ausbeutung der Volksmassen durch die Grundherrenklasse. So mündet auch dieser Kampf in das weltgeschichtliche Ringen um die Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung. Nicht als Freihändler, nicht als die Sachwalter der freien Konkurrenz führen wir den Kampf gegen die Getreidezölle. Wir führen ihn als die Sachwalter des Volkseigentums an Grund und Boden. Den Boden, des Volkes Urbesitz und Erbe, denen wiederzugeben, die ihn bebauen und seine Früchte verarbeiten – das ist das letzte Ziel des weltgeschichtlichen Krieges, der mit dem Kampf gegen die Agrarzölle beginnt.

Die Teuerung in Österreich

Österreich gehört heute zu den Ländern mit den höchsten Preisen. Sind die Warenpreise in allen Ländern gestiegen, so stiegen sie bei uns doch noch viel schneller als in den anderen Staaten. Das österreichische Preisniveau steht hoch über dem Preisniveau anderer Wirtschaftsgebiete. Wir haben geringere Löhne aber höhere Preise als die Staaten West- und Mitteleuropas.

Ist das Sondereigentum an Grund und Boden überall ein Hemmnis des technischen Fortschrittes in der Landwirtschaft, so ist diese Erscheinung in Österreich noch deutlicher fühlbar als in anderen

Ländern. Wir können unser Wirtschaftsgebiet in drei Hauptgebiete zerlegen: Die Sudetenländer (Böhmen, Mähren und Schlesien) und Niederösterreich sind unser wichtigstes Industriegebiet; ihm stehen zwei Agrargebiete gegenüber: einerseits die Alpen- und Karstländer, anderseits Ostösterreich (Galizien und die Bukowina). Nun sind die Alpenländer, obwohl sie überwiegend agrarischen Charakter tragen, keineswegs imstande, ihren Getreidebedarf selbst zu decken; nicht das Getreide ist ihr wichtigstes Erzeugnis, sondern Vieh, Milch, Butter, Holz, Mais, Wein. Aber die alpenländische Viehzucht und Forstwirtschaft sind technisch so rückständig, daß wir auch an diesen Erzeugnissen des alpenländischen Agrargebietes Mangel leiden. Die Deckung des Getreidebedarfes unserer Industriegebiete wäre also zunächst die Aufgabe der ostösterreichischen Landwirtschaft. Aber die Überschüsse der galizischen Getreideerzeugung über den Eigenbedarf des Landes sind selbst bei guten Ernten sehr klein; bei schlechten Ernten muß Galizien, ein rein agrarisches Land, selbst Getreide einführen. Hat doch im Frühjahr 1909 selbst der Polenklub die Aufhebung der Getreidezölle fordern müssen, weil Galizien die Einfuhr großer Mengen ausländischen Getreides zur Ernährung seiner Bevölkerung brauchte. So rächt sich die Mißwirtschaft der polnischen Schlachta und die furchtbare Armut und Unwissenheit der galizischen Bauern[21]. Da also weder die Alpenländer noch die östlichen Reichsländer den Lebensmittelbedarf unserer Städte und Industriegebiete decken können, müssen wir Lebensmittel aus anderen Staaten einführen. Obwohl noch die Hälfte unserer Bevölkerung der Land- und Forstwirtschaft zugehört, müssen wir einen größeren Teil unseres Lebensmittelbedarfes durch die Zufuhr aus anderen Staaten decken als das Deutsche Reich, von dessen Bevölkerung doch nur 28,6 Prozent der Land- und Forstwirtschaft zugehören[22]. Nun decken wir diesen Bedarf zunächst durch die Einfuhr aus Ungarn. Aber die ungarische Landwirtschaft leidet an ähnlichen Gebrechen wie die galizische. Je mehr unsere Bevölkerung wächst,

21 Auf ein Hektar der Anbaufläche entfiel im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1908 ein Ernteertrag von:

	Weizen	Roggen
	Zentner	
Niederösterreich	16,0	14,3
Böhmen	16,1	13,6
Galizien	10,7	9,1

22 Vgl. Otto Bauer, *Österreichs Wirtschaftspolitik und der Dualismus*, in: *Der Kampf*, I., Seite 63 ff.

desto weniger kann Ungarn unseren Bedarf an Lebensmitteln befriedigen, desto mehr Lebensmittel müssen also aus anderen Staaten eingeführt werden. Diese Einfuhr wird schon durch das Steigen der Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt verteuert. Sie wird durch die Getreidezölle und durch die Vieheinfuhrverbote teils noch weiter verteuert, teils geradezu verhindert. Auf diese Tatsachen ist die Lebensmittelteuerung in Österreich zurückzuführen.

Die Lebensmittelteuerung in Österreich hat also folgende Ursachen: 1. die technische Unzulänglichkeit der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft und Viehzucht; 2. die Tatsache, daß gerade in dem Zeitpunkt, in dem wir stetig steigende Mengen von Lebensmitteln aus dem Ausland einführen müssen, die Preise dieser Lebensmittel auf dem Weltmarkt steigen; 3. die Tatsache, daß die Preise der Lebensmittel im Inland durch die Zölle und Einfuhrverbote hoch über die ohnehin hohen Weltmarktpreise hinaufgetrieben werden. Die zweite dieser Ursachen entzieht sich völlig dem Einflusse der österreichischen Gesetzgebung. Die technische Unzulänglichkeit der Landwirtschaft kann nur allmählich behoben werden. Die Zölle und Einfuhrverbote aber beruhen nur auf der Gesetzgebung; hier ist also der Hebel, an dem angesetzt werden muß, wenn durch Maßnahmen der Gesetzgebung die Lebensmittelpreise ermäßigt werden sollen.

Aber nicht nur die Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Viehzucht, auch die Industrieprodukte sind in Österreich außerordentlich teuer. Die hohen Preise der Industrieprodukte sind auf die überaus hohen Erzeugungs- und Transportkosten zurückzuführen. Unser Wirtschaftsgebiet ist arm an industriellen Rohstoffen; und die Reichtümer, die es einschließt – Wasserkräfte, Erdöl, Holz – werden nicht ausgenützt. Unsere Industrie liegt weit vom Meere; sie entbehrt des Vorteils der billigen Wasserfracht; die Kosten des Landtransports sind desto höher, da das Hochgebirge, das unsere Industriegebiete vom Meer trennt, die Kosten des Bahnbaues erhöht. Eine Wiener Fabrik konnte eine Zeitlang ihre Waren billiger über Hamburg nach Argentinien schaffen als nach Czernowitz. So ist sowohl die Zufuhr von Rohstoffen in unsere Fabriken als auch der Transport der Industrieprodukte von den Fabriken zu den Verbrauchern teurer als in andere Ländern[23]. Die hohen Erzeugungskosten verteuern unsere Industrieprodukte.

23 Vgl. Hertz, *Bedingungen und Kosten der industriellen Produktion in Österreich.* Vortrag in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte.

Zu den Mängeln der natürlichen Beschaffenheit unseres Wirtschaftsgebietes gesellen sich die Sünden der Gesetzgebung. Durch die Kartellschutzzölle wurden die Arbeitsmittel unserer Industrie verteuert. Die Regierung der Gegenrevolution hat die Staatseisenbahnen um ein Spottgeld an mächtige Kapitalistengruppen verkauft; sie mußten ein halbes Jahrhundert später teuer zurückgekauft werden[24]. Der Bau der notwendigen Wasserstraßen wird auf Wunsch der Agrarier verschleppt.

Die hohen Erzeugungskosten unserer Industrie haben aber noch eine andere Ursache. Unser Wirtschaftsgebiet ist klein, seine Bevölkerung arm, ihre Kaufkraft für Industrieprodukte durch die hohen Lebensmittelpreise verringert. Bleibt unsere Industrie auf den inneren Markt angewiesen, dann sind ihrer Ausdehnung enge Grenzen gesetzt. Unsere Fabriken sind klein; je kleiner der Betrieb, desto höher die Erzeugungskosten. Die Zahl der Betriebe in jedem Zweige der Industrie ist klein, eine zweckmäßige Spezialisierung, durch die die Erzeugungskosten gesenkt werden, ist daher nicht möglich. Die geringe Ausdehnung unserer Industrie ist eine der wichtigsten Ursachen für ihre allzu hohen Erzeugungskosten[25]. Diese Schwierigkeit kann nur dann überwunden werden, wenn die Ausdehnung unserer Industrie ermöglicht wird, indem ihr auswärtige Märkte erschlossen werden. Die agrarische Wirtschaftspolitik macht dies unmöglich. Die Agrarstaaten beantworten unsere Zölle auf ihr Getreide und unsere Einfuhrverbote für ihr Vieh mit Zöllen auf unsere Industrieprodukte. So wird die Ausdehnung unserer Industrie gehemmt, wir müssen die Vorteile der Massenproduktion entbehren. Die agrarische Zollpolitik verteuert uns also nicht nur die Lebensmittel, sondern mittelbar auch die Industrieprodukte. Neben der Zollpolitik hindern auch andere Maßnahmen der Gesetzgebung die Entwicklung unserer industriellen Produktivkräfte. In unserer Steuergesetzgebung, in unserer Gewerbegesetzgebung, im Wasserrecht, in den Bauordnungen, in unserer bürokratischen Verwaltungsorganisation liegen so manche Fesseln unserer wirtschaftlichen Entwicklung verborgen.

Wir können also die Ursachen der Verteuerung unserer industriellen Produktion in drei Gruppen einreihen: 1. die von der

24 Vergleiche Paul Kar, *Zur Fortsetzung der Eisenbahnverstaatlichung*, in: *Der Kampf*, I., Seite 217 ff.

25 Eine kurze Zusammenstellung der Ursachen, warum die Erzeugungskosten desto größer sind, je kleiner das Wirtschaftsgebiet, siehe Otto Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, in: *Marx-Studien, II.*, Seite 177 ff. *(Hier Seite 233 ff.)*

Natur aus ungünstigen Produktionsbedingungen in unserem Wirtschaftsgebiet; 2. die Verteuerung der Arbeitsmittel, insbesondere durch die Kartellschutzzölle; 3. die technische Rückständigkeit der Industrie infolge ihrer zu geringen Ausdehnung und zu langsamen Entwicklung, die hauptsächlich auf die agrarische Zollpolitik zurückzuführen ist. Die erste dieser Hauptursachen können wir nicht aufheben. Wohl aber können die zweite und dritte Hauptursache durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung bekämpft werden. Als die wichtigsten dieser Maßnahmen sind die Aufhebung der Kartellschutzzölle, der Agrarzölle und der agrarischen Einfuhrverbote anzusehen.

Der Kampf gegen die Ursachen der Teuerung muß also vor allem als ein Kampf um die Umgestaltung unserer Zoll- und Handelsgesetzgebung geführt werden. In diesem Kampfe stoßen wir aber auf große Schwierigkeiten, die aus unserer wirtschaftlichen Gemeinschaft mit Ungarn hervorgehen.

Österreich und Ungarn bilden ein gemeinsames Zollgebiet. Österreichische Industrieprodukte können nach Ungarn, ungarisches Getreide, Mehl und Vieh nach Österreich eingeführt werden, ohne einen Zoll entrichten zu müssen. Bis zum Jahre 1917 ist die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes durch die Ausgleichsgesetze vom Jahre 1907 gesichert. Doch gibt es diesseits wie jenseits der Leitha starke Parteien, die wünschen, daß das Zollgebiet im Jahre 1917 getrennt werden solle. Die österreichischen Agrarier wünschen, daß auch ungarische Lebensmittel bei der Einfuhr nach Österreich mit hohen Zöllen belegt werden. Die ungarischen Fabrikanten möchten gern österreichische Industrieprodukte durch hohe Zolle vom ungarischen Markte fernhalten. Diesen Bestrebungen muß die Arbeiterklasse Österreichs tatkräftigen Widerstand entgegensetzen.

Ungarn ist unsere weitaus wichtigste Bezugsquelle für Lebensmittel. Im Jahre 1907 wurden nach Österreich eingeführt:

	Aus Ungarn	Aus dem Zollausland
	Meterzentner	
Getreide	17,171.904	1,078.159
Mehl	7,514.886	15.041
Gemüse	1,631.208	1,400.761
Milch	557.344	118.117
Schweinefett	152.217	26.384
Fleisch und Würste	122.073	3.544

Außerdem wurden aus Ungarn 779.029 Stück, aus dem Zollausland nur 39.923 Stück Schlacht- und Zugvieh eingeführt.

Würden auch noch von ungarischen Lebensmitteln an unserer Grenze Zölle eingehoben, dann würde die Teuerung in Österreich noch furchtbar gesteigert werden.

Ungarn ist aber auch der wichtigste Absatzmarkt unserer Industrie. Im Jahre 1907 hat Österreich ausgeführt:

	Nach Ungarn	Ins Zollausland
	Meterzentner	
Baumwollgarne	133.111	43.780
Baumwollwaren	549.157	125.439
Wollenwaren	147.880	68.327
Kleider und Wäsche	56.497	40.302
Papier	445.339	580.437
Leder	103.404	19.314
Möbel	68.924	191.611
Glas und Glaswaren	421.872	756.662
Steinwaren	579.615	710.396
Tonwaren	1,005.501	710.021
Eisen und Eisenwaren	1,656.366	2,137.427
Maschinen und Apparate	439.709	267.375
Chemische Produkte	880.262	873.594

Würden Zollschranken zwischen Österreich und Ungarn errichtet, dann würde unsere Industrie einen großen Teil dieses Absatzes verlieren. Eine furchtbare Krise, Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, dauernde Hemmung unserer industriellen Entwicklung wären die Wirkungen der Zolltrennung. Es ist daher selbstverständlich, daß die österreichische Arbeiterschaft alle Kraft daransetzen muß, die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes gegen die Trennungsgelüste der österreichischen Agrarier und der ungarischen Fabrikanten zu verteidigen.

Aber so nützlich die wirtschaftliche Gemeinschaft mit Ungarn auch ist, so groß sind doch auch die Hindernisse, die sie unseren wirtschaftspolitischen Bestrebungen bereitet. Da Österreich und Ungarn ein Zollgebiet bilden, bedürfen unsere Zolltarife und unsere Handelsverträge nicht nur der Zustimmung des österreichischen Reichsrates, sondern auch der Zustimmung des ungarischen Reichstages. Ungarn ist aber ein Agrarstaat, der von der Grundherrenklasse beherrscht wird. Da nun die Zolltarife und Handelsverträge für das gemeinsame Zollgebiet immer nur durch einen Kompromiß

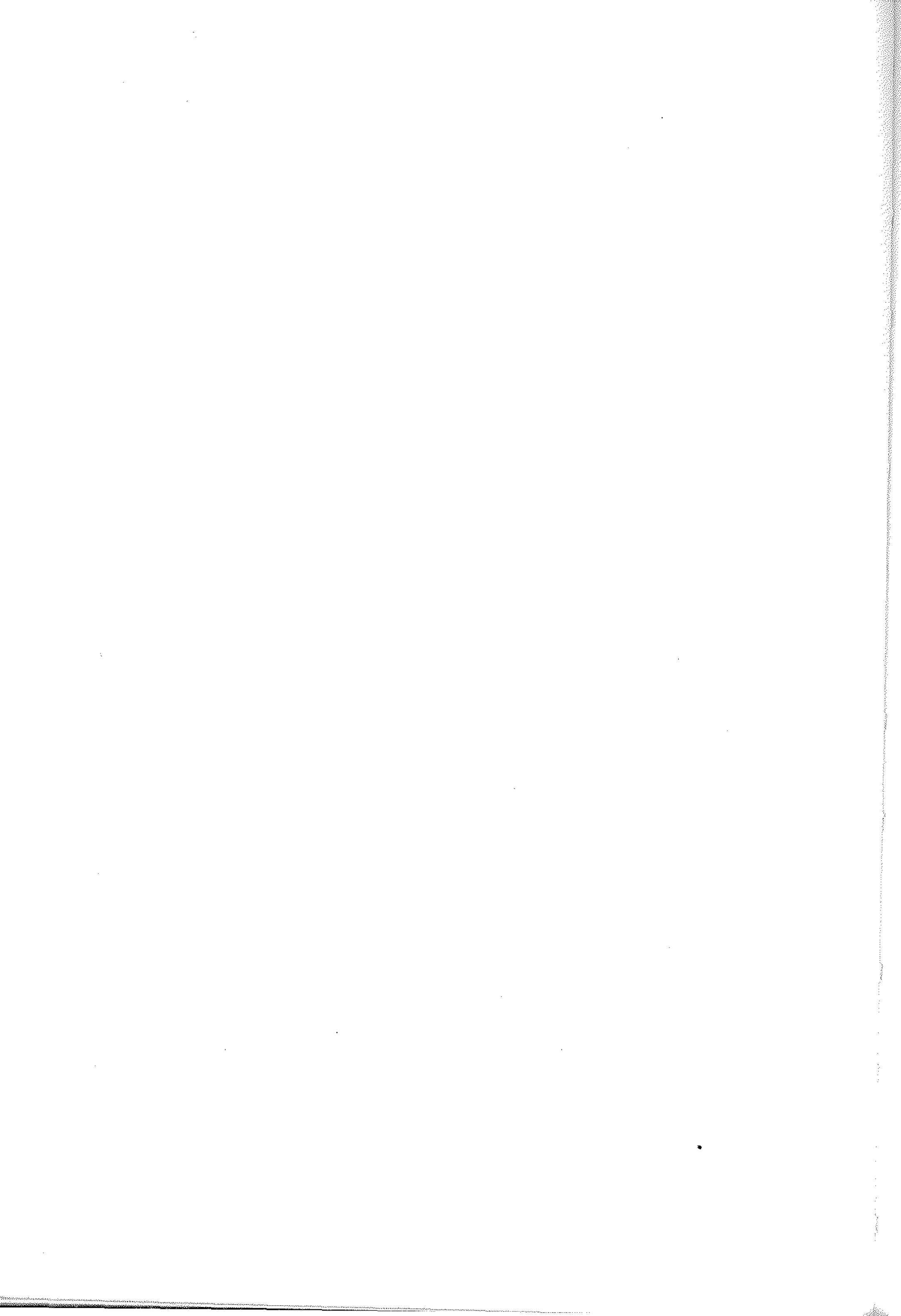
zwischen der österreichischen und der ungarischen Gesetzgebung zustandekommen können, sorgt für die agrarischen Interessen schon der Einfluß Ungarns; soll das Interesse der Verbraucher nicht unvertreten bleiben, dann muß es bei der österreichischen Gesetzgebung Schutz finden. Dieser Schutz hat uns aber stets gefehlt. Auch das österreichische Parlament wird von den Agrariern geführt, auch die österreichische Regierung von ihnen beeinflußt. So haben sich die österreichischen und die ungarischen Agrarier gegen die Verbraucher verbündet. Sollen die Interessen der Verbraucher bei der Erneuerung des Zolltarifs und der Handelsverträge, die im Jahre 1917 erfolgen muß, überhaupt berücksichtigt werden, dann müssen wir dafür sorgen, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Macht der Agrarier wenigstens in Österreich gebrochen wird. Wird dann bei den Vertragsverhandlungen das Interesse der Verbraucher von der österreichischen, das Interesse der Agrarier von der ungarischen Regierung vertreten, dann wird aus diesen Verhandlungen ein erträglicheres Kompromiß hervorgehen als heute, wo die österreichische Regierung nicht weniger als die ungarische von den Agrariern kommandiert wird.

Wir werden den ungarischen Agrariern desto größere Zugeständnisse abringen, je weniger abhängig wir von ihnen sind. Wir können aber unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von Ungarn nur dadurch verringern, daß wir auch außerhalb Ungarns Absatzmärkte für unsere Industrieprodukte und Bezugsquellen für Lebensmittel finden. Darum ist die Förderung unseres Warenverkehrs mit allen Agrarstaaten, die unsere Industrieprodukte kaufen und uns Lebensmittel liefern können, eine unserer wichtigsten Aufgaben. Die Abschließung von Handelsverträgen mit solchen Agrarstaaten ist das wichtigste Mittel dazu. Die Arbeiterklasse hat das größte Interesse daran, daß Handelsverträge mit den Balkanstaaten und mit den aufstrebenden südamerikanischen Republiken (Argentinien) abgeschlossen werden.

Wenn die Teuerung, die auf dem Weltmarkt herrscht, in Österreich noch durch die Wirtschaftsgesetzgebung verschärft wird, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die Volksmassen in Österreich bisher den Fragen der Wirtschaftsgesetzgebung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben, daß sie Agrarier und Kartellmagnaten ruhig schalten und walten ließen. Der agrarische Zolltarif vom Jahre 1906 hätte nie beschlossen werden können, wenn nicht die bürgerlichen Vertreter der Städte und Industriegebiete die Interessen ihrer Wählerschaft preisgegeben und die Wählermassen selbst

dies teilnahmslos hätten geschehen lassen. Wollen wir jedoch unsere Zukunft sichern, dann müssen wir dafür sorgen, daß sich solche beschämende Erscheinungen nicht wiederholen können. Wir müssen die Völker Österreichs zu wirtschaftspolitischem Denken erziehen.

Im Jahre 1917 muß unsere ganze Zollgesetzgebung revidiert, ein neuer autonomer Zolltarif beschlossen, die meisten Handelsverträge erneuert werden. Sieben Jahre sind im Leben der Völker eine kurze Zeit. Nützen wir sie, die Aufklärung über die Ursachen der Teuerung in die Volksmassen zu tragen.



Die Arbeiterklasse und die Teuerung

Arbeitslohn und Warenpreis

Allen Klagen über die Teuerung setzen die Kapitalisten und die Agrarier immer wieder die Behauptung entgegen, die Arbeiter selbst hätten die Teuerung herbeigeführt. Die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Verkürzung der Arbeitszeit hätten die Herstellungskosten der Waren erhöht; darum seien die Unternehmer gezwungen, für ihre Waren höhere Preise zu fordern. Nicht die Kapitalisten und die Grundbesitzer beuten die Bevölkerung aus; die Arbeiter selbst seien die wahren Ausbeuter; ihre unmäßigen Lohnforderungen seien die Ursache der Teuerung.

Es ist gewiß richtig, daß unsere Gewerkschaften den Arbeitern vieler Gewerbezweige höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit errungen haben. Aber die Herstellungskosten der Waren sind keineswegs in demselbem Maße wie die Löhne der Arbeiter gestiegen. Das Verhältnis zwischen der Höhe der Arbeitslöhne und der Größe der Erzeugungskosten bedarf einer tiefer dringenden Untersuchung.

Zunächst muß an die bekannte Tatsache erinnert werden, daß mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und mit der Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigt. Als zum Beispiel in der optischen Werkstatt von Zeiß in Jena die Arbeitszeit von neun auf acht Stunden herabgesetzt wurde, stieg die Arbeitsleistung der Arbeiter in der Arbeitsstunde sofort um 16,5 Prozent; dreißig Arbeiter erzeugen jetzt in acht Stunden so viele Waren wie früher einunddreißig Arbeiter in neun Stunden. In den Schwefelsäurefabriken der belgischen *Société des Produits Chimiques* wurde im Jahre 1892 von der zwölfstündigen zur achtstündigen Schicht übergegangen; nach wenigen Monaten gelang es den Arbeitern, in der achtstündigen Schicht mit denselben Öfen und Rohstoffen ebensoviel an gerösteter Blende herzustellen wie früher in zwölfstündiger Schicht. In der Maschinenfabrik von Mather u. Platt in Salford bei Manchester, die 12.000 Arbeiter beschäftigt, wurde im Jahre 1893 die wöchentliche Arbeitszeit von 53 auf 48 Stunden verkürzt; die

Erzeugung ist trotzdem etwas gestiegen. In den staatlichen Werkstätten in England arbeiten seit 1894 18.641 Mann, die früher 53¾ Stunden wöchentlich gearbeitet hatten, nur noch 48 Stunden; der amtliche Bericht des englischen Kriegsministers sagt über die Wirkungen dieser Verkürzung der Arbeitszeit, daß weder die Erzeugungskosten gestiegen sind, noch der Ertrag sich verringert hat. Der Gewerbeinspektor für Unterelsaß berichtet, daß beim Übergang vom zwölf- zum elfstündigen Arbeitstag die Arbeitsleistung für den Webstuhl und den Arbeitstag je nach der Qualität des verwendeten Garns um 6,8 bis 19 Prozent gestiegen ist[1]. Je besser sich der Arbeiter ernährt, je mehr Zeit ihm zur Erholung bleibt, je gesünder er an Körper und Geist ist, desto größer ist seine Leistungsfähigkeit bei der Arbeit. Diese Tatsache war schon Adam Smith bekannt; seit dem Erscheinen von Brentanos berühmtem Schriftchen *Über das Verhältnis von Arbeitszeit und Lohn zur Arbeitsleistung* ist sie auch in deutschen Landen allen Gebildeten bekannt. In welchem Grade die Arbeitsleistung des Arbeiters durch die Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen gesteigert wird, hängt freilich von der technischen Natur des Arbeitsprozesses ab. So schließt zum Beispiel der Arbeitsprozeß in der Weberei viel mehr Arbeitspausen ein als in der Spinnerei. Daß der gut entlohnte, gesunde Arbeiter mit kürzeren Arbeitspausen auskommt als der schlecht ernährte und übermüdete Lohnsklave, ist daher für die Weberei viel wichtiger als für die Spinnerei. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat daher in der Weberei auf die Menge der erzeugten Ware überhaupt keinen Einfluß gehabt, während in der Spinnerei zunächst doch ein kleiner Produktionsausfall eingetreten ist, der erst allmählich überwunden wurde. Neben der Technik des Arbeitsverfahrens spielen auch noch das allgemeine Kulturniveau der Arbeiter, die Löhnungsmethoden, die Betriebsorganisation eine Rolle. Im allgemeinen kann man aber gewiß sagen, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters desto größer ist, je höher der Lohn und je kürzer die Arbeitszeit. Schon darum ist es falsch, zu glauben, daß mit dem Steigen der Arbeitslöhne auch die Erzeugungskosten der Waren gestiegen sind.

Aber selbst wo die Lohnerhöhung durch das Steigen der Arbeitsleistung nicht ganz ausgeglichen wird, steigen doch die Erzeugungskosten niemals in demselben Maße wie die Löhne. Das von dem Unternehmer in der Erzeugung aufgewendete Kapital zerfällt ja stets in zwei Teile: in das variable Kapital *(Lohnkapital)*, das zur

1 Vgl. Bernhard, *Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit*, Leipzig 1909.

Zahlung der Arbeitslöhne verwendet wird, und das konstante Kapital *(Sachkapital)*, das zum Ankauf und zur Erneuerung der Arbeitsmittel (Arbeitsstätte, Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe und so weiter) dient. Vom Verhältnis dieser beiden Bestandteile des Kapitals zueinander hängt es ab, in welchem Ausmaße die Erhöhung der Lohnkosten die Gesamthöhe der Erzeugungskosten beeinflußt. Kostet zum Beispiel den Unternehmer die Herstellung einer Ware hundert Kronen, wovon dreißig Kronen auf Arbeitslöhne und siebzig Kronen auf alle sonstigen Herstellungskosten entfallen, und zwingt nun die Gewerkschaft den Unternehmer, den Arbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung zuzugestehen, dann steigen die Lohnkosten von dreißig auf dreiunddreißig Kronen, die gesamten Herstellungskosten von hundert auf hundertdrei Kronen. In diesem Falle werden also die Herstellungskosten nur um drei Prozent erhöht, während die Arbeitslöhne um zehn Prozent gestiegen sind. Eine zehnprozentige Lohnerhöhung könnte also nur eine dreiprozentige Preiserhöhung begründen – um wieviel müßten die Arbeitslöhne gestiegen sein, damit ihre Erhöhung die gewaltige Preissteigerung der letzten Jahre begründen könnte, die bei vielen Waren dreißig, fünfzig und hundert Prozent beträgt.

In der Tat ist der Preis der wichtigsten Waren von der Höhe der Arbeitslöhne im Inlande vollständig unabhängig. Betrachten wir zum Beispiel den Preis des Zuckers. Das Zuckerkartell beherrscht den Markt. Es verkauft seine Ware so teuer, als es nur kann; es setzt also den Preis stets gerade so hoch fest, daß es die inländischen Händler nicht vorziehen, Zucker aus dem Ausland zu beziehen. Der Zuckerpreis im Inland ist also immer um eine Kleinigkeit niedriger als die Summe des Weltmarktpreises, der Frachtkosten und des Zolls. Werden nun die Arbeitslöhne in den Zuckerfabriken erhöht, dann kann das Zuckerkartell seine Ware trotzdem nicht teurer feilbieten; würde es mehr verlangen als den Einfuhrpreis ausländischen Zuckers, dann würden ja die Händler nicht österreichischen, sondern ausländischen Zucker kaufen, das österreichische Kartell könnte seine Ware nicht absetzen. Werden die Arbeitslöhne in den Zuckerfabriken herabgesetzt, dann sinkt der Zuckerpreis trotzdem nicht. Solange das Kartell den Markt beherrscht, wird es seine Machtstellung ausnützen und den Zuckerpreis immer um eine Kleinigkeit unter der Summe des Weltmarktpreises, der Frachtkosten und des Zolls halten. Ebenso wie mit dem Zucker steht es mit allen kartellierten Waren (zum Beispiel dem Eisen) und mit den Bodenprodukten, insbesondere dem Getreide. Ebenso ist der Kohlenpreis

durch die Summe des Bezugspreises für ausländische Kohle und der Transportkosten begrenzt; erlangen die österreichischen Kohlenknappen einmal höhere Löhne, dann können die Kohlengrubenbesitzer trotzdem die Kohle nicht teurer verkaufen, solange deutsche Kohle zu unverändertem Preise feilgeboten wird und die Transportkosten für fremde Kohle unverändert bleiben. Wo also der Preis der Waren im Inland durch den Preis konkurrierender ausländischer Waren bestimmt wird, ist er von den Arbeitslöhnen im Inland vollständig unabhängig. Kein denkender Mensch kann das Steigen der Zucker-, Eisen- und Getreidepreise auf das Steigen der Arbeitslöhne zurückführen.

Indessen wollen wir nicht leugnen, daß bei manchen anderen Waren die Erhöhung der Arbeitslöhne auf den Warenpreis einen gewissen Einfluß auszuüben vermag. Nehmen wir zum Beispiel an, die Löhne der Schneider seien erhöht worden, während in allen anderen Produktionszweigen die Arbeitslöhne unverändert blieben. Der Preis der Kleider wird trotzdem nicht sofort steigen; er hängt ja von Angebot und Nachfrage ab, und auf die Höhe des Angebotes und der Nachfrage hat die Lohnerhöhung keinen fühlbaren Einfluß ausgeübt. Die Konfektionsfirmen werden also die Kleider zunächst zum unveränderten Preis wie früher verkaufen müssen, obwohl die Erzeugungskosten gestiegen sind. Daher werden die Profite der Konfektionäre sinken. Die Kleiderkonfektion wird in den Kreisen der Kapitalisten als *schlechtes Geschäft* bekannt sein. Jeder Kapitalist wird sich hüten, neues Kapital in diesem Erwerbszweig anzulegen. Die Zahl der Konfektionsfirmen, die Größe ihrer Geschäftsbetriebe wird lange Zeit unverändert bleiben. Indessen wächst die Bevölkerung, daher auch die Nachfrage nach Kleidern, während das Angebot unverändert bleibt. Nach einigen Jahren wird das Mißverhältnis zwischen dem unveränderten Angebot und der steigenden Nachfrage den Konfektionsfirmen die Möglichkeit schaffen, ihre Waren teurer zu verkaufen. So hat allerdings das Steigen der Arbeitslöhne schließlich doch das Steigen des Warenpreises herbeigeführt. Aber diese Wirkung konnte erst nach Jahren herbeigeführt werden und nur dadurch, daß die Verringerung der Profite in der von der Lohnerhöhung betroffenen Industrie eine Verschiebung in dem Verhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage herbeigeführt hat. Diese Wirkung wird dadurch herbeigeführt, daß das Kapital, das sonst der Konfektionsindustrie zugeströmt wäre, sich infolge der Lohnerhöhung gescheut hat, in diesem Gewerbszweig, der zeitweilig etwas geringere Gewinne abwirft, Verwertung zu

suchen. Was geschieht aber mit diesem Kapital? Es strömt anderen Industriezweigen zu, in denen die Löhne niedrig, die Preise hoch, die Profite groß sind, dehnt dort die Produktion aus, vermehrt das Angebot. Nun sinken in diesen Industriezweigen die Warenpreise; und wenn sie nicht sinken, so stehen sie doch niederer, als sie stünden, wenn die Lohnerhöhung in der Konfektionsindustrie das Kapital nicht aus diesem Erwerbszweig verscheucht und in die anderen getrieben hätte. Die Erhöhung der Arbeitslöhne in einem einzelnen Produktionszweig kann ja nicht anderes bewirken als eine veränderte Verteilung des Kapitals auf die verschiedenen Produktionszweige. Eine solche Änderung der Kapitalverteilung mag in einem Produktionszweig die Preise erhöhen; aber sie kann dies nur, indem sie in anderen Produktionszweigen die Preise senkt oder doch ihr Steigen verhindert. Eine allgemeine Preissteigerung in fast allen Produktionszweigen kann auf diese Weise niemals herbeigeführt werden.

Nehmen wir nun an, die Arbeitslöhne seien nicht nur in einem einzelnen Produktionszweig, sondern in allen oder fast allen erhöht worden. Durch diese allgemeine Lohnerhöhung werden die Profite der Unternehmer verkürzt. Nun kaufen die Unternehmer andere Waren als die Arbeiter. Die Arbeiter kaufen Lebensmittel, die Unternehmer Luxusgegenstände für ihren persönlichen Gebrauch und Arbeitsmittel für die Erweiterung ihrer Betriebe. Wenn nun der Arbeitslohn steigt, der Profit sinkt, dann steigt die Nachfrage nach Lebensmitteln, es sinkt aber auch die Nachfrage nach Luxusgütern und Arbeitsmitteln. Es steigen daher die Preise der Lebensmittel, während die Preise der Luxusgüter und der Arbeitsmittel sinken. Auch auf diese Weise kann also eine allgemeine Teuerung nicht erklärt werden. Das allgemeine Steigen der Arbeitslöhne kann nur erklären, daß die Preissumme gewisser Waren steigt, während die Preissumme der anderen Waren um denselben Betrag sinkt. Die Kaufkraft der Unternehmer wäre ja in dem angenommenen Fall um denselben Betrag verringert worden, um den die Kaufkraft der Arbeiterklasse vermehrt worden ist. Natürlich werden auch solche Preisverschiebungen schließlich ausgeglichen. Die Erzeugung von Lebensmitteln würde in einem solchen Fall ausgedehnt, die Erzeugung von Luxusgütern und Arbeitsmitteln eingeschränkt. Sehr bald würden wieder die Lebensmittelpreise zu sinken, die Preise der anderen Waren zu steigen beginnen.

Die Masse der Werte, die in einem Jahr in der ganzen Gesellschaft erzeugt werden, zerfällt in zwei Teile: den einen Teil bildet

die Summe der Arbeitslöhne, den anderen Teil nennen wir den *Mehrwert*[2]. Steigen die Arbeitslöhne, so wird darum nicht die Masse der Werte größer; sie ist ja durch die Größe der in dem Arbeitsjahr geleisteten gesellschaftlichen Arbeit bestimmt. Was sich ändert, ist nicht die Summe der Werte, sondern die Verteilung des Wertprodukts. Um den Betrag, um den die Lohnsumme steigt, sinkt der Mehrwert[3].

Diese Tatsache wird aber dadurch verdeckt, daß die kapitalistische Konkurrenz durch das Streben nach *Ausgleichung der Profitraten* beherrscht wird. Wenn also die Erhöhung der Arbeitslöhne in einem einzelnen Produktionszweig die Profitrate senkt, während die Profitrate in den anderen Produktionszweigen unverändert bleibt, oder wenn das Steigen der Arbeitslöhne und Sinken der Profite die Nachfrage nach Gegenständen erhöht, die vornehmlich von Arbeitern gekauft werden, und dadurch auch die Profitrate in jenen Produktionszweigen steigert, die diese Gegenstände erzeugen, während gleichzeitig die Nachfrage nach den Waren, die vornehmlich von Unternehmern gekauft werden, und dadurch auch die Profitrate der Produktionszweige gesenkt wird, die diese Waren erzeugen, dann wird allerdings das Kapital den Produktionszweigen mit erhöhter Profitrate zuströmen und sich von den Produktionszweigen mit geschmälerter Profitrate fernhalten. Es wird dann in einem Zweig der Produktion das Angebot gesteigert, der Preis gesenkt, in anderen Zweigen das Angebot verringert, der Preis erhöht. Lohnerhöhungen führen also in der Tat Preisveränderungen herbei, aber niemals eine allgemeine Preissteigerung, sondern steigende Preise auf der einen, sinkende auf der anderen Seite. Das Ergebnis dieser Preisveränderungen ist aber nur dies, daß der Mehrwert, der der ganzen Klasse der Besitzenden zufließt und dessen Größe durch die Lohnerhöhungen in jedem Fall geschmälert wurde, auf die einzelnen Schichten der Besitzenden anders als vorher verteilt wird, so daß die Kosten der Lohnerhöhung schließlich nicht nur von den Unternehmern eines Industriezweiges, sondern von der ganzen Unternehmerklasse getragen werden. Wie immer aber die Besitzenden die Mehr-

2 Der Mehrwert zerfällt wieder in folgende Teile: den Unternehmergewinn der Industriellen und der Kaufleute, den Zins des Leihkapitals, die Rente der Grundbesitzer und die Steuern, die Staat, Land und Gemeinde beziehen.

3 Die Lehre, daß die Erhöhung der Lohnsumme nicht das Steigen der Preissumme der Waren herbeiführen könne, beruht auf der Arbeitswerttheorie, nicht, wie Hainisch glaubt, auf der Quantitätstheorie über den Geldwert. Vgl. Hainisch, *Die Teuerung*, in: *Österreichische Rundschau*, 1909.

wertbeute untereinander verteilen, die Beute selbst wird durch die Lohnerhöhungen verkleinert[4].

Wie ist es nun zu erklären, daß die grundfalsche Ansicht, das Steigen der Arbeitslöhne sei die Ursache der allgemeinen Teuerung, in so weiten Kreisen verbreitet ist? Diese Erscheinung ist wohl darauf zurückzuführen, daß Lohnerhöhungen und Preissteigerungen sehr oft in dieselbe Zeit fallen. Ist der Geschäftsgang günstig, die Nachfrage nach Waren groß, dann steigen die Warenpreise. Erweitern die Unternehmer ihre Betriebe, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften groß, dann ist die Gelegenheit dem gewerkschaftlichen Kampfe günstig; die Arbeiter können höhere Löhne erringen. So fallen Preissteigerungen und Lohnerhöhungen oft in dieselbe Zeit, in die Zeit der Hochkonjunktur. Kindliche Menschen glauben dann, im Steigen der Arbeitslöhne die Ursache der Teuerung suchen zu müssen. In Wirklichkeit sind nicht die Lohnerhöhungen die Ursache der Preissteigerungen, vielmehr ist die Hochkonjunktur die gemeinsame Ursache beider. Bei steigender Nachfrage werden die Warenpreise auch dann erhöht, wenn sich die Arbeiter mit unveränderten Löhnen begnügen.

Die Irrlehre, daß die Begehrlichkeit der Arbeiter für die Teuerung verantwortlich sei, wird aber auch von den Kartellen planmäßig erzeugt. Gerade der Preis kartellierter Waren ist von den Arbeitslöhnen im Inlande vollständig unabhängig. Aber die Kartelle lieben es, Lohnerhöhungen als Ausrede zu mißbrauchen, wenn sie ihre Ware verteuern. Die Eisen-, Kohlen-, Zuckerbarone verteuern ihre Ware natürlich nur zu dem Zwecke, um den Arbeitern höhere Löhne zahlen zu können.

Im Herbst 1909 sind die Milchpreise in Wien durch eine Preisverabredung, ein primitives Kartell der Milchwirte und Milchhändler, erhöht worden. Die Milchverteuerer erklärten natürlich, sie müßten höhere Preise fordern, weil sie ihren Melkern höhere Löhne zahlen müßten. Sehen wir zu, wie es mit diesem Argument stand,

4 Vgl. Marx, *Lohn, Preis und Profit*, Frankfurt 1908. Eine genauere Analyse, die an dem Endergebnis übrigens wenig ändert, muß auch noch die Verschiedenheit der organischen Zusammensetzung des Kapitals in den verschiedenen Produktionszweigen berücksichtigen. Vgl. Marx, *Das Kapital*, III., 1., Seite 179 ff. Wie sich das Kapital auf die großen Zweige der gesellschaftlichen Produktion je nach dem Verhältnis des Einkommens der Arbeiterklasse zu dem der Kapitalistenklasse verteilen muß, stellt Marx im 20. und 21. Kapitel des II. Bandes des *Kapital* dar. Daß ein Mann wie Hainisch gegen die sozialistische Lohntheorie polemisiert, ohne sich mit diesen Lehren auseinanderzusetzen, ist bezeichnend.

und nehmen wir an, die Melker hätten so hohe Löhne errungen, daß die Milchwirtschaft nicht mehr profitabel gewesen wäre. Dann hätten viele Landwirte gewiß die Milchproduktion aufgegeben. Die Verringerung des Angebots hätte den Preis der Ware bei freiem Wettbewerb schließlich in die Höhe getrieben. So war es aber nicht. Bei freiem Wettbewerb blieb der Milchpreis unverändert. Der Preis stieg nicht durch die Einschränkung des Angebotes, sondern durch das Diktat des Milchkartells. Ganz zutreffend hat Herr Professor Häusler, ein Führer der Agrarier, die Steigerung der Milchpreise erklärt; er erzählte nämlich den Industriellen, die Verteuerung der Milch trete dort, nur dort ein, wohin die *Aufklärung* durch die Landwirtschaftsgesellschaft dringt. Diese *Aufklärung* besteht nämlich in der Anleitung zur Gründung lokaler Milchkartelle. Wo ein solches Kartell gegründet wird, dort diktiert es den Preis der Milch. Von aller Konkurrenz befreit, kann es den Preis der Milch hoch festsetzen, wenn auch die Löhne der Melker nicht gestiegen sind. Dieser Preis hat nur eine Grenze. Er darf nicht so hoch sein, daß es für die Händler vorteilhafter wird, Milch aus einem anderen, entfernteren Produktionsgebiet zu beziehen. Der Milchpreis ist also durch die Transportkosten der Milch, durch die Frachtsätze der Eisenbahnen begrenzt; von den Löhnen der Melker, die im Dienste der kartellierten Milchwirte stehen, ist er unabhängig. Die niederösterreichischen Milchwirte hätten uns, auch wenn keine Lohnerhöhungen eingetreten wären, einen höheren Milchpreis diktieren können, sobald sie sich zu einem Kartell vereinigt hätten; und sie müßten, selbst wenn die Löhne der Melker noch weiter stiegen, den Milchpreis ermäßigen, wenn die Bezugskosten böhmischer oder nordmährischer Milch herabgesetzt würden.

In der Tat streitet auch die Erfahrung gegen die Behauptungen der Agrarier und der Kartellmagnaten. Österreich hat niedrigere Arbeitslöhne, aber höhere Warenpreise als England. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind in den letzten Jahren schneller gestiegen als die der Industrieprodukte, obwohl die Löhne in der Landwirtschaft langsamer steigen als in der Industrie.

Jahrzehntelang hat die bürgerliche Welt der sozialistischen Kritik die Behauptung entgegengehalten, auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sei die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse möglich; das Sondereigentum an den Arbeitsmitteln hindere den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht. Heute müssen die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter in der Wissenschaft selbst zugeben, daß die Teuerung den Arbeitern einen großen Teil dessen

wieder geraubt hat, was sie sich in opfervollen Kämpfen erstritten haben; ja, durch die Mächtigkeit der proletarischen Organisationen geschreckt, gehen sie noch viel weiter als wir und behaupten gar, der Arbeiter müsse sich auf ewig mit erbärmlich niederen Löhnen begnügen, weil jede Lohnerhöhung die Warenpreise steigere, den Arbeitern selbst also die schwersten Opfer aufbürden müsse. Heißt das nicht, den Arbeitern alle Hoffnung rauben, daß sie innerhalb der bürgerlichen Welt sich jemals ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen könnten? Müßten nicht, gerade wenn das Argument der bürgerlichen Gegner richtig wäre, die Arbeiter alle Kraft daransetzen, eine Gesellschaftsordnung zu zertrümmern, welche keiner Arbeiterschicht eine Lohnerhöhung gönnt, die nicht von der Arbeiterklasse selbst gezahlt werden müßte?

Die Argumentation der bürgerlichen Gegner ist unrichtig. Die Erhöhung der Arbeitslöhne ist nicht die Ursache der Teuerung. Wahr aber ist, daß die Teuerung uns einen großen Teil der Errungenschaften raubt, die wir unseren Gewerkschaften verdanken. Wenn die Gewerkschaften den Lohn auf Kosten des Mehrwerts erhöhen, so dehnt die Teuerung wieder den Mehrwert auf Kosten des Lohnes aus. Wiesehr auch der gewerkschaftliche Kampf den Geldlohn gesteigert hat, so ist doch der Sachlohn viel langsamer gestiegen; in den letzten Jahren ist er zweifellos gesunken. Die Teuerung ist heute in der Tat das furchtbarste Hemmnis des Aufstieges der Arbeiterklasse, der Kampf gegen die Teuerung eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Der Kampf gegen die Teuerung

Durch die Teuerung wird der *Sachlohn* der Arbeiter verringert. Die erste Antwort der Arbeiterklasse auf die Preissteigerungen ist daher stets die Forderung nach höherem *Geldlohn*, damit der Sachlohn wieder auf die frühere Höhe gehoben werde. Lohnforderungen der Arbeiter sind nicht die Ursache, wohl aber die Wirkung der Teuerung.

In jüngster Zeit ist die Forderung aufgetaucht, den Wirkungen der Teuerung auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse durch die Fortbildung der zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge entgegenzuwirken. Es soll in die Tarifverträge die Bestimmung aufgenommen werden, daß der Geldlohn der Arbeiter automatisch steigt, wenn die Preise der wichtig-

sten Lebensmittel erhöht werden[5]. Auf diese Weise würden also die Lasten der Teuerung von den Arbeitern auf die Unternehmer abgewälzt. Aber so nützlich ein solcher Ausbau der Tarifverträge wäre, ist doch die Hoffnung sehr gering, daß solche Tarifverträge auch nur für einen beachtenswerten Teil der Arbeiterschaft errungen werden könnten. Mit den Kartellen und Trusts, deren Preispolitik eine der Ursachen der Teuerung ist, erstarken ja auch die Unternehmerverbände, die den Gewerkschaften die vereinigte Kraft der Unternehmerschaft entgegensetzen. Die Arbeiter werden also immer erst in harten, opfervollen Kämpfen Lohnerhöhungen erzwingen müssen, die sie für die Verteuerung der Lebensmittel entschädigen. Die erste Wirkung der Teuerung ist eine gewaltige Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Unternehmern und Arbeitern, die in der Verschärfung der gewerkschaftlichen Kämpfe ihren Ausdruck finden wird. Die erste aller Aufgaben, die die Teuerung uns auferlegt, ist die Stärkung unserer gewerkschaftlichen Organisationen. In einer denkwürdigen Aktion haben die österreichischen Gewerkschaften im Herbst 1909 Unternehmern und Arbeitern diese Bedeutung der Teuerung in Erinnerung gerufen.

Auf den Lohnkampf beschränkt sich aber die Aktion der Arbeiterklasse nicht. Durch den Ausbau der Konsumvereine sucht sie eine Machtorganisation zu schaffen, die den Zwischenhandel ausschalten und den unmittelbaren Kampf um die Preisbestimmung mit den Produzentenorganisationen aufnehmen soll. Die bürgerliche Welt fürchtet bereits den erstarkenden Feind. Heute rufen schon die Kleinhändler, und morgen werden auch die Großhändler nach Zwangsgesetzen gegen die Konsumvereine rufen. Und wenn sich heute die Bäckermeister über die *Hammerbrotwerke* aufregen, so werden sehr bald vielleicht Kartelle reicher Industrieller die gefährliche Konkurrenz der Eigenbetriebe unserer Konsumentenorganisationen fürchten. Auch durch die Entwicklung der Konsumvereine werden die Klassengegensätze verschärft[6].

Gleichzeitig sucht die Arbeiterklasse auch durch ihre politische Aktion der Teuerung entgegenzuwirken.

5 Adolf Braun, *Lebensmittelteuerung und Gewerkschaftsbewegung*, in: *Der Kampf*, III., Seite 177 ff.

6 Auf dem Zusammenwirken der Konsumenten beruht auch die Anwendung des Boykotts als eines Kampfmittels gegen Preiserhöhungen. Der Erfolg hängt natürlich von der Disziplin der Arbeiter, von der Kraft ihrer Organisation, von der wirtschaftlichen Macht der Gegner, von dem Grade der Ersetzbarkeit und Entbehrlichkeit der boykottierten Ware auf der einen, ihrer Aufbewahrbarkeit auf der anderen Seite ab. Vgl. Braun, *Der Boykott*, in: *Der Kampf*, II., Seite 408 ff.

In Österreich wird die Möglichkeit, durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung der Teuerung entgegenzuwirken, von breiten Bevölkerungsschichten zu hoch eingeschätzt. Unsere Bevölkerung ist gewöhnt, von einer vor kurzem noch überaus mächtigen Bürokratie am Gängelbande geführt zu werden; sie meint darum, die Bürokratie sei allmächtig, es sei in ihrer Macht gelegen, die Preise zu bestimmen. Die Festsetzung der Warenpreise durch die Behörden war ja in der Tat möglich, solange sich das Wirtschaftsleben im Rahmen einer kleinen Stadt oder eines kleinen Bezirkes abspielte. Heute aber ist die ganze Erde ein einziger Markt. Die Preise der Waren werden durch den Weltmarktpreis ausländischer Rohstoffe, durch die Preise konkurrierender ausländischer Waren, durch die täglichen Schwankungen der Weltkonjunktur beeinflußt. Diesem täglichen Auf und Ab gegenüber, dessen Schauplatz die ganze Erde ist, versagt die Kraft der Bürokratie. Der beste Wille der Beamten steht hilflos den komplizierten Kalkulationen gerissener Händler und Produzenten gegenüber. An dieser Tatsache scheitern alle Versuche behördlicher Preisfestsetzung; nur in verhältnismäßig seltenen Fällen können sie zu Erfolgen führen[7]. Das gilt natürlich auch vom Kleinhandel: kann der Staat Industriellen, Landwirten und Großhändlern den Preis nicht diktieren, so würde der Kleinhandel mit Waren, für die niedrige Preise durch die Behörden festgesetzt würden, überhaupt nicht handeln. Nur dort, wo durch kartellartige Preisverabredungen die Kleinhandelspreise hoch über die Großhandelspreise hinaufgetrieben werden, ist die Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinverschleiß möglich. Nur für diesen Fall wurde die Anwendung des § 51 der Gewerbeordnung in den Anträgen Schrammel und Hanusch gefordert. Ebenso aussichtslos wie die Festsetzung von Höchstpreisen durch die Behörden sind auch die anderen Versuche, durch besondere Gesetze die Bildung von Kartellen zu hindern; das amerikanische Beispiel beweist, daß Gesetze, die die Verbindung selbständiger Unternehmungen durch Kartellverträge verhindern oder erschweren, nur die völlige Verschmelzung dieser Unternehmungen zu Trusts beschleunigen.

Sind aber auch die Versuche, die Preise durch unmittelbares Staatsgebot zu regeln, aussichtslos, so bleiben doch dem Staate Mittel genug, die Preise mittelbar zu beeinflussen. Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem die Kartellschutzzölle und die Agrarzölle beseitigen, die Eisenbahn- und Schiffahrtstarife revidieren, alle Zweige

7 Vgl. Otto Bauer, *Der Staat und die Kartelle,* in: *Der Kampf,* II., Seite 73 ff.

unseres Steuersystems und unseres Verwaltungsrechtes in den Dienst einer die Ergiebigkeit der Arbeit fördernden Wirtschaftspolitik stellen. Jeder Versuch der Arbeiterklasse, auf diesem Boden Erfolge zu erzielen, stößt freilich auf den erbitterten Widerstand der an der Teuerung interessierten Klassen. Auch der politische Kampf gegen die Teuerung führt zur Verschärfung der Klassengegensätze.

Es wird lange währen, bis wir auf diesem Boden Erfolge erringen können. Der Rahmen unserer Zollgesetzgebung ist bis zum Jahre 1917 durch den Ausgleich mit Ungarn und die Handelsverträge festgelegt. Unsere hohen Eisenbahntarife sind die Folge alter Sünden der Verkehrspolitik. Unser Steuersystem kann nicht umgestaltet werden, solange es uns nicht gelingt, den Militarismus zur Bescheidenheit zu erziehen. Wir dürfen darum nicht erwarten, daß die politische Aktion gegen die Teuerung uns sofort fühlbare Erfolge bringt. Wir haben auch um jeden Fortschritt der Demokratie und der Arbeiterschutzgesetzgebung jahrelang ringen müssen. Wirksame Maßregeln gegen die Teuerung werden wir erst in jahrelanger politischer Arbeit erkämpfen müssen.

Aber so groß die Erfolge auch sind, die uns solche Arbeit bringen kann, so ist auch ihnen eine Grenze gesetzt. Das beste, was wir erringen können, ist doch nur dies, daß die Warenpreise im Inland nicht durch das Eingreifen des Staates noch über die Weltmarktpreise hinaufgetrieben werden. Die hohen Weltmarktpreise selbst aber entziehen sich ganz der Einwirkung der Gesetzgebung. Ihre Ursachen liegen in den Grundtatsachen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrisen, so wird auch die periodische Wiederkehr von Zeiten der Teuerung erst mit dem Sondereigentum an den Arbeitsmitteln verschwinden. Je schwerer wir unter der Teuerung leiden, je deutlicher wir erkennen, daß der Wirksamkeit aller Zweige der proletarischen Bewegung, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen ebenso wie der politischen, durch die Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Grenzen gesetzt sind, je mehr sich im Kampfe gegen die Teuerung die Klassengegensätze verschärfen, desto deutlicher wird uns offenbar, daß die Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht leben, daß sie den Kapitalismus nicht ertragen kann. Der Kampf um die kleinen Gegenstände des Alltags endet in dem großen Entscheidungskampfe, in dem auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft eine neue Welt erstehen wird. Der Kampf gegen die Teuerung endet in der sozialen Revolution.

Anhang

Jahresdurchschnittspreise in Wien

(Aus dem *Österreichischen statistischen Handbuch*)

Ware	Einheit	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902	1901	1900
						in Kronen				
Weizenbrotmehl	Meterzentner	29,40	23,78	16,66	19,33	20,45	17,12	20,73	18,06	16,60
Roggenbrotmehl	Meterzentner	30,–	25,65	19,97	21,24	20,77	20,20	21,03	21,95	20,70
Gemischtes Brot	Kilogramm	–,32	–,26	–,24	–,24	–,24	–,23	–,24	–,24	–,25
Kleie	Meterzentner	12,59	12,01	10,23	11,35	9,58	8,66	9,59	9,80	9,70
Gemüse	Kilogramm	–,38	–,33	–,32	–,36	–,33	–,28	–,28	–,28	–,28
Ochsen	Meterzentner	65,62	72,67	71,38	67,82	62,85	61,26	59,21	57,10	57,80
Schweine	Kilogramm	1,06	–,98	1,05	1,03	–,89	–,92	–,85	–,73	–,72
Rindfleisch	Kilogramm	1,68	1,70	1,63	1,56	1,51	1,50	1,45	1,45	1,36
Schweinefleisch	Kilogramm	1,71	1,79	1,79	1,70	1,53	1,52	1,44	1,43	1,50
Butter	Kilogramm	2,92	2,68	2,92	2,80	2,40	2,30	2,30	2,30	2,30
Kaffee	Kilogramm	4,–	4,–	3,98	3,80	3,67	3,60	3,60	3,60	3,60
Zucker	Kilogramm	–,80	–,75	–,78	–,83	–,77	–,87	–,92	–,92	–,92
Heu	Meterzentner	8,16	7,18	5,80	6,48	5,99	5,04	6,84	6,80	5,98
Weiches Brennholz	Kubikmeter	10,51	9,99	9,80	9,75	10,–	10,–	10,–	9,59	9,50
Steinkohle	Meterzentner	3,63	3,48	3,33	3,31	3,29	3,40	3,37	3,76	3,63
Petroleum	Kilogramm	–,48	–,55	–,56	–,76	–,52	–,46	–,46	–,48	–,55

Detailpreise im Monat Jänner in Wien

(Aus dem *Amtsblatt der Stadt Wien*)

Ware	Menge	1910	1909	1908
			in Heller	
Mundmehl	1 Kilogramm	40– 48	34– 40	36– 42
Semmelmehl	1 Kilogramm	38– 44	32– 38	34– 40
Schwarzes Brot	1 Kilogramm	28,8– 37,5	28,6– 33,3	22,8– 34,6
Zucker	1 Kilogramm	74– 86	72– 112	74– 82
Erdäpfel	100 Kilogramm	540–820	560–1000	500–1000
Schweineschmalz	1 Kilogramm	168–200	152– 180	152– 176
Milch	1 Liter	26– 32	24– 32	24– 36
Butter	1 Kilogramm	220–400	190– 360	200– 380
Rindfleisch, vorderes	1 Kilogramm	100–140	100– 180	100– 180
Schweinefleisch	1 Kilogramm	140–240	140– 200	126– 220